

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando
 Vierteljährlich 3.30 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich, Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonial-
 zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verlags-
 und Werbellungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 20 Pf. (unlängig festgesetzte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Die Diamantenfrage.

Die Diamantenfrage wird im Plenum des Reichstages an den nächsten Tagen bei der Beratung des Haushaltsplans für das südwestafrikanische Schutzgebiet vermutlich zu wichtigen Auseinandersetzungen führen.

Dabei handelt es sich um den Verkauf der Diamanten, die in dem südwestafrikanischen Schutzgebiet gefunden werden. Wie wichtig diese Angelegenheit ist, ergibt sich daraus, daß das südwestafrikanische Schutzgebiet aus der Diamantensteuer in dem letzten Jahre mehr als 20 Millionen M. eingenommen hat, und daß hierauf im wesentlichen die Ausgaben des ganzen Schutzgebietes aufgebaut sind. Dazu kommt, daß die Erfahrungen in der Diamantenfrage wertvoll sein können für ein ähnliches Unternehmen des Reiches in einem anderen Gewerbegebiete, nämlich für die Beurteilung der Folgen, die aus dem beabsichtigten Petroleumkaufmonopol für das Reich zu erwarten sind.

Den Verkauf der Diamanten haben Kaiserliche Verordnungen so geregelt, daß die Diamanten nur durch eine besondere Gesellschaft, die Diamanten-Regie, unter Aufsicht des Reiches in den Handel gebracht werden dürfen. Diese Maßnahme entspricht der Eigenart des Diamantenhandels, der bis zur Begründung der Deutschen Diamanten-Regie fast ganz von einer einzigen großkapitalistischen Verkaufsgesellschaft beherrscht war, die ihren Sitz in London hat und deshalb das Londoner Syndikat genannt wird. Neben dem übermächtigen Londoner Syndikat können sich die Diamantenförderer im südwestafrikanischen Schutzgebiet nur dann ohne eine zu große Schädigung geltend machen, wenn auch sie mit vereinten Kräften planmäßig vorgehen. Daher ist eine einheitliche Regelung des Verkaufs auch für die Diamanten aus Deutsch-Südwestafrika durchaus angebracht, und die Vorsehung dieser Regelung wird jetzt wohl von keiner Seite mehr gefordert. Jedoch sind im Laufe der Zeit bei der Durchführung der Regelung schwere Mängel zutage getreten; und hier gilt es, die bessernde Hand anzulegen.

Vor allem kann es so nicht weitergehen, daß — wie bisher — immer nur für ein Jahr die Bedingungen für die Abgabe der deutschen Diamanten zwischen der Verkaufsgesellschaft und ihren Abnehmern vereinbart werden. In Wahrheit ist dieses Verfahren eine Selbsttäuschung. Zwischen der Verkaufsgesellschaft und ihren Abnehmern, einigen vereinigten Großkapitalisten in Antwerpen, dem sogenannten Antwerpener Syndikat, hat sich bereits eine so enge Verbindung herausgebildet, daß sie nicht mehr leicht gelöst werden kann und sicherlich auch nicht ohne zwingenden Grund gelöst werden wird. Je länger aber die Verbindung dauert, desto mehr erstarkt sie und desto schwerer wird ihre Lösung. Daher muß die Verkaufsgesellschaft möglichst bald zu einer dauernden Regelung des Verkaufs kommen, ganz gleichgültig, ob mit dem Antwerpener oder dem Londoner Syndikat oder mit einer anderen Gesellschaft.

Dem dauernden Zustande der Regelung müssen aber auch die Verkaufsbedingungen angepaßt sein. Sie müssen mehr als bisher den Forderungen der beteiligten Kreise entsprechen.

In erster Linie kommen die Diamantenförderer in Betracht. Sie möchten am liebsten allein den Verkauf der Diamanten übernehmen, da die Diamanten ihr alleiniges Eigentum seien.

So sieht die Sache nun nicht. An den Schätzen der Natur hat die Gesamtheit ihr gutes Recht. Ueberdies haben die Kolonien dem deutschen Volke so große Opfer auferlegt, daß es sich nicht bei der Verteilung der Beute beiseite schieben lassen wird.

Aber ebenso wenig können die Diamantenförderer ganz unberücksichtigt bleiben, da sie für die Gewinnung der Diamanten ihr Kapital und ihre Arbeitskraft einsetzen. Deshalb war es ein unhaltbarer Zustand, als neben der Kolonialverwaltung einzig und allein Vertreter der Großbanken die Herren in der Verkaufsgesellschaft waren. Dies ist im vorigen Jahre geändert worden. Die Förderer besetzen die Hälfte der Stellen im Aufsichtsrate der Verkaufsgesellschaft.

Als sich aber die Vertreter der Förderer nicht den Anschauungen der Bankherren anschlossen, kam es zum Staatsstreik: die Kolonialverwaltung erklärte, daß sie durch die Vertreter der Förderer daran gehindert werde, das Recht der Gesamtheit zu wahren, wie es notwendig ist; mit dieser Begründung suchte sie die Vertreter der Förderer wieder ganz von der Mitwirkung in der Verkaufsgesellschaft auszuschließen.

Das ist ihr jedoch nicht gelungen. Vielmehr verständigte sie sich schließlich mit den Förderern, daß ihnen auch in Zukunft die Hälfte der Stellen im Aufsichtsrate der Verkaufsgesellschaft vorbehalten bleibt. Demnach können höchstens Änderungen in bezug auf die Personen erreicht sein, die die Stellen im Aufsichtsrate einnehmen. Die sachlichen Gegensätze sind nicht beseitigt. Daher wird es auch in Zukunft unvermeidlich und nur von Nutzen sein, wenn die Verkaufsgesellschaft mehr Rücksicht als bisher auf die Forderungen der Förderer nimmt. Was jetzt hat es sich herausgestellt, daß die Forderungen der Förderer in bezug auf die Verkaufsbedingungen berechtigt und in der Tat sowohl den Förderern selbst als auch der Gesamtheit zugute gekommen sind. Daher muß es möglich sein, den Boden für ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Förderern zu schaffen.

Ebenso wichtig ist es, daß auch die deutschen Diamantarbeiter im Aufsichtsrate der Verkaufsgesellschaft vertreten werden. Wir haben in Deutschland eine Diamantenindustrie, die bisher ungefähr 1000 Arbeiter beschäftigt, sich aber nicht ungehemmt entwickeln konnte, weil ihr der Anschluß an den Großhandel fehlte. Darunter hatten — wie stets in solchen Fällen — am meisten die Arbeiter zu leiden. Vom guten Geschäftsgang hatten sie nur einen geringen Vorteil. Sobald sich aber das Geschäft verschlechterte, wurden sie mit Lohnabzügen bedacht und die Arbeitslosigkeit verbreitete sich schnell.

Daher forderten die deutschen Diamantarbeiter seit jeher, daß durch die deutschen Diamanten endlich der notwendige Zusammenhang der deutschen Diamantenindustrie mit dem Großhandel hergestellt werde. Den Abnehmern der deutschen Diamanten sollte die Verpflichtung auferlegt werden, die deutschen Arbeiter zu den tarifmäßig festgelegten Arbeitsbedingungen zu beschäftigen.

Die Kolonialverwaltung konnte sich zu dieser Maßnahme nicht entschließen, sondern begnügte sich damit, einen Preisabzug von 5 Proz. für die Diamanten zu sichern, die in Deutschland von deutschen Arbeitern geschliffen werden. Dies hat — wie die Arbeiter vorausgesagt haben — eine rückwärtslose Lohnrückerei nicht ausgeschlossen. Daher fordern die Arbeiter jetzt von neuem, daß die vereinbarten Tarife eingehalten werden müssen.

In welcher Weise diese Forderung am besten durchgeführt werden kann, hängt von den Verhandlungen über die Abgabe der Diamanten ab. Die Verträge laufen in der nächsten Zeit ab. Ihre Erneuerung ist bereits ausgeschrieben. Sie wird vermutlich nur die Vorarbeit für die notwendige dauernde Regelung werden.

Dem neuen Aufsichtsrate der Verkaufsgesellschaft wird es daher obliegen, endlich an die dauernde Regelung des Diamantverkaufs heranzutreten. Damit dabei auch die Forderungen der Diamantarbeiter erfüllt werden, müssen die Diamantarbeiter ebenfalls einen Vertreter im Aufsichtsrate der Verkaufsgesellschaft haben. Das ist um so selbstverständlicher, da auch die Schleifereibesitzer in dem Aufsichtsrat vertreten sind, und dies in jeder Beziehung als wünschenswert erscheint. Traurig genug ist es, daß sich die deutschen Diamantarbeiter um diese selbstverständlichen Forderungen noch immer bemühen müssen.

Der Sieg der Sozialdemokratie.

Paris, 18. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Wirkung der gestrigen Sitzung ist ein ungeheurer moralischer Sieg der Sozialisten, die allein aus dem allgemeinen Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien unbesiegt hervorgehen. Alle bürgerlichen Fraktionen beschuldigen und diskreditieren sich untereinander; sie sind gezwungen, zur Wiedergewinnung des öffentlichen Vertrauens an die Untersuchungskommission zu appellieren, die durch den Vorstoß unseres Genossen Jaurès moralische Autorität erhält.

Dieses Ergebnis macht die Reaktionen, deren Anschläge bereit sind und deren Chef Barthou kompromittiert ist, wütend. Das „Echo de Paris“ zeternt, daß Jaurès jetzt der Oberberrichter der Republik sei. Er könne verhaften, verfolgen, die einflussreichsten Politiker wie den bescheidensten Bürger einsperren lassen. Der Senat müsse diesen Skandal verhindern und der Kommission gerichtliche Befugnisse verweigern. Jaurès aber wird sich um diese reaktionären Treibereien wenig kümmern. In der „Humanité“ hatte er geschrieben: Der Ausschuh wird ohne Voreingenommenheit und ohne Rücksichtnahme auf Claque- oder Parteinteressen volles Licht verbreiten. Und er hat diesen Worten die Tat folgen lassen, indem er, ohne die Abstimmung des Senats abzuwarten, die Untersuchungskommission bereits für morgen nachmittag einberufen hat. Jaurès hofft, bereits in drei bis vier Tagen zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Der Senat wird kaum wagen, die Untersuchungsarbeit zu verhindern. Das Bedürfnis nach vollständiger Klarheit beherrscht die ganze Öffentlichkeit und eine alte Erfahrung bewährt sich von neuem: Bei allen Ständalen bourgeois Verrothung tritt die sittliche Kraft des demokratischen Regimes hervor, das die Giftstoffe schließlich ausscheidet und Ersüchtungen und Vertuschungen, wie sie anderswo vorkommen, nicht duldet.

Die Stellung der Regierung scheint nach dem gestrigen Tage gebessert. Mit Caillaux ist derjenige Mann aus dem Ministerium geschieden, der das Zentrum aller Angriffe bildete. Die Reaktionen sind desorganisiert. Briand, den der reaktionäre „Temps“ gestern aufs neue attackierte, sucht offensichtlich Annäherung nach links. Allerdings ist der neue Finanzminister Renoult für die Durchführung der Einkommensteuerreform wenig vorbereitet

und auch recht wenig energisch. Aber den Radikalen ist ja auch die Wahlmache die Hauptsache. Und in Malvy, dem neuen Minister des Innern, der ihr hitziger Parteigänger ist, finden sie dafür ein durchaus geeignetes Werkzeug. Clemenceau fordert auch schon in seinem „Homme libre“ das Eingreifen der Präfecten in die Wahlen. Die Sozialdemokraten allerdings bedürfen dergleichen nicht. Sie treten vor die Wähler mit der Autorität, die der Vankrott aller bürgerlichen Parteien ihnen verleiht.

Erklärungen des „Figaro“.

Paris, 18. März. Gegenüber der Behauptung der Frau Caillaux, sie habe den Anschlag begangen, weil sie die Veröffentlichung eines auf sie bezüglichen Privatbriefes habe verhindern wollen, erklärt der „Figaro“, daß Calmette keine derartigen Briefe besessen habe und daß der kürzlich veröffentlichte Privatbrief, aus dem übrigens alle persönlichen Stellen ausgegremt worden seien, eine andere Dame betraf.

Ferner schreibt das Blatt über den von Barthou verlesenen Bericht Jaurès: Dieses für Caillaux und Monis so niederschmetternde Schriftstück trug Calmette seit einigen Tagen in seiner Brieftasche bei sich. Er hatte es auch in seiner Tasche, als er dem Nord-Anschlag zum Opfer fiel, und ein Blatt dieses Schriftstücks ist von einer der mörderischen Kugeln gestreift worden.

Die vorläufigen Ergebnisse der Roten Woche in Groß-Berlin.

11000 neue Mitglieder — 8000 neue Vorwärtsabonnenten

Dank der rührigen Tätigkeit unserer Genossen kann der Bezirk Groß-Berlin auf eine recht erprobte Agitation während der Roten Woche zurückblicken. War auch die Verarbeitung infolge der umfangreichen Arbeitslosigkeit teilweise sehr erschwert, so hat die Agitation doch neue Tausende Mitglieder den Wahlvereinen zugeführt, andere Tausende als Leser des „Vorwärts“ gewonnen. Nicht unterschätzt werden darf dabei, daß auch die unfeindliche Propaganda, die Herr v. Jago für die Rote Woche betrieb, ihren Teil beigetragen hat zum wirksamen Abschluß der ganzen Agitation.

In den 8 Wahlkreisen Groß-Berlins sind bis zum Mittwoch, den 18. März, abends insgesamt 10886 Neuaufnahmen angemeldet und rund 8000 „Vorwärts“-Abonnenten gewonnen worden. Die Neuaufnahmen verteilen sich auf die einzelnen Kreise folgendermaßen:

Berlin I	201
II	312
III	301
IV	3000
V	185
VI	3380
Teltow-Beeskow	2127
Niederbarnim	1500

Aus den Vororten sind folgende Ergebnisse an Neuaufnahmen zu melden: Adlershof 81, Brix 54, Buchholz 18, Charlottenburg 300, Erlner 14, Friedrichsfelde 34, Herzfelde 5, Johannisthal 50, Kaulsdorf 4, Ketschendorf 42, Köpenick 253, Mariendorf 101, Neukölln 841, Nieder-Schönhausen 82, Rotenweg 105, Reinickendorf-Ost 153, Reinickendorf-West 83, Röntgenal 4, Rosenthal 43, Stralau 33, Zegel 59, Teltow 15, Tempelhof 56, Trebbin 15, Treptow-Vaumtschulenberg 162, Wannsee 7, Jossen 45.

Die Zahlen sind natürlich nur als Teilresultat aufzufassen, da bei der räumlich großen Ausdehnung einzelner Wahlkreise das Resultat noch nicht aus allen Bezirken vorliegt. Ebenso fehlen noch, wie aus der Veröffentlichung ersichtlich, namhafte Orte aus Teltow-Beeskow und Niederbarnim.

Willkür und Sklaverei in Kamerun.

Am roten 18. März hatte Herr Dr. Solf, der Staatssekretär der Reichskolonien einen schwarzen Tag: Die Hauptstadt der Kolonie Kamerun — Duala — soll „karikiert“ werden. In Anbetracht der kolonialen Gesundheitsverhältnisse ist dagegen an sich nichts einzuwenden. Aber die Regierung will die Sanierung in der Art vornehmen, daß die Wohnbezirke der Weißen und der Eingeborenen getrennt werden, zu welchem Zweck sie beabsichtigt, die Eingeborenen zu enteignen, ohne daß die Rechte der Eingeborenen dabei gewahrt würden. Die Eingeborenen holen alles auf, was ihnen drohende Unrecht zur Kenntnis der deutschen Presse und des Parlaments zu bringen. Das Bezirksamt in Duala ergreift im Gefühl seiner Schuld Gegenmaßnahmen ganz ungeheurer Art.

Der Oberhäuptling Dualla Manga — Rudolf Dell — war von der deutschen Regierung als Mittelsmann zwischen ihr und seinen Landsleuten bestellt. Dell hat europäische Bildung, ist im Besitz des Einjährigeneignisses und es ehrt ihn, daß er trotzdem die Wahrnehmung der Eingeboreneninteressen höher stellte als Plebejerei und Untertänigkeit vor der deutschen Regierung.

Am 15. Januar 1913 morgens gab Dell in Duala ein dringendes Telegramm an den Deutschen Reichstag an; er teilte mit, daß die Enteignungsarbeiten trotz aller Schwierigkeiten betrieben würden und hat um Aufschub. Das Telegramm wurde nicht abgefaßt, sondern dem Bezirksamt ausgeliefert und erst fünf Tage später nach Berlin gelassen. Dieses amtliche Verfahren stellt nichts Besseres dar als Briefsperrre über den Deutschen Reichstag. Diese Sperrre hatte eine höchst bemerkenswerte politische Folge.

Am Nachmittag desselben 15. Januar 1913, an dessen Morgen das dringende Telegramm an den Reichstag aufgegeben war, gab dieser seine Zustimmung zur Enteignung. Würde das Telegramm von der Postbehörde in Duala vordringlich abgefaßt worden, hätte der Reichstag höchstwahrscheinlich am 15. Januar 1913 nachmittags seine Zustimmung zur Enteignung in Duala nicht gegeben, schon um deswillen nicht, weil man ja, wie eben das Telegramm zeigte und zeigen sollte, seinem Budgetrecht von der Kameruner Regierung willkürlich beraubt gewesen wäre. An demselben Nachmittag, an dem der Reichstag erst die Genehmigung zur Enteignung gab, sagte schon das Bezirksamt in Duala den Beschluß, mit der Enteignung zu beginnen und dokumentierte damit, daß es mit vollem Vorbedacht die Telegrammabfertigung an den Reichstag unterbunden hätte!

Der Oberhauptling Dell wollte auf eigene Kosten nach Deutschland reisen, um die Öffentlichkeit, vor allem den Reichstag, von den Zuständen und Vorfällen in Duala zu unterrichten. Die Auswanderungsgenehmigung wurde ihm verweigert, und zwar auf Grund eines angeblich rechtsgültigen Beschlusses, der beschließt, daß Kameruneger sich von europäischen Panoptikums- und Ausstellungsinhabern abwenden lassen. Die Anmerkung für das Panoptikum und das Inverbindlichmachen mit dem Deutschen Reichstag wurde also vom Bezirksamt in Duala auf eine Stufe gestellt. Unter diesen Umständen machte sich Dell Sekretär auf die Strümpfe. Er flog und es gelang ihm, nach Hamburg zu kommen. Aber als er dort aus dem Schiffe stieg, war schon ein Telegramm zur Stelle, das man nicht zurückgehalten hätte! Dieses Telegramm befahl die Verhaftung des Sekretärs. Die Verhaftung wurde vorgenommen und man gestattete dem Verhafteten nicht einmal, von dieser Tatsache seinem Rechtsvertreter Kenntnis zu geben. Aber allmählich war den deutschen Reichsbehörden doch wohl zum Bewußtsein gekommen, daß die Sache brenzlich zu werden begann, und man entließ den schwerverletzten Sekretär nach 48tägiger Haft.

Alle diese Ungehörlichkeiten wurden in der Mittwoch-Vormittags-Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vorgetragen; zum Teil durch den Richterstatter Dr. Straband, der im wesentlichen auf einer Petition des Berliner Rechtsanwalts Dr. Halpert fußte, die dem Reichstag zugegangen ist und dokumentarisch belegt, was die Behörden in „unseren“ Kolonien sich erlauben.

Gegen diese Dinge wühlte sowohl der Staatssekretär Dr. Solf wie Herr Kraetke und der Gouverneur von Kamerun Herr Schermayer so gut wie gar nichts vorzubringen. Erst recht nichts gegen die weiteren Mitteilungen, die von den Genossen Weiss, Ledebour, Davidsohn und den bürgerlichen Abgegg. Erzberger, Waldstein und Kumm zur Kenntnis gebracht wurden. Zwar gab Dr. Solf die standlose Telegrammangelegenheit preis, indem er die ganze Verantwortung dafür auf das Bezirksamt in Duala abwälzte und mitteilte, daß sogar der Gouverneur das Vorgehen des Weihen Briefkabinetts von Duala für unzulässig hielt. Im übrigen jedoch stellte sich heraus, daß die wichtigsten Akten und Dokumente merkwürdigerweise „nicht zur Hand waren“.

Unter diesen Umständen sagte die Budgetkommission den Beschluß: diesen Teil der Verhandlungen solange zu vertagen, bis eine Denkschrift vorgelegt wird, in der die Regierung aktenmäßig darlegt, auf Grund welcher Gesetze, rechtmäßiger Verordnungen und dergleichen all die Manipulationen vorgenommen worden sind, die das Bezirksamt in Duala, nachträglich zum Teil gestützt durch den Staatssekretär Dr. Solf, sich geleistet hat. Dem Kolonialamt wurde daraufhin aufgegeben, bis zur Aufklärung dieser dunkelsten Partie keinerlei Eingriffe und sonstige Aenderungen in Duala vorzunehmen zu lassen, die irgendwie dem Budgetbewilligungsrecht des Deutschen Reichstages vorgreifen könnten!

Diese Erledigung der Angelegenheit wird hoffentlich der Reichsregierung gezeigt haben, daß sie ihrer Lust zu kolonialer Willkür und zur Verklammerung unserer schwarzen Landleute zügellos nachzugehen. Herr Dr. Solf ist es zwar unangenehm, daß der Bericht über diese Verhandlungen der Budgetkommission nun auch in Kamerun bekannt wird. Aber dafür mag er sich beim Bezirksamt in Duala und beim Kolonialamt in Berlin bedanken!

Kampf um das Koalitionsrecht.

Die Strafkammer I des Kieler Landgerichts hatte den Weber G. in Neumünster wegen vermeintlicher Verletzung des § 158 der Gewerbeordnung, dieses Galgens neben dem Koalitionsrecht, zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt, weil er zu dem Manne einer arbeitswilligen Frau gesagt haben sollte, er und seine Frau würden sich blamieren, wenn die Frau weiter arbeite. Darin sah das Gericht eine Drohung, durch die beabsichtigt sei, die Frau zur Teilnahme an der Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse feitzunehmen.

Die Ursachen zu dem Streit waren folgende: Die Arbeiter der Kolostoppfabrik in Neumünster hatten mit der Fabrikleitung einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt waren. In dem Tarifvertrage hieß es auch, daß alle Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und der Direktion gemeinsam durch den Arbeiterausschuß und die Direktion zu regeln seien. Komme eine Einigung nicht zustande, solle das Gewerbegericht in Neumünster als Schiedsgericht angerufen werden, dessen Schiedsspruch hätten sich dann die Parteien zu fügen. Zweimal waren neue Differenzen entstanden; in beiden Fällen wurde der Arbeiterausschuß bei dem Direktor vorstellig, wurde aber jedesmal von diesem kurz zurückgewiesen. Darauf legten dann die Arbeiter die Arbeit nieder.

Der Weber G. legte gegen das Urteil der Strafkammer Revision beim Oberlandesgericht ein. Das Oberlandesgericht in Kiel hob das Urteil der Strafkammer auf und sprach G. mit folgender vernünftigen Begründung frei: Die Arbeiter sind in den Streit getreten, weil der Direktor jede Verhandlung abgelehnt hat. Der Direktor war vertragsbrüchig geworden, denn in dem Vertrag ist ausgemacht, daß alle Streitigkeiten zwischen der Direktion und der Arbeiterchaft event. durch das Gewerbegericht geregelt werden sollten. Die Arbeiter haben also nur gestreikt, um bestehende Arbeitsbedingungen durchzuführen. Das ist keine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Liegt eine solche Verabredung nicht vor, so kann auch nicht — ganz dahingestellt bleibend, ob die Äußerung G. als Drohung aufzufassen sei oder nicht — eine Verurteilung auf Grund des § 158 der Gewerbeordnung in Frage kommen. Der Angeklagte mußte deshalb von der Anklage freigesprochen werden. — Man kann nur wünschen, daß die Gerichte in Streitsachen immer zu einer solchen objektiven Würdigung der Umstände kommen.

Politische Uebersicht.

Eisenbahnerfragen.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Teil des Etats der Eisenbahnverwaltung, der sich auf die Lage der Arbeiter und Beamten bezieht. Nach Ansicht des Ministers sind die Zustände wahrhaft paradiesisch. Kühnte er doch in einer wohlüberbereiteten einleitenden Rede die sozialen Leistungen der Verwaltung. In Wirklichkeit verwechselte Herr v. Breitenbach aber die Begriffe, er nennt soziale Leistungen, was in der Tat Wohlfahrtsanstalten zu dem ausgesprochenen Zweck der Anebelung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter sind. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Wenn der Minister in demselben Atemzuge sich seines sozialen Verständnisses rühmt und den Arbeitern der ihm unterstehenden Betriebe das

Koalitionsrecht abspricht, so kann man sich denken, wie gering sein soziales Verständnis ist. Nicht die Absicht, die soziale Lage der Eisenbahner aufzubessern, sondern die Absicht, sie von der Sozialdemokratie fernzuhalten, ist das Leitmotiv der Verwaltung. Seeligen wird ihr das freilich trotz alledem nicht.

Kampf gegen die Sozialdemokratie ist aber nicht nur die Lösung des Ministers und seiner Räte, sondern auch der sogenannten Arbeitervertreter vom Zentrum und den Konservativen. Diese Herren benutzen jede Gelegenheit, der ihnen verhassten Partei ein auszuweichen, und man kann nicht gerade sagen, daß sie in der Wahl ihrer Mittel wählertisch sind. Statt den Minister um Abstellung der in seiner Verwaltung herrschenden Mißstände zu ersuchen, tobten und wettern sie gegen die Arbeiterverhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben und Konsumvereinen, aber für die Bedingung der Lage der Eisenbahner haben sie kein Wort übrig. Ja, sie billigen sogar ausdrücklich die Verklammerung ihrer politischen Rechte durch die Regierung.

Eine gründliche Abrechnung mit den rüchsenden Anschauungen des Ministers nahm Genosse Leinert vor. Seine Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Eisenbahnverwaltung zeigt, wie sehr und wo die besessene Hand anzulegen ist. Mit Recht protestierte er dagegen, daß jetzt in der Zeit der rückläufigen Konjunktur die Arbeitszeit des vorher so überanstrengten Personals noch verlängert, anstatt verkürzt wird und daß die Löhne oft noch nicht einmal die Höhe des ortsüblichen Tageslohns erreichen. Mit Nachdruck wandte er sich gegen den organisationsfeindlichen Standpunkt des Ministers, der es ablehnt, mit Vertretern anderer als der von ihm gebildeten Verbände zu unterhandeln. In Uebereinstimmung befand sich Leinert mit dem Minister lediglich in dessen ablehnender Haltung gegen ein Staatsarbeiterrecht, aber nur deshalb, weil das unter den in Preußen herrschenden Verhältnissen nichts anderes bedeuten würde, als daß man den Bod zum Gärtner macht.

Die Entgegnung, die unserem Genossen durch den Minister zuteil wurde, soll nach der Erklärung eines nachfolgenden Redners geradezu vernichtend gewesen sein. Wir haben von dieser Wirkung nichts bemerkt, und Leinert noch weniger.

Am Donnerstag soll nach Beendigung der zweiten Lesung des Eisenbahnetats das Grundteilungs-gesetz beraten werden.

Eine Welfentagung.

Im Berliner Architektenhaus tagte gestern ein Parteitag der Welfen unter dem Vorsitz des Vizelandmarschalls von Dertgen. Nachdem Rechtsanwalt Martin, Reichstagsabgeordneter Lehrer Alpers und Dr. Schaubardt lange Reden gehalten hatten und an das welfische Herzogspaar in Braunschweig zur Geburt des Sprösslings ein ergebendes schönes Glückwunschtelegramm abgefaßt worden war, wurde eine längliche Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Deutsche Reichspartei beharrt auf ihrem in der Begründung unwiderleglichen Protest gegen das Unrecht, daß durch Bundesbruch älteste deutsche Fürstendhäuser entthront wurden, um freie urdeutsche Völkerrämme dem preussischen Staat einzuverleiben, und daß gleichzeitig bei der Trennung von Österreich aller und jeder staatsrechtliche Zusammenhang mit ihm zertrübt wurde. Die Deutsche Reichspartei beharrt zu Ehren deutscher Treue auf diesem Protest als einem notgedrungenen Wahrheitszeugnis gegenüber der Tatsache, daß statt des erhofften „Reiches der Gottesdurcht und edlen Sitte“ Rechtsverleugnung, nationale Ueberhebung, eine wachsende Verwilderung der Sitten und ein unheiliges Rüstungsfieber der Völker eingegriffen sind. Die Deutsche Reichspartei ist darum leinstens ein Gegner des jetzigen Deutschen Reiches, noch weniger will sie ihm eine Gefahr sein; sie erstrebt vielmehr seine Festigung und Ausgestaltung zu einem wahren Reiche deutscher Nation mit einer in sich gesicherten Rechtsgemeinschaft.

Die Deutsche Reichspartei hält es für die Aufgabe des Deutschen Reiches, darauf hinzuwirken, daß es nach außen, getragen von neuemvertrauen der Nachbarvölker und durch engere Verbindung mit den Ländern der habsburgischen Monarchie der Kern- und Stützpunkt eines mitteleuropäischen Bundes würde, der berufen ist, inmitten Europas als Hort des Rechts und des Friedens die Interessen und die Zukunft unserer abendländischen Kultur-gemeinschaft zu wahren und die politisch sowie wirtschaftlich immer dringender gewordene Weltpolitik Europas zu ermöglichen.

Wunderkühne Schraffen.

Im Gespenstergesängnis.

Von Peter Sergijew.

Der nachstehende Bericht des Genossen Peter Sergijew, der 14 Jahre im berühmten Kerker von Orel zubrachte, gehört zu den furchtbarsten, erschütterndsten Schilderungen der heutigen russischen Gefängnisgräuelt. Wir bringen dieses authentische Dokument mit einigen unwesentlichen Kürzungen als Beitrag zu der jetzt lebhaft erörterten Frage über die Leiden der politischen Gefangenen in Rußland.

I.

Schon den dritten Tag reisten wir in Stappen. Die Straf-lingszahl zählte 40 Köpfe, und es befanden sich darunter lebens-länglich Verurteilte, Katorgagesangene mit Fesseln an Händen und Füßen und andere, die nach Sibirien verbannt waren. Die meisten erwarteten eine 6. bis 8jährige Katorgastrafe, nur sechs waren auf unbestimmte Zeit verurteilt. Der Prozentsatz der nach Gerichtsurteil zu Bestrafenden war nicht groß, dafür bildeten die administrativ Verurteilten ein Drittel der ganzen Partie. Es waren zumiest Arbeiter und Studenten, dazu kamen kleinere Diebe und Bagabunden.

Ich war neugierig, das Orelser Gefängnis zu sehen, nach welchem wir geführt werden sollten. Kammen doch von dort her verschiedene grauenerregende, ungläubliche Gerüchte; darüber, daß man dort geschlagen, für alles geschlagen werde; dafür, daß du krank bist, und dafür, daß du gar aussehst; dafür, daß du ein Jude bist, und dafür, daß du ein Russe bist; dafür, daß du das Kreuz auf der Brust hast, und dafür, daß du kein hast. Mit einem Wort, überall hörten wir immer sagen: geschlagen, geschlagen, zu Tode geschlagen.

„Vorwärts, Kinder!“ wendete sich der Unteroffizier an uns. „Halte! Euch aufrecht! Beachtet Euch beim Eingang soldaten-mäßig. Denket an das Kreuz auf der Brust. Denn das ist ja kein Gefängnis, sondern — ein Grab. Ich sage das, weil Ihr mir seid tut.“

Manche griffen schleunigst nach dem Kreuz, in der Hoffnung, daß dieser Talisman sie vor dem Weitsich schütze werde. Andere gaben mit der Hand ein Zeichen, daß es ihnen gleichgültig sei. Es ist ja alles gleich, man wird uns ja sowieso schlagen, das Kreuz erlöst uns nicht.

Ohne einen Befehl abzuwarten, entlössen die Verurteilten ihre Köpfe, als sie sich dem schwarzen eisernen Tor näherten. Ohne unwillkürlich nahm auch ich die graue Arrestantenmütze ab, ein sicheres Zeichen meiner Erniedrigung. Und als ich sie in meiner Hand sah, bemerkte ich, daß alle barhaupt dastanden. Der Hut wurde ich ganz rot und so schnell als möglich bedeckte ich den Kopf wieder.

„Die Hüften abnehmen!“ schrie in diesem Moment der uns begleitende Unteroffizier.

So kamen einige Aufseher und der Assistent des Gefängnis-direktors übernahm die Partie.

„Sangaila“ ging ein laises Plüßern durch die Menge. — „Das Vieh — er tötet uns“, murmelten die Lippen, vergißt wie Blätter.

Mürrisch schweigend traten wir paarweise in einen hohen, dunklen Korridor.

„In Reihen stehen — Hund hinter Hund!“ schallte das Kommando. „Ihr seid in Orel. An Orel werdet Ihr denken, Ihr werdet sehen.“ Die Arrestanten standen da, eine lange graue Menschenleiste. Ihre Gesichter waren steingrau.

Der Assistent Sangaila überflog mit einem Hänenblick die Reihe der grauen Schatten. Er prüfte die Gefangenenliste und kommandierte: „Empfangen! — Ins Bad!“

Die Bedeutung der Worte war uns allen bekannt. „Empfangen“ heißt „Schlagen“. „Ins Bad“ heißt „in die Folterkammer“. Nun ist das Ende da. Es war als zerreißt etwas in der Brust. Die heftige Bitterkeit in der Gurgel verschwand. Dampfe Stumpfheit im Kopf. Der Kopf wie zerkrüppelt.

Wir traten in ein geräumiges, sauberes Badezimmer, das nichts Schlimmes zu verraten schien. Hinter uns kamen 40 Auf-seher, ein Oberaufseher und der Assistent Graf Sangaila.

„Entkleiden, rasch!“

Mit Nähe zogen wir die Wäsche aus, die Hände zitterten und verwickelten sich in den Seilen. In der Mitte wurde ein Tisch aufgestellt, an welchen der Assistent und der Oberaufseher sich setzten. Auf dem Tische wurde die Wäsche und andere Dokumente ausgebreitet. Eine weiße Blätterte der Assistent in den Papieren. Er nahm ein Dokument heraus, beschah es, dann warf er es auf die Seite, nahm es wieder. Mit einer milden, hinterlistigen Stimme rief er: „Ist der Petrow hier? Bitte, näher zu treten.“

Eine furchtbare Wut erfüllte meine Seele bei dieser ganzen Komödie mit dem Entkleiden. Die frühere Apathie und das Gefühl der Rechtlosigkeit verschwanden spurlos. Die Verzweiflung und Wut eines Tieres, das geschlachtet wird, wurden mit aller Gewalt in mir wach. Mit dem Rest meines Bewußtseins mich zurückhaltend, trat ich mit sicherem Schritte, dem Assistenten fest in die Augen schauend, auf den Tisch zu. „Ob!“ brummete er, den Druck in die Hand nehmend. Er legte ihn aber gleich wieder weg. Sein milde Gesichtsausdruck verschwand. Er sah mich mit seinen Schredensaugen an.

„Du bist Seman Petrow? Warum bist Du verurteilt?“

„Nach dem Paragraphen 102, wegen Zugehörigkeit zur Sozial-revolutionären Partei.“

„Kannst Du nicht anders antworten? Du Hundesohn, ich gebe Dir eine Partie. Vergiß, Halunke, daß Du ein Student warst.“

„Sie haben kein Recht, zu schreien und uns zu verpöten. Wir...“

„Rehmt den Schanden!“

Blüßlich spritzte ich etwas Heißes auf Schultern, Rücken und auf dem Kopfe. Ich fiel auf den kalten, steinernen Fußboden. Ich biß mit den Zähnen, frage und zerriß alles, was ich nur zwischen die Finger bekam. Schmerzen empfand ich nicht, nur der ganze Körper brannte wie Feuer. Der Mund war voll Haare und Blut. Mit einem Auge sah ich schon nichts mehr. Ich erinnerte mich nur noch an den letzten Schlag — einen Fußtritt mit ge-

magelnt Stiefel ins Gesicht. Vor den Augen entzündeten sich grüne und gelbe Ringe. Ich verlor das Bewußtsein.

Ich befand mich noch im Zustande der schweren Bewußtlosigkeit, als ich ins Krankenhaus gebracht wurde. Die erste Empfindung nach dem Erwachen war die Freude: „Ich lebe ja noch.“ — Gott, wie es gut ist! Ich wollte mich rühren, schloß vor Schmerzen und wurde wieder bewußtlos.

Das ist der „Empfang“, der mir in dem berühmten Orelser Gefängnis bereitet wurde.

Jetzt wariete meiner das Leben — ein jahrelanges Leben in dieser Hölle. Es warteten meiner schreckliche, unmenliche Erniedrigungen, eine grausame, tierische Dressur.

„Bei uns ist es nicht so einfach.“ — Orel! Denke immer, daß du in Orel bist.“ sprachen oft die Aufseher, neue Folter für uns erstannend. Wenn ich heute darüber nachdenke, so kann ich gar nicht begreifen, warum trotz aller Verleibungen und Foltern die Menschen ihr Leben nicht mit Selbstmord oder einem verzweiflungsvollen Angriff auf die Obrigkeit verkürzten. Unter den Genossen befanden sich doch Leute mit ungewöhnlicher Körper- und Geisteskraft, die früher Heldenthaten geleistet hatten, die durch ihre Härte und Kompromißlosigkeit bekannt waren, in anderen Gefängnissen häufig mit der Behörde in Konflikt lagen und mit Strafen und Kerker zu tun hatten. In Orel aber ertrugen sie im allgemeinen die unglaublichen Leiden. Nur sehr selten griffen sie zum Selbstmord. Wenn ich heute meinen damaligen Zustand betrachte, so komme ich zu der Ueberzeugung, daß die Uebergröße Zahl der tierischen Foltern diese Apathie hervorgerufen haben muß.

Ich erinnere mich, als ich im Krankenhaus die Gesundheit wieder erlangte, in einen Zustand völliger Apathie und gänzlicher Stumpfheit verfiel. Leben und Tod waren mir völlig gleichgültig. Das Interesse für das Leben war verschwunden, aber es fehlte die Willenskraft, den Tod zu suchen. Mancher ist nicht imlande, alle diese Schläge zu überleben. Ich verbanke meine Rettung teilweise meinem starken Organismus und teilweise der freundlichen Behandlung eines Aufsehers, der aus derselben Gegend wie ich stammte und mich folgedessen als Landsmann behandelte.

Infolge der ständigen Beschimpfungen und Verleibungen empfand ich keine moralischen Leiden mehr. Ich fühlte nur den physischen Schmerz, und dem wollte ich vor allem ausweichen. Die Empfindlichste lehrte manchmal zuruck. In solchen Momenten beherrschte meine Seele Verzweiflung und Schmerz. Eine bittere Reue kam über mich, eine Sehnsucht nach Freiheit und Mensch-würde, die nun für immer verloren waren. Die Bezeichnung über-lam mich, ich begehrte nach größeren Leiden, um in mir den Menschen vollständig zu töten. „Schau, wie tief du gefallen bist! Es gibt keine Schande mehr, die du nicht ertragen kannst. Du habest, was kein Tier ausbilde.“ Manchmal wollte ich heulen, brüllen, mit dem Kopf vor Verzweiflung an die Wand schlagen. Ich habe einen Selbstmordversuch gemacht, aber vergebens. Jetzt bin ich fähig zu leben, vielleicht auch zu arbeiten. Doch nie, nie werde ich mir vergehen können, daß ich fähig war, eine solche Menge Schande zu ertragen. Es gibt eine Grenze der Erniedri-gung, die der Mensch nicht überschreiten darf.

Die Nachwahl in Vorna-Pegau.

Nach dem vorläufigen amtlichen Resultat sind bei der Nachwahl am 14. sächsischen Reichstagswahlkreise Vorna-Pegau am Dienstag 27.31 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon erhielt Ruffel (Soz.) 12 077, v. Liebert (Reichspartei) 8642, und Rieffische (Nat.) 6512 Stimmen. Bei der Hauptwahl 1912 erhielt Genosse Ruffel 11 566, v. Liebert 7331 und Rieffische 7217 Stimmen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über die Stichwahl:

„Jetzt kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß keine einzige liberale Stimme für Herrn v. Liebert abgegeben werden darf. Dieser Repräsentant des schroffen Schatzmachertums, dieser Rüstungsfanatiker, dieser eigenartige Kolonialpolitiker, dieser durch und durch reaktionär gerichtete General darf wenigstens nicht auf liberalen Krücken in den Reichstag hineingelangen. Die Selbstachtung gebietet gerade in diesem Falle jedem Wähler, der auch nur einen Funken von Liberalismus in sich fühlt, die Front gegen die Reaktion zu nehmen. Wir überlassen Herrn v. Liebert neidlos den Reaktionen aller Schattierungen einschließlich der Ultraliberalen. Mögen sie zeigen, was sie aus eigener Kraft vermögen. Allzuviel würde es nicht sein. Man darf annehmen, daß alle Liebert-Freunde schon im ersten Wahlgang zur Stelle gewesen sind. Trotzdem steht Herr v. Liebert noch um 3400 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zurück. Die 6512 liberalen Wähler können mit leichter Mühe in der Stichwahl die Entscheidung gegen Herrn v. Liebert bringen. Darauf hinzuwirken, ist liberale Selbsterhaltungspflicht.“

Man darf neugierig sein, ob die liberalen Wähler dieser Parole auch zahlreich folgen werden. Unsere Genossen werden alle Kraft anspornen, um einem der schlimmsten Reaktionen die Rückkehr in den Reichstag abzuschneiden.

Zur Charakteristik der Dummheit in patriotischen Redaktionsbüchern.

Seit einigen Tagen läuft eine Notiz durch die „staatserkaltende“ Vaterländische Presse, die ein treffendes Beispiel dafür bietet, wie kurios es um die politischen Kenntnisse so mancher Exemplare des patriotischen Federbleis bestellt ist. Als wir zuerst diese Notiz in der „Arenzzeitung“ lasen, haben wir sie bei Seite gelegt, da wir annehmen, einer der journalistischen Geisteskranken, die jetzt unter dem Szepter Bruno Schroeters in der Redaktion des Junkerorgans tätig sind, hätte dieses Ei gelegt und ausgebrütet, sind doch derartige Leistungen in der „Arenzzeitung“ nichts Seltenes. Aber in den nächsten Tagen hatten wir die schöne Freude, daß auch andere Blätter, große wie kleine, diese schöne Notiz brachten — und bald erfuhren wir denn auch, daß nicht eines der großen Talglichter der „Arenzzeitung“ die feilsame Notiz fabriziert hatte, sondern daß sie aus der „Deutschen Vereinigungskorrespondenz“ stammt, von der sie dann — verwandte Seelen finden sich, wenn auch oft erst im Sinnfeld — die „Rationalliberale Korrespondenz“ abgedruckt hatte.

Und noch immer ist der Wortschwallub der Notiz durch die gutgefeimte Presse nicht zu Ende. In einigen Blättern prangte sie am Dienstag und Mittwoch wieder an hervorragender Stelle, darunter auch in der ganz besonders „gebildeten“ „Tagl. Rundschau“. Und wenn wir bis morgen oder übermorgen warten wollten, würden zweifelsohne noch ein Duzend weiterer Blätter hinzukommen.

Doch was ist mit der erwähnten Notiz? Es handelt sich um eine inhaltslose Notiz über den angeblichen Rückgang der Sozialdemokratie, in der nicht nur die bei den Reichstagsnachwahlen im vorigen Jahre für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmenzahlen in höchst belustigender Weise zusammengeredet, sondern auch die Unterlegenen und Gewählten miteinander verwechselt werden. So heißt es z. B. über die Erstwahl im ersten hamburgischen Wahlkreis:

„Einen Stimmenverlust von über 8000 erlitten die Sozialdemokraten in ihrer Hochburg Hamburg I, dem Wahlkreis Nebels, wo am 17. Oktober der Sozialdemokrat Peterfen gewählt wurde. Auch im Wahlkreis Neumarkt, wo für den verstorbenen Domkapitular Kohl am 28. Oktober Leberer (Zentrum) gewählt wurde, verlor die Sozialdemokratie 140 Stimmen.“

Belohnlich ist in Hamburg nicht der Sozialdemokrat Peterfen gewählt worden, sondern der Sozialdemokrat Otto Stolten; Herr Peterfen war Kandidat der Ultraliberalen. Und was die Stimmenzahl anbetrifft, so hat zwar Stolten 8101 Stimmen weniger erhalten als im Jahre 1912 auf Nebel gefallen sind; aber auch die bürgerlichen Kandidaten haben 1428 Stimmen weniger erhalten, so daß Stolten immerhin noch einen Vorsprung von 9180 Stimmen hatte. Mit anderen Worten: die Sozialdemokratie verlor 15 Proz. und die bürgerlichen Parteien ebenfalls 15 Proz.

Und nicht viel besser sieht es um verschiedene andere Angaben der Notiz: der frühere Abgeordnete Haupt, der noch lebt, wird als verstorben bezeichnet und Gewinngewinnern werden als Verlustgewinnern gebührend. Doch das vorstehende Zitat genügt zur Kennzeichnung der Plauderei. Und keiner der vielen überflügten Redakteure, die die Notiz aufgenommen haben, hat gemerkt, daß Ziffern und Namen unrichtig sind.

Du, wir sind klug und weise, und man betrügt uns nicht!

Georg der Furchtsame.

In der „Deutschen Tageszeitung“ winnert Dr. Georg Dertel vor Entsetzen und Furcht darüber, daß unsere Genossin Dr. Luzeburg nach wie vor mit großem Erfolg für unsere Ideen eintritt. Er ruft entsetzt nach dem Staatsanwalt: man solle die Genossin schleunigst zum Antritt ihrer Strafe zwingen und dann sofort wieder anklagen. Auch den „geistig schwerfälligen“ Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ könnte diese Denunziation gar zu schädel schmerzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schwandelt ihren Lesern deshalb vor, „von der Verhängung der Höchststrafe von zwei Jahren wie von der sofortigen Verhaftung zur Abhängung der Strafe“ sei „nur aus Rücksicht auf die Gesundheit“ der Genossin abgesehen. Ihre Gesundheit sei aber nicht so schwach, wie ihre Egoition bewelle. Eine sofortige Verhaftung zur Abhängung der Strafe“ gilt es, wie Dr. Georg Dertel eigentlich wissen sollte, überhaupt nicht. Ein Strafurteil wird erst nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt. Und das in Frankfurt gefällte Urteil wird, wenn es nach Recht und Gesetz geht, aufgehoben werden. Unwahr ist Dertels Angabe, der Antrag auf Verhaftung der Genossin Luzeburg sei mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand abgelehnt. Er ist vielmehr abgelehnt, weil die Behauptung des Staatsanwalts, Flußverderb liegt vor, jeglicher Unterlage entbehrt, die Annahme des Verdachts einer Fluchtabsicht vielmehr durch die Reise der Frau Dr. Luzeburg aus England zum Termin geradezu widerlegt ist. Auch die weitere Angabe der „Deutschen Tageszeitung“, „nur aus Rücksicht auf die Gesundheit der Genossin sei von der Höchststrafe abgesehen“, widerspricht der Wahrheit. Das Gericht hat als einen der Gründe, weshalb nicht noch über das Verbot von der „Tätlichen Rundschau“ als hat bezeichnete Strafmaß herausgegangen ist, die Rücksichtnahme darauf angeführt, daß die Angeklagte eine Frau ist, deren Gesundheit durch die Haft untergraben wird.

Das Gesammte des furchtsamen Georg über die Erfüllung des „Lebensnervens des Staats“, des Militarismus, durch Neben

unserer Genossin zeigt, daß diese uns Schwärze getroffen haben. „Der Respekt vor der Majestät des Staats und Befehes“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, „muß in den weitesten Kreisen erschüttert werden“, wenn die Genossin Luzeburg nicht bald eingelöst und ihr dadurch weitere Agitation zur Unmöglichkeit gemacht wird. Komischer Kauz, der furchtsame Georg — in demselben Atemzug, wo er für Staat und Befeh angeht eintritt, fordert er somit zum Ungehorsam und zur Verletzung des Befehes auf. Der Staatsanwalt, dem diese neueste Denunziation des Dertelblatts zugeht, wird eine schwere Aufgabe haben. Gründe zu finden, weshalb er gegen diese Aufforderung zur Verletzung des Befehes durch Ritter Georg nicht einschreitet. Freilich ist er ja auch gegen die „Deutsche Tageszeitung“ nicht eingeschritten, als diese zum Duell anreizte und als sie deutlich erkennbar zur Rauferei der in Zahren vorgekommenen Befehesverletzung aufforderte. Dr. Dertel ruft anglich nach dem Staatsanwalt — weshalb hat er nicht den Mut, in den jedermann zugänglichen Versammlungen den Darlegungen der Genossin entgegenzutreten? Volle Redefreiheit hat er als Gegner in sozialdemokratischen Versammlungen. Fürchtet der Ritter Georg, gar zu sehr von der braven Genossin zerblaut zu werden?

Dallwitz — Statthalter von Elsaß-Lothringen.

In Berliner politischen Kreisen geht das Gerücht, daß jetzt der preussische Polizeiminister v. Dallwitz zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ausersehen sei.

Wieder eine konservative Verleumdung der Sozialdemokratie gerichtlich festgestellt.

Das konservative „Weslauer Tageblatt“ brachte am 11. Dezember 1913 einen verleumderischen Artikel gegen den Parteisekretär Lunde in Königsberg, dem das konservative Organ in Weslau vorwarf, er hätte als Hausbesitzer einen Mieter mitten im Winter auf die Straße gesetzt.

Die Verleumdung machte natürlich die Runde durch die konservative Presse. Lunde klagte, damit der konservative Redakteur vor Gericht den Beweis der Wahrheit erbringen könne. Die Beweisnahme war so niedersammetend, daß der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Caspari ohne Widerspruch erklären konnte, der konservative Redakteur habe sich alles aus den Fingern gelogen. Der konservative Wahrheitsapostel wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der „sozialdemokratische Vandalismus“.

„Dieses giftige Früchtchen ist im sozialdemokratischen Treibhaus gewachsen!“ — Unter diesem Motto bringt die liberale Presse lange Artikel über die Charlottenburger Denkmalsbeschriftung. Es strotzt darin von den gemeinsten Schimpferien auf die Sozialdemokratie. Eine kleine Probe aus der Sonntagsnummer der „Trierischen Landeszeitung“ mag genügen:

„Die Wahlweiber in England gehen wenigstens tapfer und offen vor: das macht nicht einen so schädigen Eindruck wie der Neuchel-Vandalismus in Charlottenburg. Eine derartige Rohheit ist die natürliche Folge der heillosen Erziehung, die die sozialdemokratischen Zeitungen und Agitatoren und Abgeordneten der Masse angebreiten lassen. . . Dazu die Hege gegen den Kronprinzen, die Ausfälle gegen den Kaiser und sonstige Äußerungen. Was Wunder, wenn dann unter den Beuten der letzte Rest des Anstandesgefühls und auch des Respekts vor Kunstwerken verloren geht und der Wahlspruch durchdringt: „Es muß alles verunglimpft werden!“

Diesen heillosen Großmäulern und Entrüstungsbeuschlern ist auf die leichteste Weise der Mund zu klopfen. Bemühen sich nicht die Leute, die heute der Sozialdemokratie die Schuld an der Charlottenburger Affäre beimessen, im vorigen Jahre so eifrig, die Verantwortung für den feigen Neuchelmord des Kunstschal an den Genossen Schuhmeier vom Merikalisismus abzumägen und die Partei des Amordeten dafür verantwortlich zu machen? Und weiter: seit wann haben denn die frommen Herrschaften solche Hochachtung vor dem Kunstwerk? Die zahlreichen Denkmalschändungen aus verborbener Sittlichkeit und die rohen Gewalttate an feineren Darstellungen kindlicher Geschlechtsattribute, die der Merikalisismus auf dem Gewissen hat, sollten die schwarzen Eisener wirklich veranlassen, nicht von mangelndem Anstandsgefühl und Kunstrespekt anderer zu reden.

Amtlich widerlegter Reichsverbandschwindel.

Um die dringliche Forderung der Arbeiterklasse nach der Arbeitslosenversicherung zu diskreditieren, wird neuerdings von der Arbeitsgeberzeitung ein alter Schwindel verbreitet, der sich mit der Arbeitslosenzählung in Halle a. S. befaßt, die im Jahre 1909 mit Unterstützung durch die Stadt durchgeführt wurde.

Der Schwindel gipfelt in diesem Satz:

„Die Zählung ergab 2912 „Arbeitslose“, bei einer amtlichen Nachprüfung aber stellte sich heraus, daß u. a. selbst Erntehelfer, Zuhälter, entwichene Fürsorgehelfer, Gelegenheitsarbeiter, Invaliden und Pensionäre, Hausdiener und Hauswörter, die in der erteilten Wirtschaft mit beschäftigt wurden und die in fremden Betrieben noch nicht gearbeitet hatten usw., als arbeitslos aufgeführt worden waren.“

Der „Halleische Generalanzeiger“, der die Vorwürfe gegen die organisierten Arbeitslosenzähler vor vier Jahren zuerst brachte, mußte seinerzeit eine von amtlicher Stelle beantragte Richtigstellung bringen. Und jetzt schreibt der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Halle, Herr Dr. Wolff, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsartikels u. a.:

„Ich darf sagen, daß sowohl ich empört wie mein Personal angetan war, daß die ehrenamtlichen Mitarbeiter eines großen Zählwerkes in ihrer Qualität durch eine Zeitung angegriffen wurden. . . . Ich selbst sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ich die organisierte Arbeiterklasse für ein wertvolles Zählermaterial halte.“

Interessant und wichtig für die Einschätzung des Schwindels über die Halleischen Arbeitslosenzähler ist auch folgender Vorgang: Kürzlich sprach in einer Versammlung der Ortsgruppe Halle des Reichsverbandes dessen Sekretär Michaelis über das Thema „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung“. In welchem Sinne, ist nicht schwer zu erraten. Wenige Tage darauf veröffentlichte die reichsverbändlerische agrarische „Halleische Zeitung“ die Rede Michaelis als Leitartikel, und darin stand auch wörtlich der Schwindel von 1909 zu lesen. Anderen Tages aber sandte der Reichsverbandssekretär dem genannten Blatte eine Erklärung, in der es hieß, der veröffentlichte Bericht sei in vielen Einzelheiten als unrichtig, mißverständlich und entstellend zu bezeichnen. Es besteht nicht der mindeste Zweifel, daß dieser seltene Protest eines Reichsverbändlers gegen ein Reichsverbandsblatt nur durch die amtliche Widerlegung des Schwindels von der „Zuverlässigkeit gewerkschaftlicher Zähler“ entstehen konnte.

Aber wird damit der Schwindel selbst tot sein? Das ist nach all den Erfahrungen kaum anzunehmen!

Die „Germania“ kölnisch?

Die kölnische Richtung im liberalen Lager bekränkt sich nicht darauf, gegen die „integralen Luzeburger“ eine beridete Fahz zu veranlassen, sondern sie sucht diesen auch ihre Blätter abzutreiben. Wie das „Kath. Deutschland“ berichtet, sind neue Aktien der „Germania“ ausgegeben worden, und zugleich ist Dr. Porsch an die Spitze des Aufsichtsrates dieses Blattes getreten.

Schweiz.

Albert Gobat.

Bern, 16. März. (Eig. Bericht.) Albert Gobat, der Direktor des Internationalen Friedensbureaus, ist heute während einer Kommissionsitzung plötzlich gestorben. Obwohl Gobat bereits 71 Jahre alt war, kommt die Nachricht vom Tode des außerordentlich rüstigen und frischen Mannes überraschend. Gobat war ein energischer Kämpfer für seine Ideen. Politisch freisinnig, erwarb er sich in früheren Jahren als Mitglied der kantonalen Regierung Verdienste um die Hebung des Unterrichtswezens und in der Bekämpfung des Alkoholismus. Letztes Jahr stellte er sich an die Spitze der Parlamentarier, welche die französisch-deutsche Annäherungskonferenz nach Bern einberiefen. In dem Gelingen der Konferenz hatte er großen Anteil. Als Sekretär der Interparlamentarischen Union erwarb er sich den Nobelpreis. Mit ihm scheidet einer von den aufrechten bürgerlichen Politikern dahin, die nunmehr so selten geworden sind.

Rußland.

Rüstungsfragen in der Duma.

Dem Söbelgeräusch in der deutschen und russischen bürgerlichen Presse ist bereits prompt die Ankündigung neuer großer Rüstungsverkündigungen in Rußland gefolgt. Es behauptet sich wieder einmal, daß das Kriegsgesärr der deutschen Imperialisten der russischen Regierung die Durchführung neuer Heeresveränderungen außerordentlich erleichtert. Die Mittel, die sie hierbei bewirkt, sind recht bezeichnend. Um der öffentlichen Kritik aus dem Wege zu gehen und den Anschein besonders wichtiger Eröffnungen an die parlamentarischen „Vertrauensleute“ im Volke herbeizurufen, hat der Ministerpräsident 65 Abgeordnete der Duma zum 14. März zu einer Geheim Sitzung einberufen, der wahrscheinlich noch einige weitere folgen werden. Es waren die Vertreter sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der agrar-sozialistischen „Arbeitsgruppe“ und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingeladen worden. Wie in den Kreisen der Abgeordneten erzählt wird, erklärt sich der Ausschluß der Sozialisten damit, daß sie sich stets als prinzipielle Gegner der militärischen Rüstungen erklärt haben. Den liberalen Abgeordneten gegenüber wurde dieses Mittel nicht angewendet, obgleich auch sie 1912 gegen das „keine Flottenprogramm“ gestimmt haben. Zur Rechtfertigung dieses von allerhöchster Seite erwiesenen „Vertrauens“ bereiteten sich die liberalen Führer, in die Geheim Sitzung zu eilen, obgleich der elementarste parlamentarische Anstand sie davon hätte abhalten müssen, an einer Beratung teilzunehmen, aus der die Vertreter der äußersten Linken demonstrativ ausgeschlossen waren. Die Rolle, die die liberalen Führer in dieser Geheim Sitzung gespielt haben, brachte zu der Schande noch die Lächerlichkeit. Die Herren von der liberalen Opposition machten mehrmals den Versuch, die Diskussion auch auf die Fragen der inneren Politik zu lenken — wohl um ihre Zustimmung zu den neuen Militärforderungen durch die Zustimmung irgendwelcher Reformlappalien erlangen zu lassen. Aber Herr Goremykin, der neue Ministerpräsident, schnitt ihnen kühl das Wort ab mit der Bemerkung, es ständen in dieser Beratung nur Fragen zur Verhandlung, die mit der Bewilligung der neuen Militärkredite zusammenhängen. Herr Goremykin kennt eben seine Liberalen. Er weiß, daß er ihnen nur einen Tritt geben muß, damit sie alles schlucken.

Japan.

Ein merkwürdiger Selbstmord.

Tokio, 17. März. Ein Angestellter der Firma Siemens-Schuckert, namens Toffida, dessen Aussagen dem Vernehmen nach den Grund für die Verhaftungen in der Marine geliefert haben, hat sich in seiner Zelle im hiesigen Gefängnis erhängt. Seine Leiche wurde seinen Verwandten übergeben.

China.

Die beratende Versammlung.

Peking, 18. März. Der Minister des Neuhern Sunpaohi eröffnete heute die Versammlung, welche zu einer Abänderung der provisorischen Verfassung gebildet worden ist. Von den 60 gewählten Mitgliedern waren 44 anwesend. Sunpaohi verlas eine Eröffnungsansprache des Präsidenten Yuanfichai, welche die ungünstigen Folgen der provisorischen Verfassung auf die inneren und äußeren Verhältnisse Chinas darlegt. Der Präsident drückte die Ueberzeugung aus, daß die Fähigkeiten der Mitglieder der Versammlung bei der Fassung der Abänderung, welche dem Volke Chinas Frieden und Wohlfahrt geben solle, Erfolg haben würden.

Mexiko.

Eine neue Schlacht.

New York, 18. März. Nach einer Meldung aus Juarez läuft dort das Gerücht von einer heißen Schlacht um. Die Bundes truppen sollen die Armee Villas bei Escalon nördlich von Torreon getroffen, der Kampf soll gestern den ganzen Tag gedauert haben, und die Rebellen sollen sich in ungünstiger Lage befinden.

Letzte Nachrichten.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Flottenvermehrung.

London, 18. März. (W. T. B.) Im Verlauf der heutigen Sitzung des Unterhauses griff Snowden (Arbeiterpartei) die Flottenpolitik der Regierung scharf an und erklärte, die Haltung Churchill sei eine Gefahr für die Sicherheit des Landes und eine Drohung für den Weltfrieden. Snowden fragte, weshalb es notwendig sei, die Mittelmeerflotte zu verstärken, denn wenn England mehr Schiffe dorthin verlege, würden Italien und Oesterreich-Ungarn ihre Flotten vergrößern, und wenn dies so fortginge, so würde England in wenigen Jahren einen Marineetat von hundert Millionen Pfund haben.

Im weiteren Verlauf seiner anderthalbstündigen Rede machte Snowden einen heftigen Angriff auf den Rüstungsring. Er erklärte, wir müssen herauskommen aus den Klauen der Schwindler. Diebe, Politiker, Generale und Rüstungsschürer und einen tatsächlichen Beweis geben von unserem Wunsche, die Flottenausgaben herabzusetzen.

Vertrauensfundgebung für Gailauz.

Paris, 18. März. (W. T. B.) Die radikale und sozialistisch-radikale Gruppe der Kammer hat einstimmig einen Beschlus antrag gefaßt, in welchem sie dem früheren Finanzminister Gailauz, dem Verteidiger einer gerechten Reform der Besteuerung, angesichts der gegen ihn gerichteten abscheulichen Verleumdungskampagne ihre tiefe Sympathie und herzliches Vertrauen ausdrückt.

Zentralverband der Handlungsgelhilfen

Bezirk Groß-Berlin · Büro: C 25, Münzstr. 20
Freitag, den 20. März, pünktlich 8 1/2 Uhr, in den Muster-Sälen
(Großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

- a) Kassenbericht.
- b) Geschäftsbericht.
- c) Kaufmannsgerichtswahlen.

2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

3. Verschiedenes.

Kolleginnen und Kollegen! Wegen der äußerst wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
77/9*



Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

St. Berlin Geschäftsstelle: Friedr. Sachtleben Begr. 1905
Berlin O., Rigauer Str. 91.

Freitag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung in Charlottenburg,

im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3.

Vorrede:

- 1. Die Kulturbedeutung der Kirchenausschreitbewegung. Referent: Genosse Walter Cehme (vom Bund der Konfessionslosen).
- 2. Die moderne Feuerbestattung. Referent: Genosse Freund-Reußlin.

Eintritt frei. Das Agitationskomitee.
Z. N.: Albert Blankfeld, Spinnmühlen Str. 50.

Freireligiöse Gemeinde

Jugendweihe

der Kinder von Mitgliedern der freireligiösen Gemeinde.

Am Sonntag, den 22. März, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Lipps, Am Friedlichshain 16.
(Das Lokal wird erst um 9 Uhr geöffnet.) Festrede von Herrn Dr. B. Wille.
Am Sonntag, den 29. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Kllem, Hasenheide 13/15.
Festrede von Herrn Anton Fischer.
Festvorträge auf der Orgel mit Violinbegleitung. Eintrittspreis: Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.

Jeden Sonntag, vorm. 11 Uhr, in der Kl. Frankfurter Str. 6: Vortrag.

- April 5. Harmonium: Volklieder. Herr Dr. Hermann Hase: Modernes Prophetentum.
- 12. (1. Osterfeiertag) Harmonium und Violine: Festvortrag. Festvortrag: Herr Dr. Bruno Wille.
- 19. Harmonium: Der Lindenbaum (Schubert). Herr Wilhelm Bölsche: Das Sterben der Arten und das Gespenst der Degeneration.
- 26. Harmonium: Aus „Tannhäuser“ (Wagner). Herr Dr. Bruno Wille: Der falsche Schein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, 20. März, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 4:

Kombinierte Versammlung der Ortsverwaltung und Kontrollkommission.

Montag, den 23. März:

Mitglieder-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Lokale werden am Sonntag bekannt gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Der echte Kapitän-Kautabak ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so schnell beliebt geworden, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, denn jedes einzelne Stück des (10 St. Rollen oder Bündel) wird sauber verpackt zum Verkauf gebracht. Wieviel gerade hier gefündigt wird, bedarf wohl keiner Erörterung. — Verkaufsstellen überall, eventl. d. d. General-Vertr. C. Röcker, Berlin, Grüneweg 119. Tel.: Königl. 3861.

Spezialarzt

Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8. Sonntags 9—11.

Achtung!!

St. Felix - Brasil
gelehrte Blätter, Savana-
qualität, pro Pfd. 2. 1.70.
Hamburger Rohrtabak - Haus
Filiale: Berlin N,
Brunnenstraße 25.

Steinarbeiter!

Freitag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung der Marmorarbeiter

171/7*

Tagesordnung:

Bericht der Tariffkommission und Stellungnahme hierzu.

Alle zurzeit in Marmor beschäftigten Kollegen sind verpflichtet zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Spezialarzt

Haut-, Gicht-, Frauenleiden,
neu. Schwäche, Beinträchtigung jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. Blut-
untersuchung, Gaben t. Darmst.
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—3.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. März 1914.

- Anfang 5 Uhr.
- Passage-Theater. Kino-Variété.
Anfang 6 Uhr.
- Eines Palast am Zoo. Variété-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
- Eines Nollendorf-Theater Variété-
Lichtspiele.
Anfang 7 Uhr.
- Deutsches Opernhaus. Reister-
singer von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
- Kgl. Opernhaus. Wigdon.
Kgl. Schauspielhaus. Die Venus
mit dem Papagei.
Deutsches. Was ihr wollt.
Sitzung. Vier St. u.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 3/4 Uhr.
- Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
- Urania. Mit dem „Imperator“
nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. K. Piotrowski:
Erscheinungen des Seelenlebens:
Tier und Mensch.
Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kammerstücke. Der Enob.
Deutsches Künstler-Theater.
Cafard.
Theater an der Weidenammer
Brücke. Der müde Theodor.
Trianon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater am Nollendorfplatz.
Nächtliches Ballett.
Lichtspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Die beiden Leonoren.
Schiller Charlottenburg. Das
große Licht.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Klein. Zeitigen Gebert.
Thalia. Die Laßkoprinzeßin.
Residenz. Der Regimentspapa.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Fräulein Trallala.
Kasse. Die alle Webern.
Hercules. Die non oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
- Puppen. Unser Junge.
Walhalla. Tangofieber.
Jolies Caprice. Café Hippheim.
Der Heiratstag. Respektlos.
Anfang 8 3/4 Uhr.
- Neues Gold-Theater. Frau
Barrens Gewerbe.
Anfang 9 Uhr.
- Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Eispalast. Im Krug
zum grünen Kranz.
Eines Nollendorf-Theater Variété-
Lichtspiele.
Sternwarte. Rivaldenstr. 57—62
Berlino. Redakt.: Alfred Bielew, Reußlin. Inzeratenteil beronto. Td. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 9. Ergz 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater

Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.

8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.
Sonntag, nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfplatz 5.

8 Uhr: Russisches Ballett.
Sylphiden, Thamar, Festin, Carnaval.

Deutsches Künstlertheater

Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Abends 8 Uhr:

Cafard.

Freitag 8 Uhr: Schirin u. Getraude.
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr.

Fräulein Trallala.

Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Residenz-Theater

8 Uhr:

Der Regimentspapa.

Theater a. d. Weidenammerbrücke
8 Uhr: Der müde Theodor.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer
von Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Roms und Julia.
Sonntag 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit d. „Imperator“ nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Piotrowski:
Erscheinungen des Seelen-
lebens: Tier und Mensch.

Berliner Prater-Theater

Rastanien-Allee 7/9.
Donnerstag, den 19. März 1914:
Gastspiel des Boigt-Theaters.
Philippine Welfer, die schöne
Kugoburgerin
oder:
Fürst und Bürgermädchen.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dienstmädcl.
Burdle v. Reffel
Anfang 8 Uhr.
Nächsten
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
„Manöver-Witz“.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.
Volksbad mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern von Hans Ritter.

Walhalla-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr: Tangofieber.
Gr. Poffe m. Gef. u. Tanz in 3 Akten
von E. Urban. Musik v. Hugo Strich

Casino-Theater

Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr
Bogenstraßen die Berliner?
von „Die alle Webern“
Werder lassen die Berliner?
Ueber „Die alle Webern“
Wohin laufen die Berliner?
Ju „Die alle Webern“
Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchore.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Gala-Lichtspiele

Schöneberg
Hauptstraße 48.
Die

Geburt d. Marseillaise

(Das Kriegslied der Rheinarmee)
illustriert durch melodramatischen Ge-
sang der bekannten Künstlerin Luise
del Bopp-Ringa in den Hauptrollen:
Wanda Treumann und
Viggo Larsen.

„Alt-München“

Ecke Friedrich- und Mohrenstraße
Schenswürdigkeit Berlins :: Münchener Kochelbräu
Im Bräustübl vorzügl. Frühstücks-
und Mittagstisch zu kleinen Preisen.

„Clou“

Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester
Dirigent: Franz v. Blon.
Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brass.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt.

Brauerei Friedrichshain

Montag, den 23. März 1914, abends 8 Uhr:
Doppel-Konzert
des auf 60 Künstler verstärkten
Blüthner-Orchesters
und des
Gesangvereins Namentlos (A.-S.-B.)
Chor- u. Orchesterdirigent: Emil Thilo.
Programm u. a.: Wagner — Brahms — Liszt — Grieg.
Entree 30 Pf.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Donnerstag, 19. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
mit extra ausgewählt. Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Das große Ausstattungsstück
in 7 Bildern
„Tipp“
für
Derby-Favorit 1914

„Tipp“

Besonders hervorzuheben:
1. Der Zusammenstoß
zweier Eisenbahnzüge.
2. Flucht der Renn-
besucher bei strömen
dem Regen.

Berlin-Wilmersdorf

am Fehrbelliner Pl.
Ecke Mannheimer und
Brandenburgische Straße
Haltest. d. elektr. Straßenb.
— Nur kurze Zeit —
Zirkus
Barum-
Schau.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Das wunderbare
Programm
mit 22 Welt-
Attraktionen, wie sie
die Welt in solcher, jeder
Konkurrenz die Spitze
bietenden Zusammenstell.
noch nie gesehen hat.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum.

Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 160 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 19. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Wohltätigkeits-
Fest-Vorstellung.
Die Logen u. 1. Parkett-
Plätze sind bereits ver-
griffen.
Kaufreten sämtlicher Spezialitäten.
Zum Schluß d. grandiose Pantom.
„Pompeji“.

WINTERGARTEN

Olga Desmond
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 90. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Sachen ohne Paufe!
Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.

Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Folies Caprice.

8 1/4 { Café Pingsheim
Der Heiratstag
Meyersteins

Concordia-Festsäle

64 Andrasstrasse 64
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Sotree der Hoffmann-Sänger
A.-fang 8 Uhr.
Nach der Solree: Frei-Tanz.
Vorzugskart. haben Gültigkeit!

Gewerkschaftliches.

Die Buren und Genosse Poutsma.

London, 17. März 1914. (Fig. Ver.)

Als die Polizei der südafrikanischen Regierung in das Hauptbureau des Eisenbahnerverbandes eindrang und die dort gefundenen Dokumente beschlagnahmte, hoffte sie auch gewisse wichtige Dokumente zu finden, von denen sie wußte, daß sie sich in den Händen des Sekretärs befanden. Sie entdeckte sie aber nicht. Genosse Poutsma hatte die Schriftstücke in einem Koffer aufbewahrt, der sich versteckt in seiner Wohnung befand und den seine Frau jetzt mit aus Südafrika gebracht hat. Unter den Dokumenten befinden sich auch einige Briefe, in denen sich die angesehensten Personen des Burenvolkes über den von Smuts verurteilten Sekretär der Eisenbahner äußern. Ein Brief stammt von dem gefeierten Burengeneral Christian De Wet. Er lautet:

„An den geehrten, sehr gelehrten Herren Dr. A. J. Poutsma. Lieber Herr! Am Vorabend Ihrer Abreise habe ich Ihnen einige Zeichen meiner Anerkennung für die Dienste zu geben, die Sie meinen Bürgern und mir geleistet haben. Während des Krieges lernten wir Sie nicht nur als qualifizierten Arzt, sondern auch als unseren Freund kennen, den wir nie vergessen können. Wir wissen, daß Sie, obwohl Sie gefangen genommen und von unseren Feinden fortgeschickt wurden, uns treu blieben, zurückkamen und sich uns wieder angeschlossen und daß Sie sich damit den größten Strapazen und Gefahren aussetzten, ja, daß Sie bereit waren, Ihr Leben für unsere Sache hinzugeben. Wir erinnern uns noch ganz klar, wie Sie bei Bezuidenhout's Drift in dem Distrikt Hartismith nur eben mit dem Leben davonkamen, als ein britischer Offizier einen entschlossenen Angriff auf Ihr Leben unternahm. Lieber Herr, Ihre Opfer können wir nicht genügend wertschätzen; wir können nur unseren Dank absitzen und Ihnen die Versicherung geben, daß wir Sie stets im Gedächtnis halten werden und daß Ihr Name in unserer Geschichte glänzen wird als einer der tapfersten Söhne Hollands. Mit Gott, mein Freund! Möge Gott Sie auf der Reise schützen und mögen Sie glücklich in Ihrem Vaterlande ankommen. G. A. De Wet. (Oberbefehlshaber der Streitkräfte des früheren Orange-Freistaats.)“

In einem Schreiben, das Herr Kestell, das Haupt der Reformierten Kirche Südafrikas an den Genossen Poutsma richtete, heißt es:

„Der vielen glücklichen Stunden, die ich mit Ihnen verbracht habe, werde ich stets mit Freude gedenken; Ihre Opfer für unsere Sache, Ihre Sorge für unsere Kranken und Verwundeten werde ich nie vergessen. Nehmen Sie meinen persönlichen Dank dafür an und seien Sie versichert, daß Ihre großen Dienste von mir immer hochgeschätzt werden, insbesondere, da niemand anders da war, um uns zu helfen.“

Ein dritter Brief, der von der Frau Steyn, der Gemahlin des früheren Präsidenten des Orange-Freistaats, den Genossen Poutsma auf einer Reise nach Europa begleitete, stammt, lautet:

„Lieber Dr. Poutsma! Ich schreibe Ihnen ein paar Zeilen, um Ihnen im Auftrage meines Gatten nicht nur für Ihre treuen Dienste und Ihre große Hilfe, die Sie unseren Kranken und verwundeten Bürgern haben angedeihen lassen, sondern auch für die Art und Weise zu danken, in der Sie persönlich meinem Gatten geholfen haben. Wir werden stets mit Liebe daran denken, wie Sie uns an Bord der „Carisbrook Castle“ halfen, und glauben Sie mir, wir schulden Ihnen großen Dank. Noch einmal danken wir Ihnen herzlich und hoffen, daß Ihr künftiges Leben mit Wohlergehen und Glück gekrönt sein werde. Mit herzlichen Grüßen R. T. Steyn.“

Die Hoffnung der Präsidentin hat sich nicht erfüllt. Der von den kühnsten Helden des Burenvolkes so hoch geschätzte Poutsma sitzt heute im Exil, verbannt von den Machthabern desselben Volkes, dem er sich einst geopfert hat. Die Häupter des Burenvolkes beten heute zu anderen Göttern. Sie haben sich mit den Grubenmagnaten verbunden und „einer der tapfersten Söhne Hollands“, der Mann, der den Buren half, „als niemand anders da war, um zu helfen“, ist zum Verbrecher gestempelt worden, weil er sich erkühnt hat, für das geknechtete Proletariat einzutreten und es erfolgreich zu organisieren. Ja, er ist nach der Aussage des Generals Smuts

eine fast ebenso „unheilvolle Gestalt“ wie der Genosse Bain, der ebenfalls den Buren in ihrem Kampfe gegen die fremden Eindringlinge und zwar bewaffnet beigegeben hat. — Und die Herren Botha und Smuts sollen sich nicht einmal schämen.

Berlin und Umgegend.

Die Klempner und Monteur der Bierdruck-Apparate-Branche stehen in einer Tarifbewegung. Einer Verammlung am Dienstag lag der Entwurf der Forderungen vor. Eine Verkürzung der jetzt bestehenden 9 stündigen Arbeitszeit wird nicht verlangt. Der Mindestlohn beträgt zurzeit für die Klempner und Monteur 70 Pf. pro Stunde, der Einstellungslohn 65 Pf. Verlangt werden nunmehr 80 Pf. Dieser Mindestlohn muß, gleichviel ob in Lohn oder Akkord gearbeitet wird, unter allen Umständen bezahlt werden. Für alle Arbeiten außerhalb der Werkstatt ist außer dem Jahrgeld ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde zu bezahlen. Dies gilt auch für die Hilfsarbeiter.

Weiter wird verlangt eine Entschädigung für Fahrzeit resp. Laufzeit, wenn die Arbeitsstelle mehr als 10 Kilometer vom Geschäft entfernt ist. Mindestens ist in solchen Fällen außer dem Jahrgeld täglich ein Stundenlohn zu zahlen.

Bei Arbeiten, bei denen der Bohnort abends nicht zu erreichen ist, sind pro Tag 3 (drei) Mark auch für Reise-, Sonn- und Feiertage zu vergüten. In Badeorten oder wo der Unterhalt sehr teuer ist, ist entsprechend höherer Zuschlag zu gewähren. Bei solchen Arbeiten ist auch für Hin- und Rückfahrt der Stundenlohn zu zahlen. Alle Akkordarbeiten werden um 15 Prozent erhöht. Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden. Die Lohnzahlung muß am Freitag mit Schluß der Arbeitszeit beendet sein. Bei entsetzlichem Arbeitsmangel soll die Arbeitszeit möglichst auf 6 Stunden verkürzt werden. So bereits bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, dürfen dieselben nicht verschlechtert werden.

Der Tarif soll am 1. April 1914 in Kraft treten mit Gültigkeit bis zum 1. April 1917, also drei Jahre laufen.

Es bleibt abzuwarten, wie die Unternehmer sich zu diesen Forderungen stellen.

Achtung! Gastwirtsgehilfen! Die Bierhallen zur Kottbusser Hütte (Ausschnitt der Berliner Wollbrauerei), Inhaber Berndt, Neufölln, Kottbusser Damm 73, sind für organisierte Gastwirtsgehilfen und Cafeangestellten gesperrt.

Die Organisation verfuhrte seit längerer Zeit, mit Herrn Berndt tarifliche Vereinbarungen abzuschließen, durch welche die Löhne und Arbeitsverhältnisse geregelt werden sollten. Herr Berndt erklärte unseren Vertretern, er könne sich nicht darauf einlassen, da er von anderen gelben Vereinigungen zu jeder Verbindung so viel Geld erhalte wie er benötigt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

Achtung, Kraftfahrtsführer! In dem Automobilbetrieb von Reichle, Putilitz 14 (Garage Duxowstr. 59) haben wegen Mangelregelung der Vertrauensleute die Kollegen die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist für organisierte Chauffeure gesperrt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Aus dem Fleischergewerbe. Der Restaurateur Fritz Trache, Gadeper, Schönhauser Allee 72, weigert sich, den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anzuerkennen. Die Organisation hat den Betrieb für organisierte Fleischerstellen gesperrt.

Die Tarifkommission der organisierten Fleischergehilfen.

Deutsches Reich.

Die Arbeitslosennot im Malergewerbe.

Im Verband der Maler und Lackierer Deutschlands umfaßt der 3. Bezirk Norddeutschland und zwar Hannover, Braunschweig, Schleswig-Holstein und die Hansestädte. In diesem Bezirk ist in den verflochtenen Jahren zur Frage der Arbeitslosigkeit umfangreiches Material gesammelt. Aus ihm geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit auch in Zeiten normaler Konjunktur verhältnismäßig groß ist. Vom Oktober 1907 bis September 1908 wurde bereits in Hamburg durch zwölf Monate eine genaue Statistik aufgenommen. 74,80 Proz. der Befragten wurden von Arbeitslosigkeit betroffen; sie waren pro Kopf 61,60 Tage arbeitslos, 21,37 Proz. waren 30,94 Tage pro Kopf krank und erwerbsunfähig, 13,40 Proz. arbeiteten 43 Tage pro Kopf außerhalb des Berufs.

Daß es inzwischen nicht besser geworden ist, beweisen jüngere

Zahlen. Vielleicht das zuverlässigste Bild der Arbeitslosigkeit bieten die Arbeitsnachweise. Auch hier wird allerdings die Statistik derer nicht erfasst, die in den schlechten Zeiten den Nachweis gar nicht beschaffen, weil Arbeit doch nicht vorhanden ist. Es wurden ermittelt im Jahresdurchschnitt auf 100 offene Stellen Angebote: 1910: 157,49, 1911: 180,11, 1912: 130,44. Für das Jahr des großen Kampfes im Malergewerbe 1913 liegen noch keine Vergleichsziffern vor und dürften sich durch die monatelangen Störungen in der Arbeitsvermittlung auch kaum eignen. Wichtig ist vor allem die Tatsache, daß selbst in den Monaten März, April und September, in der flotten Geschäftszeit, die Reserven noch groß sind. Vereinzelt kann in den Frühjahrsmontaten die Zahl der offenen Stellen die der Angebote um ein geringes übersteigen. Sofort aber sinkt die Zahl der Arbeitsgesuche wieder in die Höhe auf 250 bis 280 auf 100 offene Stellen schon im Juni, verringert sich langsam im Juli und August und stürzt dann im September hinab, wo sich vereinzelt wiederum Arbeitsgesuche und offene Stellen etwa decken. Dann geht es wieder in großen Sprüngen aufwärts im Oktober mit 300, November mit 1000 bis 2000, zum Dezember mit 3000 und darüber hinweg Angebote auf 100 offene Stellen. Darauf fällt die Zahl der Angebote erst langsam und dann schneller zum März hinab. So geht das Jahr um Jahr, und nichts ist unrichtiger als die Annahme, den für das Baugewerbe stillen Wintermonaten folge eine längere Zeit, wo auch nur annähernd von ausreichender Arbeitsgelegenheit gesprochen werden könnte.

Im Jahre 1913 konnten für die Ermittlungen über die Arbeitslosigkeit nur die Monate nach der Aussperrung, die am 26. Mai beendet war, in Frage kommen. Bis zum 30. September, also in vier, in Hamburg nur in drei Monaten, waren von 4289 im Bauberuf beschäftigten (und befragten) Mitgliedern 1638 oder 38,35 Proz. arbeitslos und zwar 26 292 Tage oder 16,05 Tage pro Kopf. Am 30. September waren 170 Befragte ohne Arbeit und zwar schon 1851 oder 10,89 Tage pro Kopf. Dabei handelt es sich um die Zeit der stärksten Beschäftigung, und überdies war angenommen, daß durch die Aussperrung von 12, bezw. 16 Wochen eine Arbeitshäufung eingetreten sei. In den einzelnen Orten weist die Arbeitslosigkeit bedeutende Verschiedenheiten auf, die in der jeweiligen Konjunktur am Orte, zum Teil auch in der Art der Durchführung der Aussperrung, zum anderen in der Höhe der Löhne ihre Ursache haben. Auf den Kopf des befragten Mitgliedes entfielen 6,15 Arbeitslosentage. Ueber diesem Durchschnitt standen die Orte Bremerhaven, Hannover, Hamburg, Hildesheim, unter ihm unter anderen Bremen, Braunschweig, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Rostock und Wilhelmshaven. Im letzten Quartal 1913 wurden 8988 Arbeitslosenmarken geleistet, gleich ebensoviel arbeitslosen Wochen. Das sind 4587 Wochen mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres, obwohl die gute Konjunktur auf den Geschäftswerten 1479 Mitgliedern Beschäftigung gab und 117 außer Beruf arbeiteten. Am Schluß des Jahres waren 30 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Die Beschäftigung ungelerner Arbeiter und die Lehrlingszählerei verschlechtert die Arbeitsgelegenheit zu allem noch bedeutend. 1912 wurden in Norddeutschland auf 100 beschäftigte Gehilfen 23,17 Lehrlinge festgesetzt. Insgesamt ist das Bild der Arbeitslosigkeit zu günstig. Es sind vor allem nicht die Unorganisierten erfasst, die viel stärker unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Wo paritätische Arbeitsnachweise auch die Unorganisierten erfassen, steigt die Zahl der ermittelten Arbeitslosen absolut und relativ ganz enorm.

Acht bis neun Monate des Jahres ist eine unerbildlich große Zahl der Malergehilfen ohne Arbeit. Die Zahl der Arbeitsangebote übersteigt dauernd die Zahl der offenen Stellen in solchem Maße, daß schleunigst Mittel und Wege gefunden werden sollten, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Die Organisation kämpft um höheren Lohn und damit zugleich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sie kämpft um eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit mittelbar gegen die Arbeitslosigkeit selbst. Der Widerstand gegen eine fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit muß die Forderung nach einer Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit stärken.

Die Dachdeckermeister in Vorpommern wollen eine Zwangsinnung ins Leben rufen. Dieser Tage waren 25 von etwa 45 in Betracht kommenden Meistern in Greifswald anwesend, wo sie der Anregung zustimmten. Gleichzeitig wurde ein Unternehmerverband gegründet für Vorpommern und Rügen mit dem Sitz in Stralsund. Diese Gründung erfolgte mit Rücksicht darauf, daß am 1. April d. J. der Tarif mit den Gehilfen abläuft. Der Vorsitz des Verbandes führt der Dachdeckermeister Bierkant in Stralsund.

Kleines Feuilleton.

Grünes Haar. Man liest und sieht jetzt mancherlei von der neuesten Pariser Mode, wonach die Damen der Creme ihr Haar grün färben. Warum nicht, könnte man fragen. Grün bedeutet Hoffnung, grün ist das Laub und der Frösch und noch manches andere und dieser und jener, ohne gerade gefärbt zu sein. Die Mode raft und will ihr Opfer haben. So gut wie die Damen der Wilden sich Goldplättchen durchs Ohren und Lippen treiben, ebenso gut können die Damen der (Ueber-)Kultur ihr Haar und, wenn sein muß, noch mancherlei anderes färben. Auch grün. Aber diese Mode ist leider schon veraltet und nicht originell.

Ich ging kürzlich in dem Leichenzug, der die bei der Explosion in der Anilinfabrik verunglückten Arbeiter zu Grabe geleitete. Unter den Arbeitergehaltn, die im Zuge mitgingen, waren auch solche, die grünes Haar hatten. Jawohl, grünes Haar. Es schillerte und glänzte wie ein Hahnenschweif. Das fiel mir auf, denn grünes Haar ist nicht alltäglich. Ich fragte meinen Nebenmann, einen Kollegen der Verunglückten. Grüne Haare, oh, das sei nichts Seltenes, meinte er mit einem resigniertem Lächeln. Sie, die Arbeiter aus der chemischen Industrie, seien an ein derartiges Wunder längst gewöhnt. Grün seien viele unter ihnen, manche würden mit der Zeit grün wie ein Kanarienvogel. Und wenn sie schwiigten, so dringe die Farbe aus allen Poren.

Sie kommen also leicht zu ihrer Färbung, ungewollt und unbewußt, so ganz unlosig, während die armen Pariser Damen sich die Farbe kaufen und unter großen Mühen ihr Haar erst verändern müssen.

Die Arbeiter haben zuweilen doch leichter. Der Kannibalenfisch. Der Expedition Roosevelts durch die unerschlossenen Urwälder Brasiliens gelang das Studium eines eigenartigen „Kannibalenfisches“, der sogenannten Piranha. Roosevelts schildert den Fisch als den grausamsten Räuber und Jäger der Fischwelt. Der Kannibalenfisch greift nicht wie andere Fische kleinere Tiere an, sondern Fische, die ihn an Größe und Kraft bei weitem übertreffen. Wenn man bei einer Bootfahrt den Finger ins Wasser steckt, läuft man Gefahr, ihn sich von diesem gefährlichen Raubfische abbeißen zu lassen; steigt ein verwundeter Mensch ins Wasser, so erregt sein Blut die Kannibalenfische zu wahnsinniger Gier, und sie zerreißen ihr Opfer auf der Stelle. Dabei erreichen diese Fische im Paraguay eine Länge von nicht mehr als 18 Zoll, der Kumpf ist im Verhältnis zur Länge breit und plump, der Kopf abgeplattet mit vorklebendem Unterkiefer. Das Gebiß ist mit starken feilförmigen Zähnen ausgerüstet, die Fleisch und Knochen durchbohren.

Der Champion der Diebe. R. Francombe ist über Nacht in Paris berühmt geworden. Die Richter haben ihn zwar auf drei Jahre ins Gefängnis geschickt; aber was sind drei Jahre Gefängnis, wenn man 20 Jahre lang gewinnbringende Juwelenhändler genarrt hat und auf Grund dieses listigen Handwerks ein

üppiges und geradezu sorgloses Leben führen konnte. Verbrecher sind vor den Schranken des Gerichts gern großsprecherisch, aber R. Francombe war nicht allzu anmaßend, als er sich im Pariser Gerichtshof mit vergnügtem Augenzwinkern den „Champion der Diebe“ nannte.

Daß 20 Jahre verstreichen und die Zahl seiner Diebstähle auf 200 anwachsen mußte, ehe man diesem erfinderischen Herrn Langfinger auf die Spur kam, hat seine guten Gründe. Francombe ist ein Kenner der Schattenseiten der menschlichen Seele und weiß, wie sehr Aussicht auf Geld und Verdienst verlockt. Und so maskierte er sich dann, wenn immer er auf Abenteuer ausging, als Polizeinspektor, suchte sein Opfer, irgendein vermögendes Juwelenhändler, auf, klopfte ihm vertraulich auf die Schulter, zog ihn ein wenig beiseite und sagte mit verständnisvollem Augenzwinkern: „Schauen Sie her, Sie wissen, daß eine ganze Menge Juwelen durch die Hände von Polizeibeamten gehen. Manche der kleinen bunten Steinen bleiben dabei liegen. Wenn Ihnen daran liegt, könnten wir gemeinsam recht hübsche Geschäfte machen.“ Und dabei zog er aus seinen Taschen gestohlene Edelsteine, ließ sie funkeln und bot sie dem Händler zu einem Preise an, der mehr als billig war. Fast immer bißen die Juwelenhändler an und das Geschäft wurde abgeschlossen.

Allein wenn der vermeintliche Herr Polizeinspektor gegangen war, mußten die Händler mit Schrecken bemerken, daß eine Anzahl besonders kostbarer Schmuckstücke mit ihm verschwunden war. Da aber die Herren Jungtiere in der Angelegenheit kein reines Gewissen hatten, wagten sie es nicht, den Diebstahl anzuzeigen, und so konnte Francombe zwei Jahrzehnte hindurch ungehindert sein Handwerk fortsetzen. Selbst als er jetzt vor Gericht einliefert wurde, wagten nur wenige der vorgeladenen 78 Zeugen auszusagen: die überwältigende Mehrzahl der Geschädigten zog es vor, hartnäckig zu behaupten, daß Francombe sie keineswegs bestohlen habe. Und so erklärt es sich auch, daß dieser schlaue „Champion der Diebe“ nur drei Jahre Gefängnis erhielt.

Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. So viele Bemerkungen die literarische Mode im letzten Jahrhundert seit Hauptmanns Erscheinen auf der freien Bühne durchgemacht hat, die Veringschätzung der sogenannten dramatischen Technik als der Kunst, durch das Arrangement der Szene spezifische Theaterstimmung zu erzeugen, ist unverändert geblieben, oder hat sich noch festgesetzt. Den Anstoß gab die notwendige Reaktion gegen das ob seiner Verwidelungsstricks und Sentationen früher so übermäßig bewunderte französische Gesellschaftsdrama. Und nach demselben Verwerfungsschema behandelte man denn auch alles andere, das irgendeine Silberwandtschaft mit jenem Typus zeigte, vornehmlich Suedermann. Die Verzierungen und Berggröberungen, mit denen eine solche Technik arbeitet, die Gewaltankunft, mit welcher sie zu scharf geprägten Gegenständen und Umschlägen drängt, wurden als verlogene Barbarei gebraut; für die positive Leistung, das Vermögen, auf breite Massen von der Bühne intensiv zu wirken, fand die leitende Kritik kaum ein Wort der Anerkennung.

Und doch ist dies Vermögen vielleicht noch seltener als Talente von intimer-künstlerischer Art und hat so gut wie diese ihren Wert.

Felix Philipp Schaulpiel. „Das große Licht“ kann sich mit den Dramen, die Sudermann in seiner guten Zeit geschrieben, schwerlich messen. Nach jenen Maßstäben künstlerischer Kritik verdient es das schärfste Verdammungsurteil. Aber es wirkt, es fließt Theaterblut darin, und die Szenen, so viel falsche Töne ein geschultes Ohr heraushört, gruppieren sich in gut geführtem Aufstiege um einen menschlich interessierenden Konflikt. Ein junger begabter Maler, den ein genialer Künstler, der Erbauer eines herrlichen Münsters, zur Mitarbeit heranzieht und nach Kräften fördert, verläßt im dumpfen Bewußtsein seiner Inferiorität die Wohlthaten des Meisters mit giftigem Reide, zerrütet in krankhaftem Größenwahn seine eigene Kraft. Zur Erkenntnis seiner Ohnmacht erwachend, stürzt er sich, als der Bau vollendet ist, von dessen schwindelnder Höhe herab. Insonderheit der zweite Akt zeigt stark bewegte Steigerung. Im letzten hat der Autor die Driftigkeit der Handlung durch dekorative Zutaten, die Festfester der Arbeiter in der Dornkuppel und die Verherrlichung des Künstlers gefehlt zu verhallen gewußt.

Der Beifall war so lebhaft wie bei der Uraufführung vor zwölf Jahren im Kgl. Schauspielhaus. Ein halb Duzend Mal oder mehr mußte der Autor erscheinen. Das Spiel verdient alles Lob. In erster Reihe standen P a e s c h e s großartig angelegter Architekt und W e n z e l s famoser Alter, enthusiastischer Rusikus. dt.

Notizen.

— Vorträge. Der für heute angeordnete Urania-Vortrag von Professor Dr. Donath: „Die Wissenschaft des kinematographischen Bildes“, fällt technisch Hindernisse wegen aus.

— Musikchronik. Heute abend 8 Uhr findet in der Philharmonie das einzige Konzert von Eugen d'Albert mit dem Philharmonischen Orchester statt. Programm: Konzerte G-dur und Es-dur Beethoven, Es-dur Liszt, Es-dur d'Albert. Karten bei A. Fischer, Voie u. Vogt und an der Abendkasse.

— Ein neuer Sonnenfleck, dessen Durchmesser 16 000 Kilometer betragen soll, also fast anderthalb mal so groß als der der Erde wäre, wurde von den Astronomen in Toronto entdeckt. Zurzeit beginnt eine neue große Periode der Sonnenflecke, dieser von gewaltigen vulkanischen Ausbrüchen erzeugten Erscheinung, die alle elf Jahre besonders mächtig auftritt.

— Filchner mit Amundsen. Der Leiter der letzten deutschen antarktischen Expedition Dr. Filchner wird, wie nimmehr endgültig feststeht, an Amundsens Nordpolexpedition teilnehmen.

— Des Gastwirts Rache. Hubbard Kipling war in Kanada mit einem Gasthaus gar nicht zufrieden. Bevor er abreiste ließ er sich den Wirt kommen und sagte zu ihm: „Ich möchte Ihnen nur sagen, daß von allen Hotels unter der Sonne, in denen ich je abgestiegen bin, keins an Rang an Komfort und schlechter Leitung sich mit dem Ihrigen vergleichen läßt.“ Höchst entrüstet zog sich der Gastwirt zurück, und als Kipling dann um die Rechnung bat, fand er als letzten Posten aufgesetzt: „Für Freiheit — drei Dollar.“

fund. Was Geistes Kind der Herr ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß er von seinen Schülern die unterschriebene Erklärung dafür verlangte: 1. daß sie keiner Organisation angehören, 2. nicht angehören werden und 3. im Falle eines Streiks für den bisherigen Lohnsatz weiter arbeiten. Wenn die pommerischen Dachdeckermeister glauben, die Schülern durch Terrorismus zu zurechtbringen können, so kommen, daß dem Druck von oben ein weit stärkerer von unten folgen wird.

Metallarbeiter-Aussperrung.

Auf den Mitteldeutschen Elektrizitätswerken (Wörthaus) bei Saalfeld in Thüringen wurden ca. 280 organisierte Metallarbeiter ausgesperrt. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Firma seit längerer Zeit angeblich wegen Arbeitsmangel ausserhalb und Arbeiterinnen kündigte, die jahrelang im Betriebe tätig waren und Vertrauensstellungen in der Organisation bekleideten, während jüngere Arbeiterkräfte behalten und neu eingestellt wurden. Im diesem Hinsicht wurden einzelne mitleidiger Personen und ganzer Arbeitskolonnen Einhalt zu tun, protestierte die Gesamtarbeiterchaft, worauf die Firma zur Aussperrung schritt. Allem Anschein nach ist eine Lohnreduktion im ganzen Betriebe geplant. Da die gesamten Arbeiter organisiert sind, dürfte es der Firma schwer fallen, ihre Pläne durchzuführen.

Wohnung! Arbeiter! Die über die Kaufmannszuricherei von R. Schellenberg, Hamburg, Glasschüttenstr. 96, verhängte Sperre ist aufgehoben. Nur die Sperren über die Firmen A. Meinhart, Hamburg-Bandstr. 80 und A. Zimmermann u. Co., Hamburg-Elbstr. 10, während der Zeit, dauern unbeeinträchtigt weiter und erfordern wir jeden Zugang dorthin fernzuhalten. Die Filialverwaltung.

Friesenleger! Die Friesenleger der Firma Rurbaum & Vonn sind in den Streik getreten. Die Firma führt zurzeit eine größere Arbeit in der Kolonie Weidau bei Duisburg aus. Zugang nach dort und nach Vonn ist streng fernzuhalten.

Aus der Partei.

Erfolge der roten Woche.

In Osnabrück wurden in der roten Woche, soweit das Ergebnis bis jetzt vorliegt, 225 Aufnahmen für den Wahlverein gemacht. Für die Parteipresse wurden ebenfalls eine größere Zahl neuer Abonnenten gewonnen.

Für Schmidt a. D. sind in der roten Woche 35 Leser der „Brandenburger Zeitung“ und 28 Parteimitglieder gewonnen worden.

In Stuttgart wurden 1275 neue Parteimitglieder, darunter 330 weibliche, und 275 neue „Tagwacht“-Abonnenten gewonnen.

In Oberhadern drachte die rote Woche 471 neue Parteimitglieder und 702 Abonnenten auf die „Volkswacht“ in Freiburg i. Br.

Gemeindevorstand.

Zur Zeichen der roten Woche stand die Gemeindevorstandswahl in Gorfau, Kreis Rimpfisch, wo überhaupt zum ersten Male eine solche stattfand. Auf den ersten Antrug fielen uns gleich sämtliche Mandate der 8. und 2. Abteilung zu. Damit wird Gorfau neben Klein-Neubusch die zweite Gemeinde in Schlesien, die über eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeindevorstand verfügt.

Noch nicht ganz so weit, aber nahe daran sind unsere Genossen in Hartau bei Hirschstein. Dort wurde in der 2. und 8. Abteilung je ein Genosse gewählt. Mit den schon vorhandenen sechs Gemeindevorstandern besitzen unsere Genossen jetzt genau die Hälfte aller Mandate.

In Hohenwiese im Riesengebirge wurde Genosse Bähn in der 3. Abteilung mit großer Mehrheit gewählt.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie beschloß am Sonntag noch in seiner in Olten abgehaltenen Sitzung die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess auf den 15. und 16. August nach Bern mit folgenden Verhandlungsgegenständen: Nationalratswahlen (im Herbst 1914), Nationalratsproporz, Fabrikgesetzrevision, internationaler Sozialkongress in Wien und Parteisekretariat. Die Fragen der Parteiführung und des obligatorischen Referendums werden der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung überwiegen, die zur gegebenen Zeit und auf geeignete Weise die beiden Fragen zur Beratung in den Verbänden bringen wird. Die Initiative gegen die Spielbanken wird von der Partei unterstützt, damit die Verfassungsfrage zur Neuregelung an die Verbände gelangt. An den Wiener Kongress werden 18 Delegierte abgeordnet. Bezüglich der weiteren Ausgestaltung des Parteisekretariats wird dem Parteitag beantragt, dasselbe durch Anstellung eines speziellen Parteisekretärs zu erweitern. Bis auf weiteres soll die Partei an das Sekretariat des schweizerischen Grütlivereins einen Jahresbeitrag von 2500 Fr. leisten, wofür es auch die Geschäfte der Partei erledigen soll.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigten Offiziere.

Das Dresdener Schöffengericht verhandelte am Mittwoch gegen die Genossin Vera Selinger wegen angeblicher Beleidigung der Offiziere des deutschen Heeres. Genossin Selinger soll in zwei Frauenversammlungen in Dresden am 12. und 14. November v. J. in denen sie über Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelmangel und die Aufgaben der Frauen sprach, gesagt haben: Der Militarismus läßt in erster Linie die höheren Schichten zugrunde, da diese dort ihre Söhne unterbringen könnten, die sonst zu dumm und zu faul seien, um ehrliche Arbeit zu leisten. Der sächsische und der preussische Kriegsminister hätten deshalb wegen Beleidigung der sächsischen und preussischen Offiziere in ihrer Gesamtheit Strafandrohung gestellt. Genossin Selinger bestritt, sich in diesem allgemeinen Sinne ausgesprochen zu haben. — Zwei als Zeugen auftretende Polizeibeamte mußten zugeben, daß ihr Stenogramm nur einzelne Sätze vollständig wiedergab und daß auch in diesen Sätzen Worte ausgelassen seien, die sie erst später einfügten. Das Gericht hielt aber das Stenogramm für beweiskräftig.

Der Amtsanwalt beantragte eine erhebliche Gefängnisstrafe, da eine andere Strafe keine entsprechende Sühne sein würde. Die Anklagen seien sehr gefährlich, besonders weil sie in einer Zeit getan wurden, in der die politische Lage sehr ernst war. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, Berlin, dagegen forderte die Freisprechung, da ein ausreichender Beweis für die Schuld der Angeklagten nicht erbracht worden sei. — Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Haft. Auf Haft wurde als Ewentualstrafe erkannt, weil die Angeklagte nicht aus erschwerter Stimmung gehandelt habe.

Aus Industrie und Handel.

Der elektrische Strom in Deutschland.

Nach der bei Julius Springer, Berlin, herauskommenen Statistik der deutschen Elektrizitätswerke gab es in Deutschland am 1. April 1913 etwa 4100 Elektrizitätswerke. Das ist gegen-

über 1911 eine außerordentliche Steigerung, denn am selben Termin 1911 wurden in Deutschland erst 2600 Elektrizitätswerke gezählt. Es ist möglich, daß die damalige Zählung noch nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen konnte, sicher ist jedoch, daß von 1911 auf 1913 die Zahl der deutschen Elektrizitätswerke sehr erheblich zugenommen hat. Geht man weiter zurück, so findet man im Jahre 1900 nur 652 Werke. Die Zahl der deutschen Elektrizitätswerke hat sich von 1900 bis 1913, also in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, um 3448 vermehrt. Entsprechend haben sich natürlich die Gesamtleistungen gesteigert. Während im Jahre 1900 die Maschinen etwa 192 000 Kilowatt erzeugten, belief sich die Leistung im Jahre 1913 auf 1,9 Millionen Kilowatt. Das ist eine Erhöhung um das Sechsfache. Charakteristisch für die moderne Elektrizitätsversorgung ist die außerordentliche Steigerung der Zahl großer Kraftwerke, das heißt von Werken mit einer Leistungsfähigkeit von über 5000 Kilowatt. Imponant sind die Riffen, in denen die Vermehrung der Elektrizitätsanschlüsse zum Ausdruck gelangt. 733 Werke hatten im Jahre 1911 einen Gesamtanschlußwert von 1,25 Milliarden Kilowatt; im Jahre 1913 wurde der Anschlußwert schon auf etwa 2 Milliarden Kilowatt geschätzt. Besonders aktuell ist die Konzentration, daß im Jahre 1913 2833 Werke Privatunternehmungen waren, während 1912 Werke in städtischer oder staatlicher Regie standen. Die größte Leistung von allen Stromlieferanten hatten am 1. April 1913 die Berliner Elektrizitätswerke mit beinahe 193 000 Kilowatt aufzuweisen. Dann folgt das Elektrizitätswerk Düsseldorf-Reisholz mit 66 000 Kilowatt, dann die Ober-schlesischen Elektrizitätswerke und das Städtische Elektrizitätswerk in Hamburg. Der kleinste dieser Stromlieferanten ist das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Wesel, das eine Leistungsfähigkeit von 10 000 Kilowatt hatte.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln feierte seine Generalversammlung ab, in der sämtliche Anträge der Verwaltung (u. a. Herabsetzung der Dividende von 5 auf 3 Proz., vermehrte Abschreibungen) einstimmig genehmigt wurden. Ueber die Aussichten des Unternehmens, das in den letzten Jahren große Verluste erlitten hat, äußerte sich die Verwaltung: Die Schäden, die für die Vergangenheit auszumachen waren, seien nach menschlichen Ermessen beseitigt. Die Verwaltung glaube nunmehr, eine geeignete Basis für eine Gesundung der Geschäftsentwicklung gefunden zu haben. Die Aktionäre dürften jedoch nicht erwarten, daß mit einem raschen Dividendenaufstiege im folgenden Jahre gerechnet werden würde. Vielmehr sei das Hauptaugenmerk der Verwaltung auf stetige Konsolidierung gerichtet und sie hoffe, daß wieder mit einer steigenden Dividende zu rechnen sein werde. Man habe sich die Erfahrung der früheren Jahre zu Range gemacht und alle Schäden offen erklärt.

Rückgang des Außenhandels im Februar. Die in der gestrigen Nummer veröffentlichten Zahlen beziehen sich auf den Außenhandel, nicht wie es infolge eines Druckfehlers hieß, auf den Kohlenhandel Deutschlands.

Gerichtszeitung.

Die beleidigten Stadtverordneten von Rathenow.

Ein politischer Verleumdungsprozess wurde gestern im Verurteilungsvorgang vor der Potsdamer Strafkammer ausgetrollt. Am Geburtstage des Herzogs von Braunschweig wurde im Rathenower Stadtparlament vom Vorsitzenden Heidemann die Meinung geäußert, der Herzog habe für die Armen von Rathenow 5000 M. gestiftet. Der Vorsitzende regte daraufhin an, dem Spender den Dank durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck zu bringen und ihn gleichzeitig zu seinem Geburtstage zu beglückwünschen. An dieser Ovation nahmen die sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht teil. Der Vorsitzende regte ihr Verhalten.

Im Zusammenhang mit den Stadtverordnetenwahlen fand am 21. November vorigen Jahres eine öffentliche Versammlung statt, in der der sozialdemokratische Parteisekretär Genosse Max Wogger aus Neukölln über ein kommunalpolitisches Thema referiert hatte. In der Diskussion wurde von einzelnen Rednern auf den eingangs mitgeteilten Vorgang Bezug genommen. Mit Bezug darauf soll dann der Angeklagte gesagt haben: Wegen dieser paar lumpigen Pfennige einen Anstoß zu machen, zeigt die ganze Erbärmlichkeit dieser Kreaturen.

Dieser Wortlaut wurde dem Polizeibeamten Weise notiert und zur Anzeige gebracht. Allerdings wurde polizeilichersits gleich bemerkt, man habe den Eindruck gehabt, als sei der Redner, der sonst durchaus sachlich gesprochen habe, entgleist. Das Schöffengericht von Rathenow verurteilte aber Wogger wegen Verleumdung der Stadtverordneten, auf die sich seine Äußerung bezogen habe, zu einem Monat Gefängnis.

In der Berufungsinstanz bestritt der Angeklagte den Wortlaut der ihm unterstellten Äußerung und vertat wie in erster Instanz den Standpunkt, die Worte seien auf seine Parteigenossen gemünzt gewesen und hätten belagen sollen: wenn sie aufgefunden wären und hätten die Geburtstagsbeglückwünschung mitgemacht, dann wären sie erbärmliche Kreaturen gewesen. Von dem Verlauf der damaligen Stadtverordnetenversammlung hatte der Angeklagte ja erst in der Diskussion seines Vortrages Kenntnis erlangt. Fünf Stadtverordnete, die als Zeugen vernommen wurden, bestätigten, daß auch sie das Auffreten als eine Geburtstagsovation aufgefaßt und aus den Worten des Angeklagten den von ihm angebotenen Sinn entnommen hätten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, beantragte aus tatsächlichen und juristischen Gründen die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Verurteilung. Die Potsdamer Strafkammer sah als festgestell an, daß der Angeklagte seine politischen Gegner kritisiert wollte. Die Äußerung ist von Beamten angeordnet worden und sie haben den Eindruck gehabt, daß es sich um eine rednerische Entgleisung handle, deshalb sei die Strafe zu hoch bemessen. Es sei darum auf eine Geldstrafe von 300 M. erkannt worden.

Sechs-Tage-Verhandlung.

Kreditwindeln in großem Umfange zum Schaden von Kaufleuten und Fabrikanten in den verschiedensten Teilen Deutschlands legt die Anklagebehörde dem Kaufmann Albert Benjamin zur Last, der sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorhitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister wegen Konkursvergehens und Betruges in dreizehn Fällen zu verantworten hat. Der Angeklagte ist schon wegen betrügerischen Bankrotts mit einem Jahre und wegen Wuchers mit sechs Monaten Gefängnis bestraft und hat jetzt schon längere Zeit in Untersuchungshaft, da er in einen riesigen Wucherprozess verwickelt ist, der demnächst die Strafkammer beschäftigen wird und mehrere Wochen dauern soll. Nachdem der Angeklagte seine Strafe wegen Wuchers verbüßt hatte, begründete er mit einem ihm von seinem Bruder zur Verfügung gestellten kleinen Kapital ein Geschäft zum Vertrieb von Haaren, Zigaretten u. dergl. Er hatte schon im Oktober 1908 den Offenbarungseid geleistet und war in den Jahren 1910 und 1911 etwa 50 Pfundungen unterworfen, die zum Teil fruchtlos ausfielen. Im August 1911 leistete er nochmals den Offenbarungseid. Dies hinderte ihn nicht, sich als zahlungsfähigen Kaufmann aufzuspielen und unter der Firma „Albert Benjamin, Wein- und Zigaretten- u. dergl.“ einer großen Zahl von Kaufleuten Waren ohne Zahlung abzunehmen. Für die Verhandlung sind sechs Tage angelegt.

Versammlungen.

Angestelltenclend in den Warenhäusern.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen beschäftigte sich am Dienstag wieder einmal mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Berliner Warenhäusern. Schon der überwältigende Besuch — der geräumige Saal konnte die Menge der Erschienenen kaum bergen — bewies die Notwendigkeit der Versammlung. Mit größter Spannung lauschten die in den „Kustlerjassen“ Versammelten den trefflichen und sündenden Worten Regina Friedländer. Gründlich zerstörte diese die Illusion derer, die da glauben, die Handlungsgehilfen hätten den Himmel auf Erden. Vielmehr wird ihnen, besonders in den Warenhäusern, durch die raffiniertesten und menschenunwürdigsten Straf- und Spitzelsysteme das Leben zur Hölle gemacht. Das möge sich auch die Öffentlichkeit merken.

Aus der Fülle des vorgebrachten Materials seien vor allem die unglaublichen Arbeitsordnungen hervorgehoben. Man bedenke, daß ein Kassierer einer ihm mißliebigen Angestellten nur „schlechte Führung“ anzudichten braucht, und schon ist ihr eventueller Sommerurlaub fällig. Oder man höre, daß für eine Minute Unpünktlichkeit 50 Pf. Strafe gezahlt werden, für einen Rechenfehler 10 Pf. usw. Folgendes Städtchen passierte kürzlich in einem in der Köpenicker Straße gelegenen Warenhaus. Nach ihrer Arbeitszeit wurden die Angestellten gehalten, Inventur zu rechnen. Ohne Entschädigung natürlich, denn Lieberstunden werden, aber auch nicht immer, mit einer Butterbenne entlohnt. Unterließ ihnen dann, was bei ihrer Uebermüdung leicht erklärlich, ein Rechenfehler, so mußte das selbstverständlich mit 10 Pf. Strafe geahndet werden. Pünktlicher Schluß ist in den meisten Warenhäusern ein unbekanntes Etwas. Sollen Lieberstunden gemacht werden, so erfahren die Angestellten das oft erst kurz bevor sie gehen wollen. Die Schundgehälter von 30—60 M. monatlich — nicht wöchentlich — für weibliche Angestellte sind charakteristisch. Ist da einmal eine Angestellte, die nach 13jähriger Tätigkeit das horrenden Monatsgehalt von 85 M. bezieht. Das ist für diese Angestellte wohl nicht zu viel, darum legt man im Oktober 5 M. zu, um ihr dann im November nachzuliegen, sie möchte per 1. Februar kündigen. Der Rohr hat seine Schuldigkeit getan. Ein gleich „humaner“ Fall: Nach 20jähriger Tätigkeit in einer Tätigkeit im Möbelgeschäft wird ein Angestellter gezwungen, wieder den Hovel in die Hand zu nehmen. Kritik überflüssig. Daß in den verschiedensten Häusern die Konkurrenzklausei und vertragliche Ausschließung des § 63 (Gesellschaftsmitglied in Konkurrenz) wahre Orgien feiert, versteht sich bei dem großkapitalistischen Wirtschaftsbetrieb wohl am Rande.

Die logische Schlussfolgerung der Referenten, daß dieses Handlungsgehilfentend nur durch freigewerkschaftliche Organisation zu beheben sei, fand allseitig fröhliche Anerkennung.

Die Diskussion konnte das von der Referenten Besagte nur noch bekräftigen.

Mit dem Verlauf dieser wichtigen Kundgebung kann der Zentralverband voll und ganz zufrieden sein, denn selten versammelten sich die Warenhausangestellten in solcher Masse, um gegen moderne Verflechtung zu protestieren.

Zentralverband der Bildhauer. Die Verwaltung Berlin hielt am Montag ihre Jahresgeneralversammlung ab. Zuerst nahm die Versammlung den Bericht vom letzten Quartal entgegen. Die Zentralkasse hatte an Einnahmen 9539,09 M., an Ausgaben 8920,35 M., bleibt ein Bestand von 618,74 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 19 691,93 M., denen eine Ausgabe von 4507,54 M. gegenüberstand, so daß der Bestand 15 184,39 M. beträgt. Der Jahresbericht ergibt folgendes Bild: Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren mit 39 832,09 M., die der Lokalkasse mit 34 316,17 M. Mitgliederbestand am Ende des Jahres 776. Arbeitslose waren zu verzeichnen 254. Im Durchschnitt erzielten im vergangenen Jahre an arbeitslosen Tagen: auf Holzarbeiter 23,04, Steinbildhauer 21,0, Modellierer 31,0. Auf alle Arbeitslosen verteilt, beträgt der Durchschnitt pro Mann im Jahre 1913 24,08 Tage. Für Unterstützungszwecke hat die Zentralkasse insgesamt ausgegeben: 16 679,50 M., die Lokalkasse: 6107 M. Als Verwalter wurde Karl Woenig wiedergewählt. Als Beisitzer im Lokalvorstand wurde Benzke und als Beisitzer im Zentralvorstand Reumann gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen des 69. v. d. Rechten 1. Stock, wochentags von 4 bis 7 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Wechsel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Giltige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Frauenvereine. Wir konnten bei der Fülle der Angelegenheiten nur einen kleinen Teil erwähnen. Die genauen Adressen sind: Dr. Kurt Rosenfeld, An der Spandauer Brücke 1 a. — R. 411. Die dortigen Grundstücke sind uns nicht bekannt. — R. 26. In solchen persönlichen Angelegenheiten sind wir nicht befähigt. Fragen Sie selbst dort an. — R. 2833. Fragen Sie bei Ihrer Berufsorganisation an. — S. 10. 13 Tage später. — G. 100. Fragen Sie bei einem Anwalt an. Adressen im Berliner Adressbuch, 2. Band, Teil 4. — S. 2. 100. Wir nennen Ihnen Spoh, Buchhändler zur alten märkischen Geschichte als Offiziant für den Geschichtsunterricht. Preis Werk 1. — In bezug auf die Bernards-Expeditionen. — R. 116. Am 1. April 1902. — G. 20. Joshalabende in Oberwalde. Alles Nähere erfahren Sie dort. — R. 5. V. Sie können auch die Erneuerung des Passiers verlangen. Ein Recht, den Betrag zu lösen, haben Sie jedoch nicht. — G. 69. Ohne nähere Sachdarstellung nicht zu beantworten. Kommen Sie eventuell in die Sprechstunde. — L. 3. 1. Sie können Freigabe verlangen, müssen aber Ihr Eigentum glaubhaft machen. 2. Kein 3. Ja. — R. 28. Bis zum 1. 4. abends. — R. 2. 10. Gehirnanomalie oder sich um Teil bedende Jekat reich. — R. 5. 100. 1. Falls renovierungsbedürftig, ja. 2. Von der Rente dürfen Sie den Betrag jedoch nicht kürzen. Sie müssen ihn vielmehr besonders geltend machen. — R. 77. Gena die Hälfte der Rente und die Hälfte der Erbschaft. — R. 2. 77. Wenn da noch den herrschenden Begriffen der Betrag zur Deduktion des notfallsigen Unterhalts ausreicht. — R. 6. 100. 1. Unseres Erachtens ja. Es kann Bestände beim Vermögensamt erhoben werden. 2. Während der Zeit der durch die Krankheit herbeigeführten Erwerbslosigkeit nicht. Es ist aber zweckmäßig, vorläufig die Beiträge zu bezahlen, bis festgestellt ist, daß durch die Krankheit Erwerbslosigkeit bedingt ist. 3. Wenn das Versprechen nachgewiesen werden kann, daß Ihre Schwester Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts bis 1. 5. — R. 2. 18. 1. und 2. Unseres Erachtens sind keine von den Gegenständen pfändbar, falls das Sofa für das Kind als Schlafgelegenheit benutzt wird. Ist das nicht der Fall, so ist das Sofa pfändbar und alsdann außerdem der Küchenschrank, 3. Ja, sofern und soweit der Lebensbedarf 28,5 M. wöchentlich übersteigt. 4. Ja. — R. 76. Kein. — R. 5. 25. Verurteilung beim Oberverwaltungsamt. — R. 2. 67. Ja. — Berlin. Die Zeitung ist stempelpflichtig. — R. 2. 31. 1. Gena 100 M., ausgenommen die Inflationsscheine. 2. An das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Grundstück belegen ist. Das Gericht kann die Verbringung eines Urteils verlangen. 3. Nein. 4. Dafür ist die für den Ort in Frage kommende Steuerordnung maßgebend. — R. 2. 70. 1. Ist allerdings in einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts bejaht worden. 2. Nein, wenn darin die Ansicht, die Verleumdung des Klägers zu verurteilen, zu finden ist. 3. Ja, auf Grund seines Eigentumsrechts. 4. 1. Nein. 2. Nur dann, wenn der Gewerber gültig ist. 5. Bei Objekten im Werte bis 150 M. einschließlich. — Reichsgericht-Verf. 122. 1. Ja, soweit das Einkommen 125 M. monatlich oder 28,5 M. wöchentlich übersteigt. 2. Nein. 3. Die Forderung nicht bestehen, solange nicht die Forderung von dem Wirtschaftler erfüllt ist. Die Enttragung der Forderung ohne Pfandrecht hebt die Pfandhaftung nicht auf. Eine Verjährung tritt nicht ein. 4. Ja, Sie haben alsdann das Recht, zu intervenieren. 5. Unseres Erachtens nein, da der Fiskus nur zu dem geschuldeten Betrag beitragen kann, also nur für Beitragspflichtige in Frage kommt. — R. 2. 31. Es wäre dann eine etwas geringere Rente zu erwarten. — G. 2. 29. 1. und 4. Ja. 2. 6 Wochen zum Raimberg-Verf. 3. Nur dann, wenn sich nachweisen läßt, daß eine Grundbesitzveränderung für Sie damit verbunden ist. 4. Frage beim Kaufmannsgericht. — R. 77. Ja. — R. 120. Wir halten den Verkauf der Wohnung, soweit die Konkurrenzklausei in Frage kommt, für rechtmäßig. — G. 5. 100. Ja, das Gemeinde ist jedoch meldepflichtig. — R. 2. 3. 1. G. 29. 1. Ja. 3. Ein Urteil. 4. 16 Pf. ab 1. Januar d. J. — G. 2. 29. 1. Nicht ausfindig. 2. 150 M., für den Fall der Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 M. erfolgen. 3. Einen bestimmten Anwalt empfehlen wir nicht.

Aus der Frauenbewegung.

„Vorwärts“ Nr. 77. — Donnerstag, den 19. März 1914.

Aus der Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation.

Die internationale Propagandawoche der sozialdemokratischen Frauen sollte auch befruchtend wirken auf die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Der politischen Betätigung der Frau sind in den weitaus meisten Ländern Hindernisse aufgetürmt, die hinwegzuräumen Aufgabe der Demokratie ist. In der wirtschaftlich organisatorischen Betätigung sind heute weniger Hindernisse vorhanden.

Die Genossenschaft sollte das ureigenste Gebiet der Frau sein, hier kann sie die Entwicklung zu kräftigen Konsumentenverbänden mehr fördern als der Mann, sobald sie die Einsicht in die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation gewonnen hat. In der gewerkschaftlichen Organisation steht ihr nicht minder der Weg offen zu einer erfolgreichen Tätigkeit. Die Arbeiterin, die eine überzeugungstreue Gewerkschafterin ist, wird auch als Arbeiterin ihrem Manne in der Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Pflichten gerne zur Seite stehen, und sie wird ihre heranwachsenden Kinder daran mahnen, auch in gewerkschaftlicher Beziehung auf „reine Wäsche“ zu halten.

Gesellschaftliche Hindernisse für die gewerkschaftliche Betätigung der Frau gibt es seit dem Reichvereinsgesetz nicht mehr. Vorher waren nur insoweit Gefahren vorhanden, als die Behörden auch in der gewerkschaftlichen Verammlung oder Organisation eine „politische“ Betätigung zu sehen geneigt waren. Darüber kam man hinweg. Aber es hat andere Probleme gegeben, die nur von der Arbeiterin selbst gelöst werden konnten und gelöst worden sind. Darunter waren die Fragen der Organisationsform, der Stellung der Frau in den Gewerkschaften usw., Fragen, die mehr oder weniger auch in den meisten anderen Ländern Gegenstand der Diskussion gewesen sind.

Mehr als zwei Jahrzehnte sind verflossen, seit unsere verstorbene Genossin Emma Jäger ihre Broschüre: „Die Arbeiterinnen im Klassenkampf“ herausgab, in der sie die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen in vorbildlicher Weise begründete, und es darf wohl auch hervorgehoben werden, daß die von ihr vertretenen Grundsätze in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen immer mehr akzeptiert worden sind. Das Eindringen der Frau in das gewerbliche und industrielle Leben wurde ja nicht immer von der Arbeiterin selbst als die gleiche Selbstverständlichkeit angesehen, wie heute. Der sozialdemokratisch geführte Gewerkschafter wußte zwar, daß daran nichts zu ändern war, daß vielmehr der Kapitalismus die Familie zertrümmert, Frau und Kinder in den Dienst seines Profits stellt und sie gegen die teuere Arbeitskraft des Mannes auszuspielen sucht. Diese Tendenzen des Kapitalismus hatte schon Bebel in seiner „Frau“ überzeugend nachgewiesen. Aber die Zahl der sozialdemokratischen Gewerkschafter war nicht immer überwiegend wie heute, es gab auch Verufe, in denen die männlichen Berufsarbeiter sich gegen das Eindringen der Frau wehrten und sie demgemäß auch nicht als gleichberechtigtes Verbandsmitglied anerkannt wollten.

Zwei Motive für diese Haltung der Arbeiter einzelner Berufe können wir unterscheiden. Das eine war die zünftlerische Auffassung, die teils mitleidig auf die Frau herabsah, sie als minderwertig für die berufliche Kunst der Männer hielt, teils aber auch sie als Konkurrentin fürchtete. Wie in überseeischen Ländern heute noch die weißen Arbeiter den farbigen vom Arbeitsplatz fernzuhalten suchten, oder ihn zum mindesten nur bei untergeordneten, schmutzigen Arbeiten dulden wollten, so trat auch bei uns ein Teil der Zünftler der eindringenden Arbeiterin gegenüber. In Form und Grad der Bekämpfung des lästigen Konkurrenten unterschied sich natürlich die deutsche Zunftauffassung von jenen Kämpfen zwischen Weissen und Farbigen, aber im Prinzip war der Unterschied nur gering. Das zweite Motiv war die reine Spieherauffassung, wonach die „Frau ins Haus“ gehört und auf dem Arbeitsmarkte in Industrie und Handel nichts zu suchen habe. Die letzten Motive dieser glorreichen Richtung waren die antisemitischen Handlungsgehilfen, die theoretisch wohl heute noch an der Vierbandphilosophie der Spieher festhalten, aber doch bei sozialen Wahlen um die Gunst der Frauenstimmen buhlen.

Mit diesen Auffassungen räumte jene Propaganda sozialdemokratischer Gewerkschafter Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre auf, deren grundsätzliche Zusammenfassung der Genossin Jäger in der oben erwähnten Arbeit so vorzüglich gelang. Und auch eine andere Auffassung wurde beseitigt, die wohl keine positive Bedeutung in Deutschland gehabt, aber doch in manchen Köpfen gepult hat, daß nämlich die Arbeiterinnen selbständige Organisationen haben müssen, oder zum mindesten von ihren männlichen Kollegen getrennte Einrichtungen in der gemeinsamen Organisation. Die sozialistische Auffassung kann natürlich nur die sein, daß Männer und Frauen des gleichen Berufs, der gleichen Industrie, gemeinsam organisiert sein müssen. Denn sie treten dem Unternehmer nicht als Mann oder Frau gegenüber, sondern als Arbeiter, die ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen wollen. Daher sind in unseren Gewerkschaften männliche und weibliche Mitglieder gleichberechtigt, sie haben die gleichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte in der Organisation.

Allerdings ist dieser Grundsatz noch nicht restlos in allen Organisationen mit weiblichen Mitgliedern durchgeführt. In der Beitragsfrage haben einzelne Verbände geglaubt, aus Rücksicht auf die niedrigeren Löhne der Arbeiterinnen auch einen niedrigeren Beitrag für sie festsetzen zu müssen. Mancher mag auch diese Einrichtung getroffen haben, um durch den niedrigeren Beitrag die indifferenten Arbeiterin leichter gewinnen zu können. An sich ist es ein richtiger Grundsatz, die Beitragsleistung der Leistungsfähigkeit anzupassen, aber es ist sicherlich korrekter, wenn das für beide Geschlechter erfolgt. In einzelnen Organisationen und besonders in denen, die relativ die meisten weiblichen Mitglieder haben, ist das auch geschehen. Wir nennen nur die Buchdruckereihilfsarbeiter, die ihre Beitragskassa den Lohnklassen angepaßt haben und dadurch die volle Gleichstellung männlicher und weiblicher Mitglieder herbeiführten. Die organisierten Arbeiterinnen haben es ja auch selbst in der Hand, in ihren Organisationen dafür einzutreten, daß die Beitragsleistung für weibliche und männliche Mitglieder die gleiche wird. Eine Zurücksetzung bedeuten die niedrigeren Beiträge der weiblichen Mitglieder einzelner Or-

ganisationen nicht, aber sie bedingen selbstverständlich geringere Leistungen der Organisation.

Heute sind bereits in den deutschen Gewerkschaften mehrere hunderttausend Arbeiterinnen organisiert. Die Bahn ist frei, gleichberechtigt mit ihren männlichen Kollegen fornt die Arbeiterin die Zukunft ihrer gewerkschaftlichen Organisation und damit auch ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkte. Um so notwendiger ist es, daß die gewerblich tätigen Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse auch überzeugte Gewerkschaftsmitglieder werden und den Kampf für die Regelung und Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse führen helfen. Auch für die Arbeiterin gilt es, den Kampf auf wirtschaftliche in sowohl als politische Gebiete zu führen.

Frauenwahlrecht.

Die zerhackte Venus. Wenn alle reaktionären Blätter die alten Spiehergedanken gegen das Frauenwahlrecht ableiern, pflegt auch Herr Theodor Wolff, Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, nicht zu fehlen. Nur daß er statt der Offenheit jener Organe einen weniger erfreulichen Ton wählt, den Herr Theodor Wolff wohl für geistreich hält. Aber in der Sache sind die Damen und — Herren von der Vereinigung konfessionsloser Frauen und Herr Wolff doch eins: auch Herr Wolff hält die Verschönerung eines Kunstwerkes durch eine exaltierte Frau für einen würdigen Anlaß, um seine Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht auszusprechen. Herr Wolff bemüht sich sogar, bei der Ausübung dieses von jedem Kulturmenschen bedauerlichen Vorfalls zu einer Stimmungsmache gegen das Frauenstimmrecht seine Gesinnungsgenossen in der reaktionären Presse noch zu überzeugen. Die Schlussphrasen von der „Venus mit dem zerhackten Hinterstück“ (Bitte, wie läßt!) ist wirklich eines Feuilletonisten der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ würdig. — Zum Schluss nur eine Frage an die fortschrittlichen Damen des Bürgertums: was können sie von einer Partei erwarten, deren radikalstes Organ einschlägige Forderungen mit den blödesten Mädchen einer Aneuphische verhöhnt?

Die Frauen wählen. Es wurde schon davon gesprochen, daß am Freitag, den 8. März, in Wien die Wahlen zur Gemeindefrauenliste (nicht Gemeindefrauenliste, wie es die) der Handelsangestellten stattfinden werden. Die Wahlen sind vorüber und haben, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem Siege der sozialdemokratischen Liste geendet. Hier soll nur von der Wahlbeteiligung der weiblichen Handelsangestellten gesprochen werden. Diese Wahl ist ein Ruhmesblatt für die Reife und die Urteilsfähigkeit der Frauen. Es erschienen 8888 Frauen und Mädchen an der Urne, wovon über 8000 die sozialdemokratische Liste wählten. Die Handlungsgehilfen erbrachten den Beweis, daß sie wohl zu beurteilen verstehen, wenn sie all die Erwerbslosen danken, die ihnen zugute kommen. Zum erstenmal wurde auch eine Gehilfin in den Vorstand der Frauenliste gewählt, Genossin Johanna Deutsch.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Deutschen Reichsvereins für Frauenstimmrecht (Venus) hat auf ihrer Hauptversammlung Anfang März beschlossen, aus diesem auszuscheiden. In gleicher Sitzung hat sie sich dem Deutschen Frauenstimmrechtsbund (Hamburg) als Ortsverein Groß-Berlin angeschlossen.

Frauenbildung.

Ein höflicher Magistrat. Der Vorstand des „Verbandes der Studentinnenvereine Deutschlands“ hatte sich an den Magistrat der Stadt Stettin mit dem Gesuch gewandt, von der Umwandlung der Stettiner (Mädchen) Studienanstalt in ein Oberlyzeum abzusehen. Die beschiedene und begründete Bitte kam indes mit folgender Randbemerkung zurück:

„Irrschrift zurückgerichtet.“

Wir glauben, daß Studierende besseres zu tun haben, als sich in die Schulpolitik zu mischen. Wir bedürfen des Rates junger Mädchen nicht.

Der Magistrat. J. A.: Sähne.“

Offenbar ist sich der Magistrat bei der Abfassung seiner — höflichen Antwort an erwachsene Frauen sehr männlich-forsch vorgekommen. Wie man indes in Studentintreffen über den Magistrat zu Stettin denkt, mag folgende Inschrift einer Studentin an uns zeigen:

„Man kann es verstehen, wenn ein temperamentvoller Vertreter des herrlichen Geschlechts sich im Eifer des Gefechts einmal hinweisen läßt zu Äußerungen, die den Geist dieses Magistrats bescheidt atmen. Wundern muß man sich jedoch, wie ein ganzes wohlwollendes und hochverehrtes Magistratskollegium es fertig bringen kann, mit reiflicher Ueberlegung eine derartige Auffassung in derartiger Form zum Beschluß zu erheben und schon schwarz auf weiß der Mit- und Nachwelt zu überliefern.“

Wir sehen uns großmütig über die Geringschätzung hinweg, welche in die absichtliche Betonung der „jungen Mädchen“ gelegt wird. Wahrscheinlich dachten die Stadtväter dabei an die leider immer noch recht große Zahl der weisfremde Hausdöckerlein, mit denen vielleicht auch ihre eigene Familie gesegnet ist, und deren Horizont freilich zur Beurteilung von Schulfragen etwas zu eng sein dürfte. Wir wollen den Herren auch nicht vorrechnen, daß die Studentinnen, welche in den Studentinnenvereinen die geistige Leitung in Händen halten und insbesondere deren Beschlüsse und Petitionen entscheidend beeinflussen, oft durchaus nicht mehr zu den jüngsten zählen. Wir richten auch nicht die höfliche Anfrage an den Magistrat, was denn gerade die Studierenden besseres zu tun haben, als sich eifrigst darum zu bemühen, daß die Bedingungen zur vollen Ausübung des Universitätsstudiums denkbar günstig gestaltet werden.

Besonders unterstreichen wollen wir dagegen in der Antwort des Magistrats die höchst unvorsichtige Offenbarung seiner reaktionären Auffassung, wonach die Frau wohl Objekt, doch bester nicht Subjekt der Gesetzgebung ist. Doch hat sich unter dem Druck der Verhältnisse in der Praxis längst der Brauch ausgebildet, daß Interessentvertretungen von Frauen wie die der Männer ihre Wünsche in Form von Resolutionen und Petitionen den maßgebenden Instanzen zur Kenntnis und Berücksichtigung übermitteln. Dieses Mittel ist eines der wenigen den Frauen heute zu Gebote stehenden, um ihren Einfluß überhaupt geltend zu machen. Es ist ja, bescheiden, wirkungslos genug; darüber geben wir uns keinen Illusionen hin. Aber eben darum, weil es so gar harmlos und ungefährlich ist, haben Politiker in Staats- und Stadtparlamenten, selbst Minister, den Frauen diesen Zummelplatz gern gönnend, zum Trost und zur Verführung, zur Verführung und Einschüflerung anspruchsvoller Frauengemüter. Nicht so der Stettiner Magistrat. Er tut sich im Gegenteil förmlich etwas darauf an, recht brutal den Standpunkt des Herrn im Hause herauszufahren.

Uns Studentinnen, soweit wir ernstlich unsere Interessen vertreten wollen, kann das nur recht sein. Wir sind dem Stettiner Magistrat ausrichtig dankbar für die Aufklärungsarbeit, die er — wenn auch unfreiwillig — unter den Studentinnen betreibt. Hundert unter Altentönen lang- und langlos für immer verschwindende Petitionen, ja hundert selbst wohlwollend berücksichtigte können uns nicht so viel nützen wie diese zwei knappen Sätze des Stettiner Magistrats. Und weit entfernt davon, dem Magistrat zu großen Ob- und Schloß, mit dem er uns zu Boden

zu schmeikeln meinte, genießen wir die köstliche Ironie des Schicksals, die Pusch mit den Worten lenzenhaft: Erstens kommt es anders — zweitens als man denkt: Man sucht uns zu duden, und peitscht uns auf. Man dünkt sich weise vor „jungen Mädchen“, und muß sich von ihnen sagen lassen, daß weder Männlichkeit noch Alter vor Torheit schützt.“

Frauenarbeit.

Frauen in der russischen Industrie. Wie in allen kapitalistischen Staaten nimmt die Frauenarbeit in der russischen Industrie mit jedem Jahre einen immer größeren Umfang an. Nach den Angaben der Fabrikinspektoren ist die Zahl der Frauen, die in den der Inspektion unterstellten Betrieben beschäftigt sind, von 1901/1910 um 33 Proz. gestiegen. Die Zahl der männlichen Arbeiter stieg im demselben Zeitraum bloß um 8 Proz., so daß die Zahl der Arbeiterinnen vier mal schneller wächst als die der männlichen Arbeiter. Die Gesamtzahl der Arbeiterinnen in der russischen Industrie belief sich 1910 auf 40 Proz. der männlichen Arbeiter. Diese Zahl belief sich aber Ende 1912 schon auf 45 Proz. Dies ist die Durchschnittszahl, aber in einzelnen Industriezweigen, so in der Textilindustrie des zentralrussischen Rayons, hat die Zahl der Arbeiterinnen bereits die der männlichen Arbeiter übersteigt. Von den 420 000 Personen, die Ende 1912 allein in den Großbetrieben der Baumwollindustrie beschäftigt waren, waren über die Hälfte Arbeiterinnen. Mit jedem Jahre steigt der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte in der russischen Industrie. Die Unternehmer ziehen mit Vorliebe weibliche Arbeitskräfte an Stelle der männlichen heran, weil die Arbeiterinnen sich in der Regel mit einem geringeren Lohn begnügen und den Herrschaftsklassen des Kapitals keinen solchen Widerstand entgegenlegen wie die männlichen Arbeiter. Aus diesem Grunde bildet die Kollation unter den Arbeiterinnen zurzeit eine der wichtigsten unauflöslichen Aufgaben der russischen Arbeiterbewegung.

Frauenarbeit in Japan. Das Vorwiegen der Frauenarbeit in der japanischen Industrie muß um so auffällender erscheinen, als es eine halbe Million mehr Männer als Frauen in Japan gibt, und die Frequenz der Heiraten eine sehr hohe ist. Eine Reihe von Umständen physischer und sozialer Natur sind für diese Erscheinung verantwortlich zu machen. Vor allem ist gerade für die Bearbeitung des wichtigsten Rohproduktes des Landes, der Seide, Frauenarbeit an und für sich besser geeignet als die von Männern. Die Seidenindustrie weist auch den größten Prozentsatz weiblicher Arbeiter (96 Proz.) auf. Frauen werden in Japan aber auch zu Arbeiten verwendet, zu denen ihre schwache Konstitution sie von Natur nicht befähigt: zum Befüllen von Dampfmaschinen, zum Ziehen schwerer Lasten, zum Einrahmen baumstarker Fächer, zur Arbeit in Kohlengruben, in Hüttenwerken usw. Die Fabrikanten nehmen auch lieber Frauen als Männer, weil sie geringere Ansprüche stellen, weil sie williger, ordnungsliebender und zuverlässiger, weil sie vielfach geschickter als männliche Arbeiter sind. Auch eine Reihe anderer Gründe sprechen bei der härteren Beteiligung der Frau an der Industrie mit, unter anderem auch der Umstand, daß die Haushaltung in Japan sehr einfach ist, weshalb für die jungen Mädchen keine rechte Verwendung im Hause besteht, wenn nicht Heimarbeit hinzukommt. Nicht zu übersehen ist, daß der Militärdienst jedes Jahr etwa ein halbe Million junger Leute der Richtigkeit enthebt, in der Industrie tätig sein zu können, was den Ueberschuß der Männer über die Frauen mehr als ausgleicht. Endlich muß man wissen, daß in Japan zwar viele Ehen geschlossen werden, aber meist nicht sehr lange dauern.

Von jeher ist das japanische Weib in der brutalsten Weise wirtschaftlich ausgenutzt worden. Es ist nie mehr als ein ökonomisches Instrument in der Hand des Mannes gewesen. Vom frühesten Alter her an Entzweiung und Aufopferung gewöhnt, nimmt es für Vater, Bruder oder Gatten die schwerste Last auf sich. Die geringen Bedürfnisse, die eine Frau hat, ermöglichen ihr die Aufnahme der Arbeit auch unter Bedingungen, die für den männlichen Arbeiter ungenügend sind, und so kommt es, daß jährlich Tausende von Landmädchen aus armen Bauernfamilien in die Fabriken wandern, während die Söhne, von der Zeit, die sie unter der Fahne zubringen müssen, abgesehen, auf dem Lande bleiben. Nach ein paar Jahren Fabrikdienst, die oft genügen, um ihre Gesundheit zu untergraben, kehren dann auch die meisten weiblichen Arbeitskräfte wieder auf das Land zurück, um sich zu verheiraten und neuem Zugzug vom Lande Platz zu machen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag seine Jahresgeneralversammlung ab. Er blickt nun auf sein 15-jähriges Bestehen zurück. Die Gründung des Vereins geschah unter schwierigen Verhältnissen. Die sozialistischen Frauenorganisationen waren bis dahin stets der polizeilichen Auflösung verfallen und doch lag den Genossinnen natürlich viel daran, eine Stätte zu haben, wo die Frauen und Mädchen sich zusammenfinden, um ihr Wissen zu bereichern. Ende des Jahres 1898 war man sich einig, nochmals das Wagnis zu unternehmen und einen Frauen-Bildungsverein zu gründen. Nach rasch erledigten Vorarbeiten fand die erste Versammlung im Februar 1899 statt. Es wurde ein Vorstand gewählt, der nach außen nicht bekannt war, also nicht im Verdacht stand, in dem neuen Verein sozialistische Untertriebe zu fördern. Die Vorstandsmitglieder legten sich große Meister an und beteiligten sich nicht öffentlich politisch. Im Verein wurden alle Wissensgebiete erörtert, die Politik blieb aus Vorträgen und Diskussion streng ausgeschlossen. Trotz dieser Vorsicht fand die Polizei doch, daß der Verein sich mit öffentlichen Angelegenheiten befasse; durch Spionage hatte man das feststellen lassen. Es wurde ein Mitgliederverzeichnis eingefordert und jede Versammlung mußte der Polizei angemeldet werden. Eingelegte Beschwerden nützen nichts, zwei Polizisten übermachten von nun an die Vorträge und ahnten doch nicht, daß der Verein die sozialistische Frauenorganisation war, der die Gelder für die Frauenagitation aufbrachte, Geld der Parteikasse zuführte und im Kontakt mit den Vertrauenspersonen stand. Schließlich fand man nach jahrelanger Ueberwachung den Verein so ungefährlich, daß man diese zurückzog, noch bevor das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft trat. Außer den Vorträgen hatte der Verein auch einen Lesesaal eingerichtet, um den Genossinnen Gelegenheit zur Fortbildung zu geben. Hier hat besonders die Genossin Jeyler in dankenswerter Weise gewirkt. Als Härtler von der Partei Frauenlesesaal eingerichtet wurden, hat der Verein von der Weiterführung im Parteinteresse Abstand genommen. Auch eine Sektion der weiblichen Jugend hatte der Verein sich mit Erfolg angeeignet, sie aber aufgegeben, als der Jugendausschuß ins Leben trat. Seit 12 Jahren ist auch der Verein an den Ausstellungen empfehlenswerter Jugendschriften beteiligt. Allen Veranstaltungen suchte der Verein ein künstlerisches Gepräge zu geben. Als im Jahre 1908 die Frauen sich den Eintritt in die politischen Organisationen erkämpften hatten, beschlossen die Berliner Genossinnen, den Verein bestehen zu lassen, weil der Münchener Parteitagsschluß Bildungsvereine, die nützlich sind, ein Weiterbestehen mit Genehmigung der örtlichen Organisationen gestattete. Von nun an stellte der Verein bei seinen Vorträgen besonders Erziehungs- und Frauenfragen und künstlerische Fragen in den Vordergrund, weil solche Themen in den Wahlvereinen weniger behandelt werden können.

Nachdem in der letzten Zeit die Partei auch Vortragszettel eingerichtet hat und der Groß-Berliner Bildungsausschuß eine rege Tätigkeit entfaltet, hielt es der Vorstand für raskam, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Verein noch eine Existenzberechtigung habe. Diese Frage wurde von den Mitgliedern auf der letzten Generalversammlung bejaht. Das Fortbestehen des Vereins wurde als selbstverständlich betrachtet und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Jugendbewegung.

Die Justiz im Kampfe gegen die Arbeiterjugendbewegung.
 In Torgelow in Pommern tagte am 8. Dezember v. J. eine öffentliche Jugendversammlung, in welcher über die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend gesprochen wurde. Als der Redner in seinem durchaus unpolitischen Referat den Inhalt des Jugendgesetzes kurz skizzierte, ohne an diesem Gesetz die geringste Kritik zu üben, da sollte der Amtsvorsteher Bremer, der die Versammlung überwaachte, sie kurzerhand auf und sandte später ihrem Leiter ein Strafmandat in Höhe von 30 M. Dieser beantragte gerichtliche Entscheidung und das Nidermünder Schöffengericht erkannte nun auf die gleiche Strafe, nachdem Amtsvorsteher Bremer erklärt hatte, daß gerade in Torgelow die Sozialdemokratie so schlau wäre und unpolitische Versammlungen einberufe, um die Heberwachung fernzuhalten und dann von Politik sprechen und so die jungen Leute für die Sozialdemokratie gewinnen zu können. In der Versammlung habe der Redner die Verfassung (!) und Gesetzgebung (!) kritisiert, denn er habe von der Fortbildungsschule und dem Jugendschutzgesetz gesprochen. Der Amtsanwalt meinte gar, man könne das genannte Thema gar nicht unpolitisch behandeln, der ganze Vortrag sei ein politischer gewesen, das beweise zur Genüge, daß der Redner den Spruch verstanden habe: „Lust bindet die Liebe, uns bindet die Not.“ Diese famose Logik machte sich auch das Urteil zu eigen. Gegen dies Urteil ist sofort Berufung eingeleitet worden.
 Mit welchen Mitteln in Torgelow die Arbeiterjugendbewegung verfolgt wird, ist daran zu erkennen, daß nun auch der Gastwirt, bei dem die Arbeiterjugend ihre Spielabende abhielt, eine Verfügung des Amtsvorstehers erhielt, worin ihm verboten wurde, sein Lokal der Arbeiterjugend zur Verfügung zu stellen bei 50 M. Geldstrafe im ersten Weigerungsfall und Konzeptionsentziehung im Wiederholungsfall. Diese Verfügung will der Amtsvorsteher auf das preussische allgemeine Landrecht stützen; der Kreisaußschuß wird ihn aber wohl schon eines Besseren belehren müssen.

Aber nicht allein im finsternen Pommern, sondern auch im „fortgeschrittenen“ Westen unseres herrlichen Deutschen Reiches findet die Justiz Mittel und Wege, der verhassten Arbeiterjugendbewegung das Leben schwer zu machen. So sollte im Gewerkschaftshaus in Wald bei Solingen eine Konferenz der Jugendfunktionäre stattfinden, in der zwei Jugendgenossen aus Solingen Referate über „Jugend-erziehung“ und „Agitation“ halten sollten. Als die beiden Genossen nach Wald kamen, sahen sie, daß das Konferenzzimmer mit Polizei-beamteten besetzt war. Die jungen Leute vertrieben sich in Anwesenheit der Polizei die Zeit ansichtslos mit Spielen, während die Funktionäre ihre Konferenz in einem anderen Zimmer abhielten. Die Folge war eine Anklage gegen den Leiter der Jugendspiele, der dann auch vom Schöffengericht Solingen zu 10 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil am Schluß der Spiele die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ bekannt gegeben und die Jugend zum weiteren Werden von neuen Abonnenten aufgefordert worden war. Gegen dieses Urteil legte Genosse Drauer Berufung ein. Die Elberfelder Strafkammer verwarf diese Berufung mit folgender Begründung:
 „Jede Veranstaltung der Arbeiterjugend ist politisch, ganz gleich, ob es sich um Versammlungen, Spiel oder Wanderungen handelt.“
 Genosse Drauer wird gegen dieses mehr oder weniger willkürliche Urteil die höchste Instanz anrufen.
 Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß der Verteidiger unseres Genossen in seinem Plädoyer darauf hinweisen konnte, eine ganze Anzahl auswärtiger Behörden hätten sich bereits erkundigt, ob das Solinger Schöffengericht gegen die Arbeiterjugend bereits rechtskräftig sei. Die Solinger Praxis soll demnach auch anderwärts zur Anwendung gelangen.
Wer treibt Politik?
 Zahllos sind die Fälle, in denen Polizei und Justiz die proletarische Jugendbewegung verfolgen und schikanieren, weil sie angeblich politisch sei. Die beamteten Stützen unseres „Rechts-

staates“ vergessen bei ihrem blinden Eifer, der verhassten Arbeiterjugend zu Leibe zu gehen, ganz die „unparteiische“ Beobachtung der Jugendbewegung im bürgerlichen Lager. Da konnten sie sehen, wer Politik treibt. So schrieb dieser Tage die konservative „Weimarer Zeitung“, ein Regierungsorgan:
 Das erhabene und eritrebendwerte Ziel der konservativen Parteien muß es sein, unsere Jugend politisch zu erziehen, sie aufzurufen zu einem tapfern, ehrlichen Kampf gegen alle vaterlandsfeindlichen Bestrebungen. Die Jugend soll und muß die Kerntruppe bilden, die den demokratischen Anstürmen gegen Monarchie und Christentum einen festen Damm entgegensetzt, an dem sie machtlos abprallen. Die Schulklassen müssen mit patriotischer Gesinnung erfüllt werden, es muß ihnen gezeigt werden, daß sie dem Staat alles verdanken und nur durch ihn leben, sie müssen belehrt werden über Wesen und Einrichtungen unseres Landes...
 Aus diesen Gründen (zur Belämpfung des Ansturses) muß die Jugend auch in die praktische Politik eingeführt werden. Sie muß aufgeklärt werden über Wesen, Grundsätze und Ziele unserer politischen Parteien; wichtige politische Streit- und Tagesfragen müssen eingehend mit ihr erörtert werden; sie muß aber auch geschult werden in der Kunst des Debattierens, denn gewandte Redner, die auch in ständiger Übung, den Gegner schlagfertig zu widerlegen, sind für den politischen Kampf eine unbedingte Notwendigkeit. Ein großes, weites Arbeitsfeld für unsere konservativen Parteien!
 Stünde eine solche Aufforderung in einer sozialdemokratischen Zeitung würde sich der Staatsanwalt mit fliegendem Zettel auf sie stürzen, und im Handumdrehen wäre eine Anklage wegen Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen zurechtgedreht. Dem konservativen Platte wird natürlich nichts geschehen. Das Wort von der Gleichheit aller vor dem Gesetz wird sich wieder als ein altes Ammenmärchen erweisen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Bezirk 27.
 Am 17. März 1914 verstarb unser Mitglied Frau
Emilie Strunk
 (Wartplatzstr. 100).
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Am 17. März entschlief sanft nach jahrelangem schwerem Leiden mein lieber guter Mann und Vater, der Tischler
Max Rake
 Invalidenstr. 161
 im 34. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrubt an
Hedwig Rake geb. Grube
 nebst Tochter.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt. 1820/6
Der Vorstand.

Gesangverein „Neu erwacht“.
 M. d. D. U. S. V.
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Sangesbruder, der Radierer
Gustav Reichelt
 am 16. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße.
Der Vorstand.
 Treffpunkt der Sangesbrüder: nachmittags 4 Uhr Adolfsstr. 22 bei Wintersteller.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Zweigverein Berlin.
 Am 18. März starb unser Mitglied, der Radierer
Gustav Hamlack
 (Bergstr. 11).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 141/14 **Der Vorstand.**

Krankenuntersützungs- u. Sterbekassenverein Berlin-Friedenau.
Sonntag, den 22. März.
 nachmittags 4 Uhr, im Restaurant **Alade**, Friedenau, Quedlinburgerstr. 61:
Außerordentliche General-Versammlung
Tagesordnung:
 1. Erhebung eines Ertragsbeitrages (§ 23).
 2. Kassensachen und Ver-schiedenes. 283/15
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Hermann Müller, Ernst Reiche,
 Kassierer. 1. Vorsitzender.

Große Einkaufsvorteile bietet
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Riesen-Teppich-Lager
 In allen Größen und Qualitäten
 Sofa-Größe a 5, 10, 15-40 M.
 Salon-Größe a 15, 20, 30-150 M.
 Saal-Größe a 45, 60, 75-800 M.
 Gardinen, Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken, Steppdecken usw.
1 Partie reichgestickter Plüschportieren
 pro Fenster **6.85 (regulär 10.50)**
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.
 Frankoversand aller Waren v. 20 M.
Wandertarten
 hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Laden)

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
 Frankfurter Viertel. Bez. 284 I.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Radierer
Max Johlke
 Barnimstr. 13, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Bezirk 607.
 Am Dienstag, den 17. März, verstarb unser Genosse, der Tischler
Max Rake
 Invalidenstr. 161.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt.
 Bezirk 506.
 Am Montag, den 16. März, verstarb unser Genosse, der Radierer
Gustav Reichelt
 Ruppiner Straße 4.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtsstr. 37/38, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine innigstgeliebte Frau, Mutter, Schwester, Schwägerin
Margarethe Hohendorf
 geb. **Gutsche** am 15. März 1914 im 25. Lebensjahre sanft entschlief ist. Dies zeigt tiefbetrubt im Namen aller Hinterbliebenen an
Alex Hohendorf,
 Gantow, Dreßnerstr. 25.
 Die Beerdigung findet statt heute Donnerstag, 19. März, auf dem Friedhof Schönholz (Schönholzer Deide). 589/1

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Pflegeraters
Hermann Voigt
 sage ich allen Freunden und Bekannten meinen besten Dank.
 Reinickendorf, 18. März 1914.
Gertrud Nitschke
 geb. Voigt. 13215

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Kranz-spenden anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Pflegeraters
Hermann Loppe
 sage ich allen Beteiligten hiermit unseren herzlichsten Dank.
Frau Therese Loppe
 und Trudchen. 1082/1

Bettfedern
 gründlichste
Reinigung
 durch elektrischen Betrieb.
 Normaler Stand R. 3.-.
 Freie Abholung und Zustellung.
R. & S. Moses,
 Reinickendorfer
 Straße 9-10.
 Tel. Nord 1417.

Bei Husten, Heiserkeit, rauhen Hals helfen
Reichel's Hustentropfen
 überraschend schnell.
 Nur echt mit Marke „Medico“
 50 Pf. 1.-
 In Drogerien u. Apotheken, wo nicht durch **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Bezirk 567.
 Am Dienstag, den 17. März, verstarb unser Genosse
Hugo Philipsohn
 Schönhauser Allee 91.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigst geliebte Frau, Tochter, Schwester, Schwägerin und tante
Anna Tornow
 geb. **Krause**
 am Montag, den 16. März, nachmittags 11¹/₂ Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 37 Jahren sanft entschlief ist.
 Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrubt an
Fritz Tornow,
Johann Krause als **Johanna Krause** Eltern.
 Berlin-Nikolaienberg.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Priester-Gemeinde-Friedhofes, Chausseestraße, aus statt. 74a

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen und Kolleginnen der Firma Emrich u. Schöning, dem Metallarbeiterverbande, dem Wahlverein des 6. Kreises, Bez. 544a, sowie dem Gesangsverein meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Frida Sonntag
 geb. Ewald nebst Hinterbliebenen. 1292/1

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

SINGER
Familien-Nähmaschinen
 sind die vollkommensten!
 Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipziger Str. 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Hermann Hein
 am 17. d. M. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Christus-Gemeinde, Mariendorfer Allee, gegenüber der Chaussee, aus statt.
 63/5 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Sattler u. Portefeulleur Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Max Rake
 Werstatt Lütjes u. Co.
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 feide aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen und Kolleginnen der Firma Emrich u. Schöning, dem Metallarbeiterverbande, dem Wahlverein des 6. Kreises, Bez. 544a, sowie dem Gesangsverein meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Frida Sonntag
 geb. Ewald nebst Hinterbliebenen. 1292/1

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 sowie **Flügel und Harmoniums**
 gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
 Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!
Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1.
 Auch Sonntags geöffnet. Tel. Steinplatz 10410.

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Reuß für die kostbaren Worte, dem dritten Wahlkreise, dem Verbande der Metzler (Hilale Berlin) und den Kollegen bei der Auftour Leibesgelehrtheit innigsten Dank.
Agnes Greetz
 und Kinder.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
 V. a. G. Berlin. Bezirk 10.
 Am 16. März verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Gustav Reichelt.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Einäscherung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt. 257/14
 Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Beteiligten unseren innigsten Dank.
Karl Müller
 nebst Kindern
 Weißburger Str. 25.
Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Beteiligten unseren innigsten Dank.
Wilma Sultana
 nebst Kindern
 Reinickendorf-Bell. Zehlendorferstr. 21.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 sowie **Flügel und Harmoniums**
 gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
 Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!
Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1.
 Auch Sonntags geöffnet. Tel. Steinplatz 10410.

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

Herausgefüttert
 werden fleischschmeckende junge Mädchen, schwächliche, hagere Personen, fröhliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder, wenn sie regelmäßig mit
Dr. A. J. Weil's Hafermark
 ernährt werden. Wissenschaft und ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermarkung schon lange gelehrt. Aber kein anderes Hafermark-Präparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert und schneller, einfacher Zubereitung Dr. med. Rud. Weil's Hafermark.
 Gebrauchsvorschrift auf den Packeten
 Originalpaket = 1 Pfd. 6 Pf.
General-Depot:
D. Mader, Prinzessstr. 86.
 Zu haben in den Filialen der **Konsumgenossenschaft**
 Berlin und Umgegend.

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Kreis, Jugendsektion. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, in Rades Festhale, Fichtestr. 20: Versammlung. Vortrag des Genossen Richard Seidel über: „Bildungsarbeit und Arbeiterbildung“.

Vierter Wahlkreis. Heute abends 8 1/2 Uhr findet für die jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18 bis 21 Jahren zwei Versammlungen statt. Für den Stadtteil Südost im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147. Vortrag des Genossen E. Eichhorn über: „Einführung im wissenschaftlichen Sozialismus“.

Tempelhof. Heute Donnerstag: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmshof“, Berliner Str. 49: Deffentliche Gemeindevahlerversammlung. Tagesordnung: „Auf zur Gemeindevahl“.

Widau-Hohertshöhe. Am Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, im Lokale von Madanek: Wählerversammlung zu der am Montag, den 23. März in hiesiger Gemeinde vorzunehmende Gemeindevahl. Hierzu, heute Donnerstag, abends 8 Uhr, vom selben Lokale aus: Flugblattverteilung.

Lankwitz. Zu der am 24. März stattfindenden Gemeindevahl nimmt ein Extrazahlabend Stellung, der morgen Freitag, den 20. d. M., im Restaurant zum Seydlitz, Kaiser-Wilhelm-Edle Seydlitzstraße, abends 8 1/2 Uhr, stattfindet. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Dabendorfer. Am Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Wiese.

Reinickendorfer-Bsch. Der wegen der roten Woche unterbrochene Vortragzyklus: „Geschichte des Sozialismus“ wird heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von A. Hallmann, Scharnweberstraße 54, fortgesetzt.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus (B. Fromm): Wählervereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Neuwahl der Funktionäre. 3. Lokalfrage. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Bezirk Waldmannslust. Sonnabend, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, in Hohen-Neuendorf bei Pleisin, am Bahnhof Stolpe: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Zur Charakteristik der bürgerlichen Presse.

Wie ist doch die Zeitung so interessant für unser liebes Vaterland! Was haben wir heute nicht alles vernommen: Die Kaiserin ist gestern niedergelassen, und morgen wird der Herzog kommen, hier ist der König heimgekommen, dort ist der Kaiser durchgekommen — bald werden sie alle zusammenkommen — wie interessant! wie interessant! Gott segne das liebe Vaterland!

Wie ist doch die Zeitung interessant für unser liebes Vaterland! Was ist uns nicht alles berichtet worden: ein Vortrefflicher ist zum Namen geworden — ein Oberhofprediger erhielt einen Orden, die Lakaien erhielten silberne Vorten, die höchsten Herrschaften geben nach Norden und jetzt ist es Frühling geworden — wie interessant! wie interessant! Gott segne das liebe Vaterland!

An diese Worte von Hoffmann von Fallersleben wurden wir besonders gemahnt, als wir gestern abend die bürgerliche Presse lesen mußten. Weil dem neuen Herzogpaar in Braunschweig ein Sohn geboren wurde, geraten die bürgerlichen Blätter

in patriotischen Verzückungen. In langen Telegrammen lassen sie sich aus Braunschweig über die Geburt des neuen Prinzen berichten. Der „Lokal-Anzeiger“ war wie immer zuerst auf dem Plane, um das freudige Ereignis durch Extrablatt der Berliner Bevölkerung brühwarm mitzuteilen. Und die übrige Presse verdrängt Leitartikel, in denen das Ereignis gewürdigt wird. „Das ganze deutsche und das braunschweigische Volk nehme regen Anteil an dem Glück der kaiserlichen Großeltern“, so heißt es in den einzelnen von Byzantinismus triefenden Auslassungen. Weil die Mutter des neuen Prinzen die Tochter des Kaisers ist, beilehen sich die Magistrate und treugehoramste Stadtverordneten von Berlin und Potsdam und das Abgeordnetenhaus, dem Herzog von Braunschweig, dem Kaiser und der Kaiserin ihre Glückwünsche ehrsüchtig zu Füßen zu legen. Jedes einzelne Glückwunschtelegramm wird sorgfältig registriert. Wir erfahren auch, daß der Kaiser am Tage sich wiederholt telephonisch nach dem Befinden seiner Tochter und des Kindes erkundigt hat, alles Selbstverständlichkeiten, die aber gedruckt werden müssen.

Natürlich wird auch gewissenhaft die gute Stimmung des Kaisers gebucht, der in seiner Freude sofort Anweisung gegeben hat, die Flaggen zu hissen und die Schulen zu schließen; natürlich wieder über den Kopf der städtischen Schulverwaltung hinweg. Polizeibeamte mußten vielfach den Auftrag, die Schule zu schließen, den Direktoren überbringen, so daß die Schule ziemlich zu Ende war, ehe die Anweisung an die richtige Stelle kam. Dergleichen hat natürlich die bürgerliche Presse in ihrem patriotischen Laumel kein Wort der Kritik übrig. Es wird auch nicht vergesen mitzuteilen, daß der Kaiser heute jedenfalls seine Tochter besuchen wird, wenn es angängig ist. Seine Reise nach Korfu würde nicht beeinträchtigt werden. Alles das müssen natürlich die Leser der bürgerlichen Presse genau wissen. Sie sind zu bedauern!

Besonders unangenehm empfanden gestern die Schüler der Handwerker-Schule für Buchdrucker in der Lindenstraße den Schulausfall. Als sie gestern abend den Unterricht besuchen wollten, erfuhren sie, daß derselbe ausfällt. Viele hatten Geld und Zeit geopfert und mußten nun wahrnehmen, daß alles umsonst war. Auch für diese Vorgänge findet die bürgerliche Presse kein Wort des Tadel.

Daß das braunschweigische Volk anders denkt als die bürgerliche Presse sich telegraphieren läßt, beweisen am besten die Vorgänge anlässlich der Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig. Das Volk in Braunschweig will sein Recht, sein politisches Recht; es muß noch harte Kämpfe darum führen. Und deshalb jubelt es nicht bei der Geburt eines Prinzen.

Aber dieser Kampf um politische Gleichberechtigung wird nicht in der bürgerlichen Presse, nicht vom Bürgertum, sondern von der Sozialdemokratie und ihrer Presse geführt, der es vollkommen gleichgültig ist, ob in einer königlichen Familie ein Kind mehr oder weniger geboren wird.

Die 25 Millionen der Wollantschen Stiftung.

Der Berliner Polizeipräsident gegen die Familie Wollant. Die 25. Zivilkammer des Landgerichts Berlin I hat dieser Tage in einem interessanten Prozeß, den der Berliner Polizeipräsident als Vertreter der Armen Berlins gegen die Familie Wollant über den Charakter der Wollantschen Familienstiftung veranlaßt hatte, ihre Entscheidung dahin verkündet, daß die Wollantsche Stiftung keine reine Familienstiftung, sondern eine Stiftung sei, die der landesherrlichen Genehmigung unterliege. Wenn sich die höheren Instanzen, Kammergericht und Reichsgericht, dieser Entscheidung anschließen, muß der Beschluß des Amtsgerichts Berlin vom 18. August 1895, der die Wollantsche Stiftung als Familienstiftung genehmigte, aufgehoben werden, und das Vermögen der Stiftung, das sich jetzt auf rund 25 Millionen Mark beläuft, würde dann nicht nur den Mitgliedern der Familie Wollant und den Trägern des Namens Wollant, sondern nach einer Bestimmung des Erblassers auch den Armen Berlins zugute kommen.

Aus der Vorgeschichte dieses Prozesses sei folgendes mitgeteilt:

Der am 15. Dezember 1894 in Berlin verstorbene Gutbesitzer Karl Wollant, in dessen Händen sich das große Vermögen der alten Berliner Bauernfamilie der Wollants vereinigt hatte, hinterließ keine direkten Erben. In seinem Testament setzte er nach Abzug einiger Vermächtnisse zur Erbin seines gesamten Vermögens die Wollantsche Familienstiftung ein, deren Geschäftsstelle sich noch jetzt in der Villa Wollant am Weinbergsweg 15 befindet. Das Vermögen überstieg schon damals 20 Millionen Mark und bestand in der Hauptsache aus Grundstücken im Norden Berlins, aus barem Gelde und Wertpapieren. Da der Grundstock zu dem Millionenvermögen von dem Vater und dem Großvater Karl Wollant durch geschickte Grundstücksankäufe gelegt worden war, wollte der Verstorbene dies Vermögen in erster Reihe den Nachkommen dieser Wollants zugute kommen lassen. Er bestimmte, daß das Vermögen der Wollantschen Familienstiftung von dem Vater und Großvater abstammenden Familie erhalten und den männlichen Nachkommen dieser Familie eine finanziell gesicherte Stellung verschaffen solle. Die weiblichen Mitglieder der Familie wurden jedoch ausdrücklich von der Stiftung ausgeschlossen. Die männlichen Angehörigen der Familie Wollant erhalten bei Vollendung ihres 30. Lebensjahres je 1/2 Million Mark und nach Vollendung des 35. Lebensjahres eine weitere 1/2 Million, im ganzen also 1 Million Mark ausgezahlt. Nach dem Aussterben der vom Großvater Karl Wollant abstammenden Familie sollen alle männlichen Träger des Namens Wollant, soweit sie ihre Verwandtschaft mit dem Stifter nachweisen können, anteilsberechtigter sein. Sind solche Familienmitglieder nicht mehr vorhanden, so steht die Stiftung allen Personen zu, die den Namen Wollant führen. Trifft auch dies nicht mehr zu, so soll gemäß der Stiftungsurkunde das ganze Vermögen zum Besten der Armen Berlins verwendet werden. Im Jahre 1895 wurde diese Stiftung von den beteiligten Behörden als Familienstiftung anerkannt und das Amtsgericht Berlin I sprach die Genehmigung aus, wobei die Stempellosten allein über eine halbe Million Mark betragen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich zwischen der Stiftungsverwaltung und den Wollantschen Familienmitgliedern über die weitere Behandlung der Stiftung Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten. Die Familienmitglieder wollten durch Familienbeschlüsse die Statuten der Stiftung ändern und den Kreis der an der Stiftung Berechtigten erweitern. Dem widersetzte sich die Stiftungsverwaltung mit der Begründung, die Stiftung bestiehe als Familienstiftung überhaupt nicht zu Recht, sondern sei eine gewöhnliche Stiftung, für die die landesherrliche Genehmigung erforderlich sei. Der Berliner Polizeipräsident schloß sich dieser Auffassung an und reichte im Dezember des Jahres 1912 als geleglicher Vertreter der Armen Berlins beim Amtsgericht den Antrag ein, diesen Armen und den unbekanntem Personen namens Wollant einen Pfleger zu bestellen, um den Genehmigungsbeschluß des Amtsgerichts anzufechten und nach dessen Aufhebung die Umwandlung der Familienstiftung in eine öffentliche Stiftung anzustreben. Das Amtsgericht bestellte Justizrat Adam als Pfleger und das Landgericht Berlin I hat jetzt auf seine Klage dahin entschieden, daß die Wollantsche Stiftung der landesherrlichen Genehmigung bedürfe. In den Nebenpunkten wurde die Klage abgewiesen.

Ein Spezialkrankenhaus für Lungenkranke.

Die Bekämpfung der Tuberkulose ist eine Aufgabe, die heute von den verschiedensten Organisationen zu lösen versucht wird. Vornehmlich dient heute die Heilstättenbehandlung der Landesversicherung diesem Ziele. Aber neben dieser Behandlung erweist sich doch auch eine spezielle Krankenhausbehandlung sei durchaus nötig, zumal für zahlreiche Fälle die Heilstätten nicht in Frage kommen. Die Stadt Berlin will ja in Buch ein großes Haus für Brustkranke bauen, um dem Bedürfnis abzuhelfen. Denn gerade für tuberkulöse Kranke ist heute so gut wie gar nicht gesorgt und die Gefahr für die übrige Bevölkerung ist insbesondere bei stark tuberkulösen eine recht erhebliche.

Inzwischen ist in der Straße Am Zirkus 9 mitten in der Stadt eine frühere orthopädische Klinik zu einer Klinik für Lungenkranke umgestaltet worden, die gestern

freierlicher Gedanken hat auch die polizeiliche Zensur befolgt. Von den zahlreichen

konzifizierte Widmungen

hier nur einige Proben: Doppelt geknitten wurde die sozialdemokratische Landtagsfraktion, denn sie mußte, was keinem anderen geschehen ist, beide Schiefenbänder in den Händen der Polizei lassen. Auf dem einen Band stand:

„Den Kämpfern gegen preussischen Absolutismus und Reaktion Die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Duma.“

Das zweite Band trug die Freiligrathschen Worte:

Dem ob der Reichstag sich blamiert professorhaft trotz alledem und ob der Teufel reagiert mit Huf und Horn und alledem — Trotz alledem und alledem, — wir wissen doch: die Menschlichkeit behält den Sieg trotz alledem.

Derselbe Vers ist auch von anderen Kränzen entfernt worden. Dem Verband sozialdemokratischer Wählervereine Berlins und der Umgegend wurde dieser Vers konzifziert:

Wir kämpfen von jeher, wir kämpfen fortan. Und wirfen sie zehnmal uns nieder, auf springen wir wieder und greifen sie an — und wieder — und wieder — und wieder!

Die Arbeiter der V. G. W. - Zentrale Moabit mußten ebenfalls eine Strophe Freiligraths in den Händen der Polizei lassen die auch von anderen Kränzen geknitten wurde:

Auf der Lippe den Trotz und den zuckenden Bohr, in der Hand den bligenden Degen, noch im Sterben rufend: Die Rebellon! So sind wir mit Ehren erlegen.

An einem Kranz von Arbeitern der Elektromobilwerkstättenbetrieb „Electric“ in der Dfener Straße erschienen diese Worte gefällig:

Hier ruhen unsere Brüder, durchbohrt von des Königs Blei. Sie haben wie Felder gekochten, daß das Volk werde gleich und frei. Drum Brüder, erkennt die Opfer, die Jense fürs Volk gebracht. Nicht müßig hinaus zum Kampf und sei es zur Freiheitschlacht.

An den Gräbern der Märzämpfer.

Nach tagelangem Wintersturm, nach Schneegestöber und Regenschauer ein prächtiger Märztag. Frühlingsmorgenschein vergoldet den Gedanktag der Revolution. Als die Strahlen der Morgen Sonne die Reste des nächtlichen Nebels durchdrachen und mit mildem Glanz die stille Ruhestätte der Freiheitskämpfer überfließen, da grüßten sie bereits die ersten Voten der kassenbewußten Arbeiter, die mit rotbesetzten Kränzen erschienen waren, um die unter dem Rosen schlummernden Opfer des Freiheitskampfes zu ehren. — Doch die Märzsonne spiegelte sich auch in Schymannshelmen und Uniformknöpfen. Wo das Volk seine Helden ehrt, da fehlt die preussische Polizei nicht, um mit dem „Auge des Gesetzes“ darüber zu wachen, daß die Vereinerung für Freiheit und Recht — sei es auch nur in Goldschrift auf rotem Grunde — nicht zu hohe Stellen schlägt. — Wieder stand an der Stelle, wo wir ihn seit einer Reihe von Jahren zu sehen gewohnt sind, der Polizeileutnant von langer Gestalt und mit herbem Gesichtsausdruck, der die Teile der Kränze, deren Inhalt ihm staatsgefährlich erscheint, mit scharfem Riß abtrennt und die Ueberbringer verpönder Inskriften feststellt, worauf dann das konzifizierte Stück roten Bandes in die Kocktasche eines Kriminalschyumanns versenkt wird. Erkennbare Grundzüge der Zensur haben sich, obgleich sie seit Jahren von ein und demselben Beamten ausgeübt wird, immer noch nicht herausgebildet. Zufall und Laune — so scheint es — lenken die konzifizierende Hand des polizeilichen Zensors. So manche Inskript, die einmal anstandslos passieren darf, verfällt ein andermal der Konfiskation. Bekannte Dichterworte, die seit länger als einem Menschenalter Gemeingut des Volkes sind, gelten hier als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und werden rückstuflos entfernt, obgleich nicht einzuleben ist, weshalb Verse, die in zahlreichen Gedichtsammlungen die weiteste Verbreitung gefunden haben, gerade dann die öffentliche Ordnung stören, wenn sie auf einer Kränze zu lesen sind.

Einige Duzend Inskriften, meist Zitate von Freiligrath und anderen Freiheitsdichtern, verfielen der Konfiskation. Hunderte von Kränzen mit Widmungen, die ebenfalls den Geist der Freiheit und des Kampfes gegen die Reaktion atmen, deckten die Gräber der Märzämpfer. Vom frühen Morgen bis zum Mittag kamen sie in ununterbrochener Reihenfolge, die Deputationen mit Kränzpanden,

die das Andenken an den glorreichen Tag der Volkserhebung und der siegreichen Revolution feiern. Meistens sind es Arbeiter aus größeren Fabriken, daneben organisierte Berufsgruppen, welche durch Niederlegung von Kränzen das Andenken an die Märzgefallenen ehren. Außerdem wurden Kränze gebracht von dem Verband der sozialdemokratischen Wählervereine Berlins und der Umgegend, der Sozialdemokratie der Provinz Brandenburg, die ihre Spende „den Helden der roten Woche von 1848“ widmete, der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, von Schülern der Parteischule, von der Redaktion des „Vorwärts“ sowie von verschiedenen Sports- und Vergnügungsvereinen der kassenbewußten Arbeiterschaft. Auch die Patienten von Gradowsee waren vertreten. Und alle diese Kränze, in dichten Reihen an den Gräbern der Märzämpfer aufgehängt, prangen im leuchtenden Rot des revolutionären Proletariats. Die proletarischen Volkstreuer des bürgerlichen Freiheitsgedankens sind auch hier, wo es gilt, die Helden der bürgerlichen Revolution zu ehren, in der überwiegenen Mehrheit. Zwischen ihnen finden sich, wie immer, einzelne schwarze Schleifen von anarchischen Gruppen, und zahlreicher sind die schwarz-rot-goldenen Bänder, gespendet von bürgerlichen Vereinen, die sich — wenn auch nur einmal im Jahr — noch zu den Ideen der Märzämpfer bekennen: Gewerkschaften, fortschrittliche Organisationen und neuerdings die kleine Gruppe der Demokratischen Vereinigung, die gegen Mittag in fünf Autos eine Anzahl von Kränzpanden ihrer verschiedenen Ortsgruppen brachte. Nach Laufenden zählten die Besucher des Begräbnisplatzes. In langem Zuge aufgereiht, standen Männer und Frauen des rechtlichen Volkes, wartend, bis sie truppweise Einlaß fanden, um dem Andenken der Revolutionshelden stille Grüße darzubringen.

Die Inskriften der Kränze

nahmen öfter Bezug auf die jüngsten Ereignisse. Mehrmals fand die Babernaffäre Anwendung und das „Immer feste drauf“ erschien in verschiedenen Beziehungen und Variationen. So schrieben die Arbeiter der Löwenbrauerei:

Ein Freiheitssturm braust durch das Land. Das ist jetzt Alt und Jung bekannt. Und läßt das Volk einmal zu Haus. Dann heißt es: Bravo! Feste drauf!

Ein Kranz von Arbeitern der Großen Berliner Straßenbahn trägt die Inskript:

So wie Ihr, immer feste drauf!

Den Wahlspruch: Immer feste drauf, nämlich auf die Verländer

der öffentlichen Benutzung übergeben worden ist. Dieses Krankenhaus hat sich die Spezialbehandlung Tuberkulösen zur Aufgabe gemacht. Es ist mit allem versehen, was eine solche Behandlung erfordert. Die Räume sind hell und luftig. In den Zimmern stehen 6 Betten, die durch Bettstühle getrennt sind; auch Einzelzimmer sind vorgesehen. Bemerkenswert sind die in besonderen Räumen angebrachten Inhalationsapparate. Auch die Freiluftkur soll zur Anwendung kommen, zu welchem Zwecke das Dach zu einem hübschen Garten mit Liegehallen hergerichtet worden ist. Das neue Haus enthält 70 Betten. Auch in sozialer Hinsicht soll den Kranken Hilfe geleistet werden. Eine soziale Station ist im Erdgeschoss untergebracht, die durch Schwestern dem Zusammenhang mit den Angehörigen der Patienten ausreicht erhalten soll; insbesondere soll nach Möglichkeit durch Inanspruchnahme entsprechender Stellen dafür gesorgt werden, daß die Not der Angehörigen möglichst gemildert wird und für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse Sorge getragen werden soll. Auch soll der Frage näherzutreten versucht werden, den zur Entlassung kommenden Patienten Arbeit zu verschaffen, für die sie geeignet erscheinen, eine Aufgabe, von deren Schwierigkeiten der ärztliche Leiter der Anstalt, Dr. A. Mayer, vollkommen überzeugt ist.

Wie wir hören, befinden sich Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalt sowie die Anstalt für die Angestelltenversicherung für das neue Unternehmen erhebliches Interesse.

„Und als das Brot gebaden war —!“

Über den Selbstmord eines im Hause Pantentheaterstraße 13 wohnenden Arbeiters Wilhelm Meißner berichteten wir in Nr. 78. Wir geben an, daß der sechzigjährige, arbeitslos gewordene Mann aus Not seinem Leben ein Ende gemacht hatte. Hierzu erhalten wir jetzt noch nähere Mitteilungen, die wegen eines besonderen Umstandes uns sehr beachtenswert scheinen.

Meißner war Kohlenkäufer bei Nicolai, verlor aber im Herbst diese Stellung, weil er seit langem mangelnd war und sich krank melden mußte. Als der Arzt ihn wieder für gesund erklärte, suchte Meißner sich zwar noch nicht arbeitsfähig, er hätte aber sehr gern die Arbeit wiederaufgenommen, wenn nur nicht die Stelle besetzt gewesen wäre. Da er andere Arbeit nicht sofort finden konnte, so suchte er bei einer ihm bekannten Familie sich in einem kleinen Kohlengeschäft durch Aufhilfsfähigkeit nützlich zu machen, wofür er noch Kräfte unterstützt wurde. Der Armenvorsteher seines Bezirks, ein im Hause Köpenicker Str. 154 wohnender Aufseher Lönning, bewilligte ihm zunächst Speisemarken für die Armenküche, soll aber später die Weiterbewilligung abgelehnt haben mit der Erklärung, daß er keine Marken mehr darüber habe. Ende Februar erreichte Meißner, daß die Armenkommission ihm für März eine einmalige Unterstützung in bar gewährte, ganze 6 M. „Was soll ich damit zuerst anfangen?“ fragte er, als er sie heimbrachte. Für Februar schuldete er noch 8 M., am 1. März hatte er für den neuen Monat schon wieder 15 M. zu zahlen, und die Frau des Vermalters kündigte ihm an, daß man bei Nichtzahlung ihn werde auf die Straße setzen müssen. Seine letzte Hoffnung war, ein Darlehen aus den bezahlten 800000 M. zu erhalten, die für Arbeitslose aus dem Stadtsäckel hergestellt werden sollen. Noch Ende Februar meldete er sich. Er war doch gewiß bedürftig genug! Und von den eben bewilligten 6 M. konnte er doch nicht leben! Warum aber ließ man ihn so lange warten? Am 7. März ging er zu der im Hause Reichstr. 22 untergebrachten Prüfungsstelle für diese Darlehensgesuche und ermahnte, ihn nicht unberücksichtigt zu lassen. „Ach, da zucken die Herren im Bureau die Achseln: Das geht nicht so schnell, wie Sie sich das denken. Das muß alles erst sehr genau geprüft werden. Gedulden Sie sich nur noch, Sie werden bald Antwort erhalten.“ Hoffnungslos kam er heim. Mit seiner „Gebuld“ war's zu Ende — am folgenden Tage griff er zum Strid.

Es ist möglich, daß in dieser Darstellung nicht alle Einzelheiten den Tatsachen ganz entsprechen. Wir legen auf die Neben-sächlichkeiten kein Gewicht. Wichtig ist mindestens, daß Meißner auf die Entscheidung über sein Darlehensgesuch lange, zu lange, hat warten müssen. Und auch das ist leider richtig, daß er aus diesem Grunde seinem Leben verzweifelt ein Ende gemacht hat. In der Stadtkassenbuchführung haben unsere Genossen genug, daß arbeitslose Darlehenssucher ungeduldig lange warten müssen. Der Chef des Armenwesens gab die beschwichtigende Antwort, es werde mit aller Beschleunigung gearbeitet. Doch Güte dringen vor, zeigt das traurige Schicksal Meißners. Wie heißt's doch in dem Volkslied von dem Kind, das

nach Brot schrie? Immer wieder mußte die Mutter es berücken. „Und als das Brot gebaden war — da lag das Kind auf der Totenbahn!“

Meldepflicht umziehender und wegziehender Personen.

Vor dem bevorstehenden Umzug wird auf die Vorschriften der Meldepflichtverordnung vom 11. Januar 1913 aufmerksam gemacht. Hiernach muß jeder Mieter beim Aufgeben einer Wohnung im Landespolizeibezirk dem zur Abmeldung verpflichteten Hauseigentümer oder Hausverwalter für seine Person und alle zu seinem Hausstande gehörigen Personen (Angehörige, Mieter, Schläfente, Dienstdiener, Gesellen, Lehrlinge usw.) rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgemäß über alle bei der Um- oder Abmeldung zu beantwortenden Fragen Auskunft geben. Die gleiche Verpflichtung liegt Mieter, Schläfenten usw. ihrem Wohnungsgewer gegenüber ab.

Dorortnachrichten.

Bekräftigte Gültigkeit einer Kreisstagswahl.

Der Amts- und Gemeindevorsteher Müller aus Lübars (Kreis Niederbarnim) war im Wahlverbanne der Landgemeinden zunächst zum Wahlmann und im April 1913 zum Kreisstagsabgeordneten für Niederbarnim gewählt worden. Der Kreisstag erklärte aber seine Wahl für ungültig, worauf Müller gegen den Kreisstag beim Bezirksauschuß klagte.

Es handelte sich um folgende Rechtsfrage: § 108 der Kreisordnung besagt unter Ziffer 2, daß wählbar zum Mitgliede des Kreisstags (beziehungsweise zum Wahlmann) sei: „... in den Wahlverbänden der großen Grundbesitzer, sowie der Landgemeinden, ein jeder seit einem Jahre in dem Kreise angelegene ländliche Grundbesitzer, sowie ein jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlrecht ausübt und seit einem Jahre im Kreise einen Wohnsitz hat.“

Da Herr Müller noch nicht seit einem Jahre ländlicher Grundbesitzer war, so kam für seine Wählbarkeit nur die zweite Eventualität in Frage. Unstreitig hatte er seit einem Jahre einen Wohnsitz im Kreise. Um wählbar zu sein, mußte er aber ferner „in einer Versammlung dieser Verbände“, also der Wahlverbände, ein Wahlrecht ausüben. Herr Müller hatte nun mit Vollmacht der Frau von Heinzl, der Besitzerin von Gut und Schloß Zogel, statt dieser Frau im Wahlverbanne der Großgrundbesitzer gewählt.

Diese Wahl hatte aber, da die einzelnen Wahlverbände nicht gleichzeitig wählen, erst im Mai 1913, also nach dem Zeitpunkt stattgefunden, wo Müller gewählt worden war. Deshalb bekräftigt der Kreisstag Herrn Müller die Wählbarkeit und deshalb hatte er die Wahl für ungültig erklärt.

Der Bezirksauschuß erklärte aber auf die Klage Müllers seine Wahl für gültig. Begründend führte der Bezirksauschuß aus: Der Kreisstag habe den § 108 der Kreisordnung falsch ausgelegt. Die ganze regelmäßige Kreisstagswahl müsse als Einheitliches angesehen werden. Deshalb sei es gleichgültig, daß Müller früher gewählt wurde, als wie er mit der Vollmacht seiner Vollmachtgeberin in dem anderen Wahlverbanne, dem der Großgrundbesitzer, wählen konnte. Es genüge, daß er mit rechtsgültiger Vollmacht der Dame im Mai deren Wahlrecht ausübte. Der § 108 spreche die Wählbarkeit dem zu, der in einem der Wahlverbände ein Wahlrecht ausübt; er lasse aber ganz offen, ob diese Ausübung „eines Wahlrechts“ vor seiner eigenen Wahl erfolge oder nach ihr. Somit müsse die Wahl Müllers für gültig erachtet werden.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf die noch vom Kreisstag eingelegte Berufung. Es schloß sich ausdrücklich den Gründen des Bezirksauschusses an und erachtete demgemäß Herrn Müller für rechtsgültig gewählt.

Schöneberg.

Die Deputation für Volkshüterhaltungen hat für Sonntag, den 22. d. Mts., abends 5 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belfager Straße 48, einen Kammermusikabend angelegt. Mitwirkende sind: Fräulein Eva von Stopnik, Konzert- und Oratorienfängerin. Am Klavier: Herr Professor Georg Schumann. Violine: Herr Professor Willi Geh. Violoncello: Herr Hugo Dedert, königlicher Kammervirtuos, und Herr Pianist Max Karmischus. Zum Vortrag gelangen Lieder von Beethoven und Schubert, Trio O-moll, Beethoven, Trio B-dur, op. 99, Schubert. Eintrittspreis 30 Pfennig. Eintrittskarten sind in der Expedition Martin-Luther-Straße 69, und im Konsumladen, Apffel-Paulus-Straße 40, zu haben.

Neukölln.

Eine photographische Ausstellung findet am kommenden Sonntag im Jugendheim II, Rogatzstr. 15, statt. Aussteller ist die photographische Abteilung des Deutschen Arbeiter-Bundebundes „Die Naturfreunde“. Außer den Führungen durch die Ausstellung findet

um 5 Uhr ein Vortrag über „Photographie“ vom Genossen Grebe statt. Der Eintritt ist für jedermann frei, und ist der erwachsenen Arbeiterschaft zugleich Gelegenheit geboten, das Heim zu besichtigen. Die Ausstellung ist von 4—9 $\frac{1}{2}$ Uhr geöffnet.

Steglitz.

Kaufmannsgerichtswahl. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Wahl der Beihilfenbeisitzer gaben ihre Stimme ab für die Liste 1 (Antisemiten) 47 Wähler (283 Stimmen), für Liste 2 (Centralverband) 11 Wähler (66 Stimmen) und für Liste 3 (88er) 19 Wähler (114 Stimmen). Die Deutschnationalen, die bisher sämtliche sechs Monate belegen hatten, müssen eines an den Centralverband und das andere an den 88er Verband abgeben.

Pankow.

Die Gemeindevahlen sind nun endlich ausgeführt. Die 8. Klasse wählt am Dienstag, den 24. März, in der Zeit von 12—9 Uhr in der Turnhalle des Realgymnasiums. Es ist Pflicht aller Genossen nicht nur ihr Wahlrecht auszuüben, sondern auch so viel wie möglich für eine rege Wahlbeteiligung zu agitieren.

Weißensee.

Die Beratungen zum nächstjährigen Etat sind in sieben Sitzungen der Statskommission zum Abschluß gekommen. Mit Ach und Krach hat man es fertig gebracht, den Etat unter den bisherigen Steuerlägen zu balancieren. Alle Anträge der unteren Beamten, Polizeiergeanten, Schuldiener usw. auf Erhöhung ihrer minimalen Gehälter wurden zurückgestellt, um diese — vielleicht — im nächsten Jahre zu berücksichtigen. Der Weisener Bau-Konkurs belastet die Gemeinde im kommenden Jahre mit der Kleinigkeit von 78 000 M., deshalb gehen die kleinen Beamten und Arbeiter leer aus und auf den Ausbau der sozialen Einrichtungen muß ebenfalls verzichtet werden. Ueberschüsse erzielen die Etats der Steuerverwaltung 1 587 255 M., Gemeindegrundstücke 60 740 M., Wasser-Verwaltung 51 150 M., Rasterluftflaß 24 000 M., Friedhöfe 5 400 M. Dem stehen Zuschüsse gegenüber für die allgemeine Verwaltung 820 111 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 616 234 M., Schulverwaltung 527 662 M., Armenverwaltung 138 600 M., Wohlfahrts-einrichtungen 15 638 M., Säuglingskrankehaus 20 500 M., Straßen und Plätze 91 830 M. Gemeindefeuern werden erhoben 115 Proq. zur Staatsinkommensteuer und zwar 461 725 M., Gewerbesteuer 134 000 M., Fiktalsteuer 61 250 M., Betriebssteuer 1 580 M., Gemeindegrundsteuer für bebauete Grundstücke 146 000 M., gärtnerisch benutzte Grundstücke 24 000 M., unbebaute Grundstücke 306 000 M., im ganzen 1 435 255 M. An die Kreiskommunallasse sind zu zahlen 155 494,67 M. Um den Bedigenheim-Etat nicht allzusehr zu belasten, will man zum 1. April die Frauenabteilung auflösen, wenn sich bis dahin ein stärkerer Zugang nicht bemerkbar macht. Bei dem bevorstehenden Bestreben, nach unten damit zu prangen, trotz der schwierigen Finanzlage ohne Erhöhung der Steuerzuschläge auszukommen, dürften Anträge unserer Genossen auf Verringerung verschiedener Dinge bei der in etwa 14 Tagen erfolgenden Etatsberatung kaum auf Annahme rechnen können.

Kaufmannsgerichtswahl. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Wahl der Beihilfenbeisitzer erhielt die Liste des Centralverbandes der Handlungsgehilfen 19 Stimmen = 1 Weisiger, Verein der heußigen Kaufleute 29 Stimmen = 2 Weisiger, Antisemiten 83 Stimmen = 2 Weisiger, Leipziger 15 Stimmen = 1 Weisiger.

Grünau.

Auf zur Gemeindevorsteherwahl! Heute, Donnerstag, den 19. März, nachmittags von 4 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr abends, findet im Restaurant Buchholz die Gemeindevorwahl für die 8. Abteilung statt. Kandidat ist der Goldarbeiter Genosse Hermann Blum e. Diejenigen Genossen, welche bei den Wahlarbeiten helfen können, wollen sich um 4 Uhr im Lokal Friedrichstr. 2 dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen.

Jossen.

Trotz aller Schikanierungen brachte uns die „Rote Woche“ einen Zuwachs von 45 neuen Parteimitgliedern. Für die Parteipresse wurden 15 neue Abonnenten gewonnen. Man ersieht hieraus, daß bei einiger Mäßigkeit der Genossen auch hier Erfolge erzielt werden können.

Alt-Landsberg.

Die Wahl eines Gemeindevorsetzers findet am Freitag, dem 20. März, vormittags von 10 bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathaus statt. Kandidat ist der Monteur Wilhelm Koll.

Es ist Pflicht eines jeden Wählers, dem das Wohl der Allgemeinheit am Herzen liegt, seine Stimme für unseren Genossen abzugeben.

Die Arbeiter der städtischen Gaswerke in Schmargendorf mußten der Polizeihäre die Dichterworte opfern:

Die Ihr für die Freiheit seid gefallen,
Hört des Volkes Ruf erschallen,
Rot und Feurung herrscht an jedem Ort,
Und sein Haupt erhebt der Völkermord.
Und noch immer herrscht im Breitenlande,
Statt der Freiheit die Dreifassenschande,
Doch es wuchs auch ein Geschlecht heran,
Das wie Ihr für die Freiheit kämpfen kann.

Den Arbeitern der Bergmann-Elektrozitatzwerke (Werks) wurde dieser Vers konfiszirt:

Einmal noch uns aufzucken
Du des Lebens Ratenluft,
Reihen wir das Schwert des Waffens
Aus der Menschheit wunder Kraft.
Zwischen Jägern und Geheuten
Sei entbrannt die wilde Schlacht,
Wie man Frieden auf dem
Letzten eingestürzten Tempel macht.

Auch der Dichtergrub an die Märzgefallenen, den Arbeiter von Wig u. Gense auf ihren Kranz gesetzt hatten, erschien der Polizei so gefährlich, daß sie ihn abschmitt. Er lautet:

So schläft denn wohl im kühlen Grund,
Schlafst ewig unversehrt,
Wir können Euch den bleichen Mund,
Die kalte Hand nicht pressen.
Wir können Euch zu Ehr' und Bier
Mit Blumen nicht bewehren,
Doch können wir und wollen wir
Die Schwert für Euch schärfen.

Von einer Schleife der Arbeiter der Firma Emmerich u. Schöning wurden die Worte Herweghes konfiszirt:

Wach' auf! wach' auf! die Morgenluft
Schlägt mahndend an Dein Ohr
Aus Deiner tausendjähr'gen Brust,
Empor, mein Volk, empor!
Wach' kommen, was da kommen mag;
Wach' auf, ein Völkerschein!
Und mag's, und wär's nur einen Tag,
Ein freies Volk zu sein!

Arbeiter der Tapezierwerkstatt der Militärmatrosenfahrrit von Hermann u. Roth hatten den bekannten Vers gewählt, an dem der Jenfer Knopf wohnt:

Achtzehnhundertvierzig und acht,
Als du gerüst von der nächsten Schlacht,
Waren es nicht Proletarierleichen,
Die du, Berlin, vor den zitternden Kleinen,
Barhaupt grühenden Jägar gebracht,
Achtzehnhundertvierzig und acht.

Auch der folgende Vers von Hertweg wurde mehrmals konfiszirt, man kann ihn aber auch unversehrt auf einigen Schleifen lesen:

Bekämpfet sie ohn' Unterlaß
Die Tyrannen auf Erden,
Und heiliger wird unser Haß
Als unsre Liebe werden.
Wie unsre Hand in Aische stiebt,
Soß sie vom Schwert nicht lassen;
Wir haben lang genug geliebt
Und wollen endlich hassen!

Von einem Kranz von Arbeitern der Firma C. Müller, Alte Jakobstraße, entfernte der Jenfor diese Widmung:

Habt Ihr vergessen wie die Masse
Vor's Schloßporial die Toten trug,
Und wie das arme Volk der Halle
Des Königs schmutze Garbe sälug.
Wie es verstand die Faust zu ballen
Und wie den Wirtzen es vertrieb,
In seines Jarnes Lieberwallen
Die Hülme hoch, der Säbel hieb.

Den Arbeitern am Reudam des „Vorwärts“ wurden diese Worte konfiszirt:

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig“ spricht,
Dann stehen wir wieder zusammen!

Von dem Kranz der Arbeiter der Margarinewerke „Berolina“ schnitt der Jenfor den Vers:

Verlaßt Euch nur auf Eure blanken Waffen
Und führt der Welt ein neues Blutbad auf.
Wir spotten Eurer Liebermacht und Eids
Und geben ruhig unsern Siegeslauf.

Die Arbeiter der Motorenfabrik „Argus“ mußten diese Widmung in den Händen der Polizei lassen:

Es dringt ein heißes Sehnen durch unser Herzgenß,
Um Euren Tod zu rächen an der Tyrannenbrut.

Von einem Kranz, den die Arbeiter der Firma G. Iron spendeten, wurden die Worte geschritten:

Euch mordete man durch Angel und Schwert,
Wir sind den Tyrannen nicht so viel wert.
Ihr harrt für die Freiheit den Helldentod,
Uns mordet man feig durch Hunger und Not.

Arbeitern von Borzig in Zegel wurde diese Widmung konfiszirt:

Indem wir Eurer in Ehren gedenken,
Soll unser Schlachtruf für die Zukunft lauten:
„Vorwärts, immer feste druff!“

Der Jenfor, der den Arbeitern die Proklamierung des Wahl-spruchs: „Immer feste drauf“, nicht gestattet, geht aber selbst mit der Ehre so feste drauf, daß er sich auch an einem unergleichlich schönen Verse der Dichterin Alara Müller-Janke bergriff, den die Arbeiter und Arbeiterinnen der Figgretten-industrie Berlins auf ihren Kranz geschrieben hatten:

Hilf Dir selbst, mein Volk, das in Ketten schlief.
Schau Dich um: Die Welt ist Dein!
Sie lachten unter die Fellen tief
Deine heilige Freiheit ein.
Heut pulst ihr Blut und die Zeit ist um.
Erleutern, Du lebst!
Zum Licht wird blühn, was starr und stumm,
Wenn Du den Riegel hebst.

Wie man aus diesen wenigen Beispielen sieht, war die Polizei wieder einmal sifrig bemüht, am Gedanken der Revolution die Verkündung des Freiheitsgedankens nach Kräften zu unterdrücken. Doch wir wissen, daß solche naiven Bemühungen das Verlangen des Volkes nach vollster Freiheit und Selbstbestimmung nicht schwächen können und daß, aller Reaktion zum Trotz, die Freiheitsideale des Klassenbewußten Proletariats siegreich fortschreiten. Weil wir dessen sicher sind, können wir die Schneidfertigkeit der Polizei mit kühlem Köpfelein betrachten und mit der Empfindung, der die Redaktion des „Vorwärts“ auf ihrer nicht konfiszirten Kranzschleife Ausdruck gibt

Ihr Kämpfer, groß an Ehren,
Gewaltig noch im Tod.
Der Feind laßt'si Büttelscheren
Vor eurer Kraft in Rot.

Leht ihn die Redne schänden.
Er stachelt nur den Schwur,
den euch Millionen senden
im März auf eurer Spur.

Zegel.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der neue... Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde der neue... Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde der neue...

Rosenthal.

Um drei Gemeindevorsteher und einen besoldeten Schöffen... Um drei Gemeindevorsteher und einen besoldeten Schöffen...

Oranienburg.

Der Konsumverein für Oranienburg und Umgegend nahm... Der Konsumverein für Oranienburg und Umgegend nahm...

Ladeburg bei Bernau.

Die Gemeindevorsteherwahl für die III. Klasse findet Frei... Die Gemeindevorsteherwahl für die III. Klasse findet Frei...

Potsdam.

Ein Nichterwählter ist der Arbeitgeber im Vorstand der... Ein Nichterwählter ist der Arbeitgeber im Vorstand der...

Langjähriger Tätigkeit in der Kronenklasse sich im... Langjähriger Tätigkeit in der Kronenklasse sich im...

Spandau.

Am Freitag, den 13. März, ist in der Vorwärts-Expedition... Am Freitag, den 13. März, ist in der Vorwärts-Expedition...

Hohen-Neuendorf.

Bei der hier stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl ist... Bei der hier stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl ist...

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Freitag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, Rathaus, Chaussee... Freitag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, Rathaus, Chaussee...

Jugendveranstaltungen.

Freitag, den 20. März: Vortrag des Herrn Schölg über: „Grünes... Freitag, den 20. März: Vortrag des Herrn Schölg über: „Grünes...

Verband Volksgesundheit (Kriegerverein Berlin).

Freitag, den 20. März: Monatsversammlung bei Kriegerklub... Freitag, den 20. März: Monatsversammlung bei Kriegerklub...

Aus aller Welt.

Unschuldig zum Tode verurteilt.

Aus Landsberg a. S. wird in einem keineswegs ordnungs... Aus Landsberg a. S. wird in einem keineswegs ordnungs...

Todesurteile sowie die ihnen an Furchtbarkeit gleichkommenden... Todesurteile sowie die ihnen an Furchtbarkeit gleichkommenden...

Entsetzliches Unglück in einem Hochofenwerk.

Auf eine furchtbare Weise haben in Sobrel in Ober... Auf eine furchtbare Weise haben in Sobrel in Ober...

Das Unwetter in Südrussland.

Nach den letzten Meldungen sind während des Orkans in... Nach den letzten Meldungen sind während des Orkans in...

Kleine Notizen.

Opfer des Unwetters. Wie aus Kreuzwald in Lothringen... Opfer des Unwetters. Wie aus Kreuzwald in Lothringen...

Abzug eines Militärregiments. Als am Dienstagabend Ober... Abzug eines Militärregiments. Als am Dienstagabend Ober...

Untergang einer englischen Bark. Die englische Schonbord... Untergang einer englischen Bark. Die englische Schonbord...

Schwindel im Großbetrieb. Wie aus Belgrad gemeldet... Schwindel im Großbetrieb. Wie aus Belgrad gemeldet...

Entgleisung des Orient-Expresszuges. In der Nacht zum... Entgleisung des Orient-Expresszuges. In der Nacht zum...

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Montag: Freie Sängerkapelle (Abteilung Frauenchor), Landwehr... Montag: Freie Sängerkapelle (Abteilung Frauenchor), Landwehr...

Dienstag: Arbeiter-Sängerverein Mariendorf, Dorfstr. 1, Haupt... Dienstag: Arbeiter-Sängerverein Mariendorf, Dorfstr. 1, Haupt...

Mittwoch: Liederkreis GutsMuths-Park, Berlin, Langestr. 65, Kom... Mittwoch: Liederkreis GutsMuths-Park, Berlin, Langestr. 65, Kom...

Donnerstag: Einigkeit, Staaten, Berliner Straße 44, Gröbzig... Donnerstag: Einigkeit, Staaten, Berliner Straße 44, Gröbzig...

Freitag: Berliner Sängerverein, Berlin, Engelstr. 15, Gewerkschaft... Freitag: Berliner Sängerverein, Berlin, Engelstr. 15, Gewerkschaft...

Wetterprognose für Donnerstag, den 19. März 1914.

Sonnig wärmer, vorwiegend frühe mit Regenfällen und... Sonnig wärmer, vorwiegend frühe mit Regenfällen und...

Wetterprognose für Freitag, den 20. März 1914.

Wolkig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Wolkig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Wetterprognose für Samstag, den 21. März 1914.

Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Wetterprognose für Sonntag, den 22. März 1914.

Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Wetterprognose für Montag, den 23. März 1914.

Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Wetterprognose für Dienstag, den 24. März 1914.

Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. März 1914.

Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen... Sonnig, abends Regen, vorwiegend frühe mit Regenfällen...

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz vierzig Kuben Santa Lucia Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen. Rotwein 0.2... Kf. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (außerdem 2 fettgedruckte Worte). Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Küchlergarden, prachtvolle Neuheiten. Ich 1.75, Lätzchen 1.95, Stores 2.50, Tischdecken 6.50, Steppdecken 4.50, Teppiche weit unter Preis. ...

30hn Prozent Rabatt Vorwärts! Gardineverkäufe. Fenster 1.55, 1.95, 2.45, 2.85, 3.50, 4.25, 5.50, 6.05 usw. ...

Möbel-Verkauf. Möbel-Verkauf, Korymbus 58, Korbgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. ...

Bräutlingen! Möbelverkäufer! Möbelverkäufer, Korymbus 58, Korbgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. ...

Bilder. Gänglicher Bilderverkauf des gesamten Bildlagers sowie Gemälde, Rosenfelderstraße 11/12. ...

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zelle, wird englischer Unterricht erteilt. ...

Kaufgesuche.

Goldschmelze kauft höchstzählend Fahrgestelle, alle Details. Bismarckstraße 157. ...

Verschiedenes.

Patentanwalt Seiler, Köpenicker Straße 91a. ...

Vermietungen.

Gewerkschaftsbüroaus im Gewerkschaftshaus, 584 und 404 Karl-Fahrerstraße, ab 1. April zu vermieten. ...

Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27 Stufe, Küche sofort. 1295/6. ...

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer bei Frau Ernst, Bernauerstraße 14, III. ...

Schlafstellen.

Schlafstellen, keine Zimmer, Wohnabteilung, Dragonerstraße 36, Hofmann. 40/14. ...

Mietsgesuche.

Einfach möbliertes Zimmer, ab sofort ruhig, von älterem Herrn in Pantow gesucht. ...

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tapezierlehrling gesucht, bis 500 Mark Vergütung pro Jahr. ...

Musikinstrumente.

Pianino, Harmonium, Flügel jeder Preisklasse, gebraucht 190,00 an, Teilzahlung. ...

Druckereileiter gesucht!

Technischer Leiter, der auch über etwas kaufmännische Kenntnisse verfügt, wird für unsere neue Druckerei gesucht. ...

Musiker.

Zu „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c (Inh. Grassow) haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. ...

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahnhofs, Adersstr. 174. O. Petersburger Weg 4, Gustav Vogel, Köpenickerstraße 82. ...

Möbel.

Achtung! Möbel auf Kredit. Anzahlung 3 Mark an, Abzahlung 1 Mark an. ...

Möbel-Verkauf.

Möbel-Verkauf, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Möbel.

Achtung! Möbel auf Kredit. Anzahlung 3 Mark an, Abzahlung 1 Mark an. ...

Möbel-Verkauf.

Möbel-Verkauf, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Möbel.

Achtung! Möbel auf Kredit. Anzahlung 3 Mark an, Abzahlung 1 Mark an. ...

Möbel-Verkauf.

Möbel-Verkauf, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Wohnung.

Wohnung, 1. Gehalt: Brunnenstraße 7, am Rosenhaller Platz. ...

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung. Mittwoch, den 18. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Präsident: Graf Schwerin-Löwis erbitet und erhält die Genehmigung, der Prinzessin Viktoria Luise zur Geburt des ersten Sohnes zu gratulieren. Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erheben sich von ihren Plätzen, während die sozialdemokratischen Abgeordneten sitzen bleiben.

Zweite Lesung des Eisenbahnetats

wird fortgesetzt bei der Erörterung der Arbeiter- und Beamtenfragen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Ich freue mich, daß der Abg. Delius anerkennt hat, daß die Verwaltung viel soziales Verständnis bewiesen habe. Die neue Lohnordnung ist als großer Fortschritt von den Arbeitern begrüßt worden.

Der Minister geht auf die einzelnen Lohnhöchungen ein, bleibt aber auf der Tribüne bei den andauernden lauten Privatgesprächen der Konterpartien, die trotz wiederholten Rücksens auf der Tribüne nicht aufhören, so gut wie unverständlich. Präsident Graf Schwerin-Löwis greift nicht ein, trotzdem er wiederholt von dem Schriftführer Abg. Schulze-Pellum (L.) auf die große Unruhe im Hause hingewiesen wird. Erst als sich Abg. Schulze-Pellum zum Abg. v. Pappenheim (L.) beugt und dieser mit dem Präsidenten gesprochen hat, erlaubt Präsident Graf Schwerin-Löwis, die Privatgespräche außerhalb des Saales zu führen.

Die Ausgleichsfrage der Werkführer wird 1914 erhöht werden. (Bravo! links.) Den Stamm unserer Arbeiter bilden die Bahnunterhaltungsarbeiter, ihre Löhne sind in den letzten 10 Jahren um 39 Proz. gestiegen, die Löhne der Werkstättenarbeiter um 38 Proz. Die Wünsche unserer Arbeiter und Beamten und ihre Interessenvertretungen hören wir gern an, aber mit außerhalb stehenden Gruppen verhandeln wir nicht. Die Notwendigkeit der Schaffung eines Staatsarbeiterrechts vermag die Verwaltung nicht einzusehen. Das Arbeitsverhältnis beruht im Gegensatz zum Beamtenverhältnis auf Privatvertrag, auf freier Vereinbarung. Davon kann auch der Staat als Arbeitgeber nicht abgehen. Dazu kommt, daß die Staatsarbeiter ohnehin besser gestellt sind als die Privatarbeiter, sie genießen z. B. den Schutz der Kritik in den Parlamenten. Die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Staatsarbeitern ist der Reichsregierung nicht vorbehalten, sie bleibt Sache der Einzelstaaten. (Bravo! rechts.) Die Stellung unserer Arbeiter ist so sicher, daß eine weitere Sicherung wirklich nicht notwendig ist. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Leinert (Soz.):

Eine große Reihe von Arbeiter- und Beamtenkategorien haben mir im vorigen Jahre ihren Dank gesagt, daß ich hier ihre Wünsche so energisch vertreten hätte. Auch diesmal ist uns wieder eine große Fülle von Material zur Verfügung gestellt worden. Das Personal der Eisenbahnverwaltung wird mit dem Ansteigen des Verkehrs natürlich immer umfangreicher, es ist jetzt auf über 500 000 gestiegen.

Die Steigerung der Zahl der etatsmäßig angestellten Beamten ist geringer als die der Arbeiter. Das beweist, wie unrichtig die Behauptung des Ministers ist, daß alle Arbeiter der Eisenbahnverwaltung die Aussicht haben, Beamte zu werden. Wenn der Minister behauptet, der Sozialdemokrat sei es unerwünscht, wenn Arbeiter Beamte würden, so wird es schon dadurch widerlegt, daß wir alljährlich die Schaffung von mehr etatsmäßigen Stellen verlangen. Man besteht in den Kreisen der beteiligten Arbeiter die Befürchtung, daß die meisten der neuen etatsmäßigen Stellen infolge der neuen großen Heeresvermehrung den Militärämtern vorbehalten bleiben sollen. Ich bitte den Minister, sich darüber zu äußern. — Beim Lokomotivpersonal ist eine Verkürzung der Dienstzeit vorgesehen und man stellt es als ganz besonderes Wohlwollen der Verwaltung hin, daß deshalb eine Anzahl neue Beamte eingestellt sind. Wir können das nicht anerkennen. Die Verkürzung der Dienstzeit der Lokomotivführer war so dringend notwendig, daß das, was jetzt geschieht, nur ein Beweis dafür ist, wieviel die Eisenbahnverwaltung bisher versäumt hat. Die Zahl der Ruhestage ist bei den Lokomotivführern die geringste. Wir verlangen eine viel weitgehendere Verkürzung der Dienstzeit dieser Beamten. Denn auf ihrer Tätigkeit beruht die Sicherheit des reisenden Publikums. Bei der letzten Erhöhung der Beamtenbefoldung hat der Minister darauf hingewiesen, daß die Lokomotivführer 800 M. Nebenbezüge hätten. In der Tat hat aber nur ein ganz geringer Prozentsatz der Lokomotivführer Nebenbezüge in dieser Höhe. Die Entlohnung der Lokomotivführer entspricht nicht im geringsten ihrer anstrengenden Tätigkeit. Bei der neuen Befoldungsregelung sollte man hier einmal ordentlich zugreifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Höchstgehalt ist zum größten Teile nur

eine dekorative Ziffer

für die Lokomotivführer. Dasselbe trifft für alle Unterbeamten zu. Die Zahl der Ruhestage ist im allgemeinen noch viel zu gering. Eine ganze Anzahl von Arbeitern und Angestellten haben nur einen großen Ruhestag von 32 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur etwa 60 000 Arbeiter und Angestellte haben mehr als drei Ruhestage im Monat. Dazu kommt, daß die planmäßigen Ruhestage bei plötzlichem Ansteigen des Verkehrs nicht einmal eingehalten werden. Bei den Ruhestagen sollte kein Unterschied gemacht werden zwischen Beamten und anderen Angestellten, zumal die Dienstzeit der Beamten, was wir ihnen gewiß gönnen, ohnehin günstiger ist. Wir fordern wesentlich einen Ruhestag für Arbeiter und Beamten. Rund 75 Prozent der Angestellten und Arbeiter haben noch immer eine Arbeitszeit von 10 bis 15 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 10,54 Prozent bis 8 Stunden, 14,58 Prozent 8 bis 10 Stunden. Der Minister hat uns auch einen Erlaß herausgegeben, wonach die einzelnen Verwaltungen auf möglichste Verminderung des Betriebsaufwandes sehen sollen. Reinstellungen sollen ohne Genehmigung des Ministers in diesem Jahre nicht erfolgen. Unter den Wirkungen dieses Erlasses müssen natürlich die Angestellten und Arbeiter schwer leiden. Das Personal ist in der Zeit der Verkehrsverminderung keineswegs minder angestrengt gewesen. Redner trägt eine Reihe von Beschwerden auf dem Güterbahnhof in Seelze bei Hannover vor. All diese Beschwerden sind anders worden in einer Eisenbahnverversammlung in Hannover mitgeteilt. Verheiratete Notstandsarbeiter erhalten pro Woche 17,60 Mark. Wie sie das ausstellen fertig bringen, davon mit Familie zu leben, ist mir ein Rätsel. Zum mindesten sollte doch die Eisenbahnverwaltung die ortsüblichen Löhne zahlen. Vieles werden und Lohnforderungen gemeldet, zum Beispiel von den Maschinenputzern in Hannover. Die Arbeiter auf den Güterböden beschwerten sich über Ueberanstrengung, die zu vorzeitiger Erkrankung führt, und über rigorose Strafen für jeder Kleinigkeit, die bei der Güterabgabe vorkommt. Dabei sind Beamten als Aufsasser

angestellt und es wäre viel wichtiger, wenn diese bestraft würden, wenn die Güter nicht an die richtige Stelle kommen. Weiter verlangen diese Arbeiter Sicherstellung in ihren Alltagsdingen. Heute wissen sie nie, was sie zu bekommen haben. Die Folge der Sparmaßnahmenpolitik der Eisenbahnverwaltung, die die Sachverständigen verringert, ist die Verlangsamung der Güterabfertigung zum Nachteil der Reisenden. Die Hilfsbeamten wünschen einheitliche

Regelung ihres Uebergangs in den Beamtenstand. Sie verlangen frühere etatsmäßige Anstellung. Der Wärterdienst wird mit der Ausdehnung des Verkehrs immer anstrengender. Die freie Zeit, die die Bahnwärter haben sollen, steht vielfach nur auf dem Papier. Auch hier ist die Zahl der etatsmäßig Angestellten im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten sehr gering. Auch haben sie zu wenig Aufbrot.

Die Löhne bei der Eisenbahnverwaltung sind durchschnittlich noch sehr niedrig, es gibt Durchschnittslöhne von 2,95 M. für einzelne Gruppen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt sollen 19 1/2 Millionen für Lohnaufbesserungen eingestellt worden sein. Im Etat werden die Löhne gar nicht aufgeführt. Das ist sehr merkwürdig. Dann könnte man sich ein Bild von den Lohnverhältnissen im kommenden Jahre machen, während wir jetzt nur eine Uebersicht über die Löhne erhalten, wie sie vor zwei Jahren waren. 1912 betrug danach der Lohn der Bahnunterhaltungsarbeiter 927 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für 1914 soll der Lohn dieser Arbeiter immer noch nur 960 M. betragen. Die Bahnunterhaltungsarbeiter im Reichsland erhalten 1090 M. (Hört! hört!) Das Reichsland ist uns ja freilich in allem voran, auch im Wahlrecht und vielleicht sieht das bessere Wahlrecht dort auch im Zusammenhang mit dem höheren Lohn. Auch die Werkstättenarbeiter stehen in Preußen um rund 100 M. schlechter als in den Reichsländern; sie erhalten 1675 M., die Werkstättenarbeiter in Preußen nur 1578 M. Die Hoffnungen, die hier an die neue Lohnordnung geknüpft worden sind, werden nicht in Erfüllung gehen. Daß die Arbeiter damit allgemein zufrieden seien, trifft nicht zu. Ein Ministerialdirektor hat in der Kommission offen zugegeben, daß die Neuordnung auf das Lohnverhältnis der Arbeiter selbst keinen Einfluß habe. Das steht im Widerspruch mit der Erklärung des Ministers im Plenum. Uebrigens soll ja die Lohnordnung, die gewiß einzelne anerkenntswürdige Bestimmungen enthält, erst in einigen Jahren durchgeführt werden. Bedenklich ist die Trennung in Grundlohn und Stellenzulage. Die Stellenzulagen können den Arbeitern unter Umständen vorenthalten werden, was zu einer Lohnherabsetzung führen kann.

Unsere vollen Weisheit findet die Bestimmung der Lohnordnung, daß mit dem Gehaltsvertrag ein Vertrag abgeschlossen werden soll. Warum geschieht das nicht mit allen Arbeitern der Eisenbahnverwaltung? Der Minister meinte, der Arbeitsvertrag beruhe auch bei der Eisenbahn auf freier Vereinbarung. Aber Tatsache ist doch, daß die Staatsarbeiter selbst dabei gar nicht gefragt werden. Viel richtiger wäre es, es würden Tarife mit den Organisationen der Eisenbahner abgeschlossen. Dazu gehört allerdings ein freies Koalitionsrecht der Eisenbahner. Aber das Koalitionsrecht der Eisenbahner ist vollständig vernichtet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das heute an Organisationen der Eisenbahner besteht, ist nur die Nullfeste, hinter der die völlige Vernichtung des Koalitionsrechts steht. In einer Verammlung der Eisenbahner in Hannover hat man erklärt, es sei ein Skandal, wie der Vorsitzende des früheren Trierer, jetzigen Berliner Verbandes, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Jäler die neue Lohnordnung so in den Himmel heben könne. Die Verbandsversammlung hat deshalb dem Verbandsvorsitzenden Jäler

ein Mißtrauensvotum

ausgesprochen. Als aber verlangt wurde, daß das Mißtrauensvotum in die Zeitung des Verbandes eingesetzt würde, erklärte der Vorsitzende der Verammlung, das könne er nicht zugeben, denn in die Zeitung käme nur herein, was das Ministerium wolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und Abg. Jäler sei mit dem Ministerium befreundet. Der Vorsitzende sagte, ich werde Ihnen Antwort geben, vorausgesetzt, daß ich nicht, weil ich das Mißtrauensvotum nicht verhindert habe, bis zur Erteilung der Antwort nicht mehr an meiner Stelle bin. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, wie die Arbeiter selbst die Unsicherheit ihrer Existenz empfinden. Sie werden nach jeder Richtung von der Verwaltung am Gängelbande geführt, werden behandelt wie Unmündige. Ein Bezirksleiter desselben Eisenbahnerverbandes in Mainz, der eine 15 jährige einwandfreie Dienstzeit hinter sich hat, ist jetzt wegen seiner Tätigkeit für den Verband gemahregelt worden. (Hört! hört!) Es wird ihm vorgeworfen, er habe in Beziehungen zur sozialdemokratischen Presse gestanden. Das ist aber durchaus unwar. Bezeichnend ist, daß der Verband seinen Bezirksleiter jetzt vollständig fallen gelassen hat. Das Organ des Verbandes schrieb, daß der Fall Heinrich zum Besten des Verbandes erledigt sei. Es war in Aussicht genommen, eine Sammlung für Heinrich einzuleiten. Sie wurde verboten, weil im Ministerium dem Zentralvorstand des Verbandes erklärt wurde, daß sonst die Auflösung des Verbandes erfolgen würde, wenn man Heinrich nicht fallen lasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Fall zeigt, wie die freie Betätigung der Verbände ist, die der Minister duldet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts hat der Minister abgelehnt. Dem stimmen wir zu, aber nicht aus seinen Gründen, sondern weil wir es für richtiger halten, daß die Verhältnisse der Staatsarbeiter durch das Reich geregelt werden. In Preußen, wo man die alte Gesindeordnung aufrecht erhält, wo man im Gegensatz zum Reichstag erhöhten Schutz der Streikbrecher zu fördern sucht, wo das öffentliche Wahlrecht die Tätigkeit des ganzen Abgeordnetenhauses beeinflusst, wo man im Begriff ist, die Krankenfassenbeamten zu inebeln, ein Staatsarbeiterrecht verlangen, siehe den Sod zum Gärtner machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen Gleichstellung der Staatsarbeiter mit den übrigen Arbeitern. Wir wollen kein besonderes Staatsarbeiterrecht, sondern das Menschenrecht der Staatsarbeiter wie für jeden anderen Arbeiter.

Ich komme dann noch kurz zu den gestrigen Angriffen des Abg. Wallbaum gegen die Sozialdemokratie. Er behauptete, in unseren Betrieben würden geringe Löhne gezahlt. In unseren Betrieben sind die Arbeitsbedingungen so günstig wie auch nicht annähernd in einem konserverbetrieb. Den Gegenbeweis wird Herr Wallbaum nicht erbringen können. Sorgen Sie dafür, daß die Herren vom Bund der Landwirte menschenwürdige Bedingungen für ihre Angestellten schaffen. Besonders auch für die Landarbeiter. Der Abg. Wallbaum hat ja gestern eine Rede vorgelesen. Es war das erstmal, daß er hier aufgetreten ist und wenn der Herr Abg. Veumer hier im Sitzungssaal gewesen wäre, hätte er den Hut abgenommen, denn der Abg. Veumer hat die gleiche Rede schon früher immer gehalten und die Rede des Abg. Wallbaum ist wohl aus irgend einem stenographischen Versehen irgend eines Jahres abgeschrieben worden. Der Herr Abg. Wallbaum hat an einer Stelle seines abgelesenen Berichtes gesagt, es verheße sich von selbst, daß die Sozialdemokraten Widerpruch erheben. Als der Herr Abgeordnete das vorlas, hatte unsere Partei kein Wort gesagt! Sie, Herr Abg. Wallbaum, haben das vorgelesen, weil es so in Ihrer Rede stand und weil Sie erwartet hatten, daß an dieser Stelle Ihres Manuskriptes Widerpruch erfolgen würde. Ehe Sie, Herr Abgeordneter, wieder eine solche Rede halten, lassen Sie doch die Rede von einem erfahrenen Parlamentarier, vielleicht von Herrn v. Pappenheim, durchlesen, damit er die Sie kompromittierenden Stellen wegstreicht. Oder sagen Sie uns vorher: Bei dieser Stelle erwarte ich Ihren Widerpruch. Wenn wir das Stichwort nicht haben, können wir nicht widersprechen, und Sie machen es uns wirklich unmöglich, bei dem Stichwort Ihres Manuskriptes einzupringen. Es ist uns sonst wirklich unmöglich herauszufinden, wo in dem Manuskript Ihrer Rede Widerpruch bei den Sozialdemokraten steht. Mit der Verlesung selbst haben Sie natürlich keinen Eindruck gemacht; wie gehen darüber zur Tagesordnung über. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Conz (Z.):

Wir erkennen an, daß der Minister eine wohlwollende Lohnpolitik treibt und freuen uns über das Steigen der Löhne, das allerdings durch die Verteuerung der Lebensmittel gefordert wurde. Daraus sind auch immer neue Lohnforderungen der Arbeiter zu erklären. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen trägt der Redner eine Reihe von Wünschen der Arbeiter vor. Auch in sittlicher Beziehung muß die Arbeiterschaft gehoben werden. Die weibliche Jugend bedarf einer besseren Erziehung. Ferner muß der Alkoholgenuß und die materialistische Weltanschauung bekämpft werden. Die meisten Arbeiter stehen auf christlich-nationalen Boden und lehnen die alles verurteilende Kritik der Sozialdemokraten ab. Unter der Beihilfe der bürgerlichen Parteien muß die Beförderung der Lage der Eisenbahnarbeiter im gegenwärtigen Staate stattfinden. Die Erklärung des Ministers bezüglich des Staatsarbeiterrechts bedauere ich sehr. Wir verlangen die volle Vereinsfreiheit für die Eisenbahnarbeiter unter Ausschluß des Streikrechts. Werden wir deshalb von den Sozialdemokraten angereizt, so fassen wir das als eine besondere Ehre für uns auf. (In seiner weiteren Polemik gegen die Sozialdemokratie wird der Redner vom Vizepräsidenten Dr. v. Krause unterbrochen und zur Sachlichkeit gemahnt.) Ich bitte den Eisenbahnminister, den Wünschen der Arbeiter mit Wohlwollen entgegenzukommen.

Minister v. Breitenbach:

Was die Beschwerde betreffend die schriftstellerische Tätigkeit der Beamten angeht, so muß die amtliche Tätigkeit für sie die Hauptsache bleiben. Die Ausführungen des Abg. Leinert brachten nichts Neues. Dem Grundgedanken der Partei gemäß hat er alle Fortschritte der Verwaltung beanstandet und ihren Wert herabgesetzt. Unsere Staatsarbeiter stimmen aber nicht seiner Auffassung, sondern derjenigen der bürgerlichen Parteien zu. Was der Abg. Leinert über die Lohnaufbesserung der Bahnunterhaltungsarbeiter gesagt hat, trifft nicht zu, denn die Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter sind dauernd aufgebessert worden. (Hört! hört! rechts.) Ebenso unzutreffend waren seine Angaben über den Vertrag mit dem Gewerkschaften. Ferner hat sich der Abg. Leinert darüber beschwert, daß ein Staatsarbeiter gemahregelt wurde, der eine leitende Stellung in der Arbeiterschaft einnahm. Wir mußten diesen Mann wegen seiner heftigen Agitation gegen die Verwaltung entlassen. Daraus kann man nicht den Schluß ziehen, daß wir das Vereinigungsrecht unserer Beamten nicht anerkennen. Der Abg. Leinert hat behauptet, der Vorsteher des Rangierbahnhofs Seelze treibe mit dem Leben der Arbeiter Schindluder. Ich hoffe, der Abg. Leinert wird den Mut besitzen, eine derartige Beleidigung auch außerhalb dieses Hauses, wo er nicht durch seine Immunität geschützt ist, zu wiederholen oder aber sie zu widerrufen. Die gesamte Beamtenchaft muß eine derartige Beleidigung als eine schwere Beleidigung empfinden. Meine Beamten werden sich das merken. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Kries (L.)

stimmt dem Minister in allen Punkten zu.

Abg. Dr. König (Z.):

Nicht oft hat wohl ein Abgeordneter eine derartige Abfuhr erlitten, wie der Abg. Leinert. Ich freue mich, daß der Minister die vom Abg. Leinert erhobene Beschuldigung nicht auf der Beamtenchaft hat sitzen lassen. Der Eindruck der Rede des Ministers ging nicht spurlos an ihm vorüber. Herr Leinert ist ganz blaß geworden. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gottschalk (natl.):

In Breslau wurde eine Verfügung erlassen, durch die jede schriftstellerische Betätigung der Beamten, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt sein sollte, verboten wurde. Eine solche Verfügung vernichtet die persönliche Freiheit. Die neue Lohnordnung ist ein wichtiger Fortschritt. Die heutige Erklärung des Ministers über das Arbeiterrecht hat viele Hoffnungen der Arbeiter vernichtet. Man darf aber einem solchen Arbeiterrecht nicht zu große praktische Bedeutung zmesessen.

Darauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Paul Hoffmann (Soz.):

Die Herren von der Rechten haben von der Redefreiheit einen sehr ausgedehnten Gebrauch gemacht. Auch vom Zentrum haben zwei Redner zu dem zur Debatte stehenden Kapitel gesprochen. Indem Sie mir jetzt das Wort abschneiden, verhindern Sie mich, auf Ihre gegen die Sozialdemokratie gerichteten Angriffe zu antworten und einige Forderungen der Eisenbahnbeamten vorzutragen.

Abg. Leinert (Soz.):

Der Minister hat mir unterstellt, ich hätte dem Oberbahnhofs-vorsteher in Seelze untergeschoben, daß er mit dem Leben der Arbeiter Schindluder treibe. Ich habe ausgeführt, daß in den fünf Monaten, in denen der neue Bahnhofs-vorsteher im Amt war, nicht weniger als fünf Todesfälle vorgekommen sind und daß trotzdem die Arbeitszeit noch verlängert wurde. Wenn so etwas geschieht, so haben wir doch das Recht zu behaupten, daß der Vorsteher sich um die Unglücksfälle nicht viel kümmern und mit dem Leben der Arbeiter Schindluder treibe. (Zurufe rechts: Na also!)

In der weiteren Einzelberatung ersucht nach unwesentlichen Ausführungen des konservativen Abg. v. Hennings-Leshin der Abg. Dr. Liepmann-Feltow (natl.) den Minister, den Verein zur Bekämpfung des Alkoholgebrauchs zu unterstützen.

Darauf verlag das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag des Abg. v. Pappenheim der Rest des Eisenbahnetats, ferner das Grundteilungs-gesetz und drittens die Eingemeindung von Köln auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Parlamentarisches.

Beamtenbefoldung.

Nach den stürmischen an anderer Stelle wiedergegebenen Vormittagsverhandlungen lenkte die Budgetkommission des Reichstags am Mittwochnachmittag in ruhigerer Bahnen. Es liegt ein Regierungsentwurf vor, der das Befoldungsgesetz vom 18. Juli 1909 zum dritten Male „ergänzen“, d. h. verbessern will.

Unsere Genossen wünschen, daß die Vorlage Gesetz wird, ehe der Etat in dritter Lesung zur Erledigung kommt; ferner haben sie eine Reihe von Wünschen, die in entsprechenden Anträgen niedergelegt sind und einige sehr fragwürdige „Aufbesserungen“ durch Mehrbewilligung von etwa 8 1/2 Millionen Mark zu wirklichen Verbesserungen machen wollen, über die 5434 048 M. hinaus, welche die Regierungsvorlage den Unterbeamten zu ihren jetzigen Bezügen hinzuzugewähren will.

In der Generaldebatte erklärte Abg. Erzberger, daß die Erfüllung aller Wünsche eine Mehrausgabe von 400 Millionen Mark im Jahre erfordern würde, daß aber an so weitgehende Zugeständnisse nicht gedacht werden könnte, weil schon die Deckung der jetzigen Vorlage gewisse Schwierigkeiten biete. Genosse Ebert trat der Auffassung bei, daß es sich jetzt nicht um eine allgemeine Aufbesserung handeln könne. Die Vorlage der Regierung aber bezeichnet er als unbefriedigend, da sie nach unten hin nicht genügende Rücksicht nimmt; den Unterbeamten der Reichseisenbahn entzieht man mit der einen Hand, was man ihnen mit der andern

geben will. Die Unterbeamten in gehobenen Stellungen sind aber hauptsächlich berücksichtigt; die Sozialdemokraten haben deshalb einen entsprechenden Antrag gestellt. — Mit der Verbesserung der Deckungsfrage kann man einverstanden sein. Damit aber muß man auch den Unterbeamten mehr geben, und auch die Vorlage betreffend Aufbesserung der Altpensionäre muß dem Reichstag so bald wie möglich zugehen.

In der Spezialdebatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten, die Anfangsgehälter von 1000 M. festzusetzen für diejenigen Beamten, die in die Klasse der „gehobenen Unterbeamten“ aufsteigen, gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, der bürgerliche Kompromißantrag (Anfangsgehalt 1500 M.) einstimmig angenommen.

In der weiteren Debatte wurden die Aussichten der Sozialisten und Gewerkschafter aus den Militär- und Vorkriegsbesoldungen aneinander abgemessen und allerlei kleinere Positionen gemäß dem bürgerlichen Kompromißantrag bewilligt. — Donnerstag: Fortsetzung der Beratung der Besoldungsvorlage und Devedetat.

Soziales.

Zammersöhne und Riefenprofil.

In der Zuckerindustrie werden jämmerliche Löhne gezahlt. Darin liegt für die Arbeiter ein Zwang, möglichst viele Nebenstunden zu leisten. Tägliche Arbeitszeiten von 14 bis 18 Stunden sind üblich. Nach einer Erhebung des Arbeiterverbandes während der Kampagne 1912/13 wurden folgende Löhne ermittelt: Stundenlohn im Durchschnitt, in den Rohzuckerfabriken 24,5 Pf., in den Raffinerien 33,8 Pf. für Arbeiter und 18,2 bzw. 18,1 Pf. für Arbeiterinnen. Bei Akkordarbeiten erzielten die Arbeiter in den Rohzuckerfabriken 30,4 Pf., in den Raffinerien 48 Pf., in den letzteren Betrieben Arbeiterinnen 22,4 Pf. Man muß bedenken, daß die Arbeit in den Zuckerfabriken außerordentlich anstrengend und gesundheitsschädlich ist. In schreiendem Gegensatz zu den Löhnen stehen die Gewinne der Unternehmer. Es verteilen z. B. für das letzte Jahr Dividenden: Zuckerfabrik Großgerau 6 Proz., Zuckerfabrik Magdeburg 6 Proz., Zuckerfabrik Jülich 6 Proz., Zuckerfabrik Altein-Wanzleben 8 Proz.; den gleichen Satz erhalten die Aktionäre der Erdenberger Zuckerfabrik, 10 Proz. schütten die Südbayer Zuckerfabrik sowie der Rheinische Aktienverein für Zuckerfabrikation aus. Die Aktionäre der Zuckerfabrik Union erhalten 11 Proz., ihre „Beidensgenossen“ von der Zuckerfabrik Stuttgart stellen 20 Proz. Dividenden ein. Die Kleinaktionäre von 45 Proz. Dividende erbrachte die Zuckerfabrik Schweda, 22 Proz. verteilt die Störzuckerfabrik A. G. v. Soehmann-Frankfurt, und die Zuckerfabrik Frankenthal wirft ihren Aktionären 25 Proz. in den Schoß. Dazu gelangen vielfach noch bedeutende Summen als Prämien an die Hauptmacher zur Verteilung. Die letztgenannte Fabrik zahlt 2,1 Millionen Mark an Dividenden und 225 000 M. Gratifikationen, die Zuckerfabrik Stuttgart bei 300 000 M. Dividenden noch 107 870 M. Prämien. Die vorstehenden Angaben lassen schon ein geradeszu provozierendes Mißverhältnis zwischen den Löhnen und Gewinnen erkennen. Dabei kommen die tatsächlichen Verhältnisse noch gar nicht zum Ausdruck. Vielfach sind die Nebenlöhne gleichzeitig Aktionäre der Zuckerfabriken. Um die Gewinne der Fabrik nicht zu hoch steigen zu lassen, bewilligen sie sich recht hohe Nebenpreise. In diesen stehen sie dann schon einem beträchtlichen Gewinn aus der Fabrik zuzufügen auf Voranschlag ein. Von dem Segen für die Nebenbauern geben die amtlichen Angaben einigen Aufschluß. Im Erntejahr 1912/13 ergab der Dektar eine Menge von 304 Doppelzentner Rüben gegen 180 Doppelzentner im Jahre vorher. Trotz der gewaltigen Ertragssteigerung wurde der Preis der Zuckerrüben aber nur von 2,51 M. auf 2,40 M. für den Doppelzentner ermäßigt. Dadurch hob sich der Erlös auf den Dektar von 451,30 M. auf 229,60 M. und für die gesamte Ernte von 227,4 Mill. Mark auf 800,4 Mill. Mark. Bei einer nur um 7 Proz. größeren Anbaufläche steigerte sich der Erlös um 75 Proz. Die Arbeiter hätten immer nur Klagen über schlechte Preise. Damit beantwortet man die beschwerdlichen Forderungen. Die Unternehmer aber schwinnen im Ueberflut. Das ist kapitalistische Praxis.

Eine Schutztruppe der Agrarier.

Während in Oesterreich im Februar d. J. ein neues Güterbeamtengesetz herausgegeben ist, arbeiten unsere landwirtschaftlichen Privatbeamten noch unter außerordentlich unsozialen und ungeregelten Verhältnissen. Für ihren Dienstvertrag gelten zwar die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, doch können z. B. durch Vertrag die Kündigungsfristen beliebig geregelt werden; selbst einjährige Kündigung ist schon wiederholt vereinbart worden. Die Entlohnung erfolgt noch zum Teil in Naturalien; wenn ein Angestellter seine Stellung im Juli verläßt, ohne die Früchte seines Dienstlandes vorher geerntet zu haben, weil sie noch nicht reif sind, so steht ihm nach dem Vertrag kein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung zu. Auch sonst mangelt es in jeder Beziehung für diese Gruppe der Privatangestellten an gesetzlichem Schutz.

Weiter fehlt ihnen aber, soweit sie nicht dem „Landarbeiterverband“ sich anschließen, eine Organisation, die den ersten Willen hätte, zeitgemäße Reformen zu erkämpfen. Wohl besteht ein „Hauptverband der Güterbeamtenvereinigungen“, dem 25 Landes- und Provinzialverbände angeschlossen sind, doch scheitert sich seine Haupttätigkeit darauf zu erstrecken, Titelklausur, Diplomprüfung und Befähigungsnachweis zu verlangen. Auf ihre vorjährigen Reduarbeitung hat diese „Angestelltenorganisation“ auch den schärfsten Versuch gemacht, für die Schaffung eines Güterbeamtenrechts und mit gewissen Bedingungen auch für das einheitliche Angestelltenrecht einzutreten. Doch ist es den preussischen Junkern gelungen, auf der diesmaligen Hauptversammlung, die am 15. Februar 1914 in Berlin tagte, den Angestellten beizubringen, daß sie vorläufig von einem Güterbeamtenrecht absehen sollten und dafür ihr Heil im Anschluß an die Landwirtschaftskammern zu suchen hätten. Der Verlauf dieser Hauptversammlung ist aber sonst so symptomatisch für die „patriarchalische Harmoniepolitik“ unserer launischen Mittelgutsbesitzer, daß wir nicht veräumen wollen, einige Stellen aus dem Bericht der „Deutschen Güterbeamtenzeitung“ zu besprechen.

Die Einleitung dieses Angestelltenparlamentes war zunächst eine tiefe Verbeugung vor den anwesenden Vertretern des preussischen Landesökonomikollégiums und der diversen Landwirtschaftskammern. Dann bekehrte sich der Vorsitzende Herr Graf Gulefeld-Sauterbach am Jubiläumstage 1913, „voll von Freuden und voll Freude über die Ereignisse vor hundert Jahren, als es unseren Vorfahren gelang, den Agrarpator aus dem Lande zu treiben und das Reich der Anechtschaft abzuschütteln“. Der historische Rückblick hinderte den Redner nicht, sich der neuen Anechtschaft von 1913 zu freuen und zu versichern, daß die Güterbeamten ihr Ziel durch die Zusammenarbeit mit den Gutsbesitzern und getragen von dem Vertrauen der Behörden verfolgen. Den Höhepunkt der Versammlung bildete ein Vortrag über „Eine soziale Aufgabe für die Güterbeamten“, den natürlich nicht etwa ein Angestelltenvertreter, sondern der als Vertreter des königl. preussischen Landesökonomikollégiums und des Bundes der Landwirtschaft (die beiden Vorträge gehörten ja auch zusammen) Herr v. Wangenheim-Alein-Spiegel hielt.

Und er verkündete den lauschenden Güterbeamten, daß es ihm „eine schlaaflose Nacht“ bezurrsacht hatte, den Anschlag der Güterbeamten an die Landwirtschaftskammern durch besondere Ausschüsse als den gegebenen Weg zu finden. Der Referent verwies auch, daß sich eine am 4. Februar d. J. stattgehabte Konferenz der Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern bereits mit dieser Frage beschäftigt habe.

„Ich muß Ihnen, meine Herren“, so führte der Herr Baron aus, „nun hierbei Harlegen, weshalb die Verhandlungen in der

Konferenz der Kammerpräsidenten und nicht im Plenum des Landesökonomikollégiums geschehen. Die Verhandlungen des Landesökonomikollégiums geschehen öffentlich, die Konferenz der Kammerpräsidenten verhandelt geheim. Um nun keinerlei Gelegenheit zu geben, daß die gepflogenen Verhandlungen zu irgendwelchen parteipolitischen Zwecken ausgebeutet werden, wurden dieselben in der geheimen Sitzung der Kammerpräsidenten gehalten.“

Darum die Beratungen der junkerlichen Angestelltenwohlthäter so geheimnisvoll gehalten werden mußten, um nicht parteipolitisch ausgebeutet zu werden, wird man begreifen, wenn man sich die Ergebnisse dieser „Güterbeamtenfürsorge“ näher ansieht. Die huldvollst gewährten Angestelltenausschüsse bei den agrarischen Landwirtschaftskammern haben natürlich nur defekativen Charakter, denn die Güterbeamten haben dort nichts zu sagen. Die Wahl der Ausschussmitglieder erfolgt durch die Kammer, nicht durch die Angestellten und es bedarf keiner Begründung, daß Gesinnungstüchtigkeit zu den notwendigen Voraussetzungen eines solchen Kandidaten gehört. Die Toleranz der Junker ist aber so grenzenlos, daß in diesen Angestelltenausschüssen sogar ein Güterbeamter den Voten des stellvertretenden Vorsitzenden bekommen soll. Ueber die Zusammensetzung der Güterbeamtenausschüsse verriet dann in der Diskussion ein Delegierter, daß dem an die ostpreussische Landwirtschaftskammer bereits angeschlossenen Ausschuss sechs Gutsbesitzer und sechs Güterbeamte angehören — daher der Name Angestelltenausschuss. Jedenfalls wurde auf der Hauptversammlung den Delegierten so lange gut zugeredet, bis sie schließlich, erfreut über den Anschlag an die Landwirtschaftskammern, versprachen, vorerst von einem Güterbeamtenrecht absehen zu wollen. Damit hatte Herr v. Wangenheim seinen Zweck erreicht und er konnte die übrige Zeit dazu benutzen, um die Güterbeamten zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzurufen, vor allem zur Förderung der Verbammungspolitik unter den Landarbeitern. Wie den Güterbeamten diese ihre wichtigste Aufgabe schmachtig gemacht wurde, mögen folgende Redewörter zeigen.

„Die gesamte Landwirtschaft muß fest wie ein Mann zusammenstehen... Ich, wo die Sozialdemokratie beginnt, ihre Fingerringe auch auf dem Lande auszubreiten und durch ihre „Volkspflege“ den Landarbeitern näher zu kommen. Um dieser gefährlichen Wühlarbeit zu begegnen, bedürfen wir auch Ihrer, meine Herren, und daher wendet sich die Landwirtschaft an Sie, die treu zu Ihrem König stehen, damit der Unsegen der Sozialdemokratie von dem Lande ferngehalten wird.“ ... „Es muß eine allgemeine Aktion auf dem Lande einsehen, wir müssen unseren Arbeitern auf dem Lande näher treten, und Grundbesitzer und Güterbeamte müssen sich in der Wohlfahrtsarbeit um die Arbeiter auf dem Lande bemühen.“ Nachdem der wohlmeinende Herr Herr dann im einzelnen die nötigen Einrichtungen, wie Vorklässe, Vorträge, Jugendvereine usw. für die Landarbeiter aufgezählt hatte, schloß er begeistert: „Die Zeiten sind schwer. Eine sicher führende Hand fehlt. Wir stehen gleichsam am Vorabend einer unblutigen Revolution. Die ganze Bewegung führt zu einem Gewaltakt gegen den ländlichen Grundbesitz. Hier heißt es daher Front zu machen gegen alle sozialdemokratischen Intrigen, um uns vor schweren Schäden zu bewahren.“

So werden die Güterbeamten auf ihrer eigenen Verbandsagung von den Junkern eingewickelt. Auf der einen Seite werden sie unter Verzicht auf geschlichen Schutz ins Schleppnetz der Landwirtschaftskammern genommen, und nachdem sie dort sicher untergebracht sind, dürfen sie in der Ausbeutung der Landarbeiter als Schutztruppe der Agrarier deren Geschäfte besorgen.



Eins dieser Kostüme würde auch IHNEN gut stehen!

Das erste:

Ein ungewöhnlich charmantes Kostüm aus vorzüglichem schmalgerippten Kammgarn-Twill. Eine glückliche Vereinigung des Tunika-Schnittes mit dem Blusenjackett. Der Kimono-Aermel, durch eine reizende Seidenschleife verziert, ein aus schön gemustertem Seidenstoff bestehender Krager, der in einer duftigen Rüsche seinen Abschluss findet. Selbstverständlich a. Seide. Ueber den Preis werden Sie staunen

nur M. 39.00

Das zweite:

Eine herrliche Schöpfung der modernen Konfektionskunst, und für seinen minimalen Preis ein Beweis seltener Leistungsfähigkeit! Aus guter, weicher, blauer Twillware (keine harte Cheviotware) elegant verarbeitet, ist dieses Kostüm mit dem kleidsamen Stehbrustschnitt ausgestattet. Ein sehr hübscher seidener Futuristenkragen wird durch eine grosse, elegante Seidenkrawatte geschmackvoll vervollständigt. Ein breiter Gürtel mit schöner Schnalle und Seidenschleife zieren die Rückenpartie. Ebenfalls auf Seide und trotz alledem

nur M. 24.25

Keine Rabatte — Keine Geschenke
Ein billiger Preis für Alle!

Königstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113

Beim Stottiner Bahnhof

Sonntags geschlossen

Filialen in Köln und Hamburg.

